

Möller, Kay

**Research Report**

## Nordostasien 2001: Transformation, Kräftevergleich und Kooperation

SWP-Studie, No. S 30/2001

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Möller, Kay (2001) : Nordostasien 2001: Transformation, Kräftevergleich und Kooperation, SWP-Studie, No. S 30/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252395>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller*

# **Nordostasien 2001: Transformation, Kräftevergleich und Kooperation**

S 30  
September 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Der China-Komplex 7**

Transformation 7

Kräftevergleich 10

Kooperation 11

*Hongkong 11*

*USA 12*

*Rußland 16*

### **Der Taiwan-Komplex 18**

Transformation 18

Kräftevergleich 20

Kooperation 21

### **Der Japan-Komplex 25**

Transformation 25

Kräftevergleich 26

Kooperation 27

*USA 27*

*China 29*

*Rußland 31*

### **Der Korea-Komplex 32**

Transformation 32

*Nordkorea 32*

*Südkorea 33*

Kräftevergleich 34

Kooperation 35

*Südkorea/USA 35*

*Japan, China, Rußland 38*

### **Der Mongolei-Komplex 41**

Transformation 41

Kräftevergleich 42

Kooperation 42

*Rußland 42*

*China 43*

*Gefangener der Geographie 44*

### **Krisenregion der Zukunft? 45**

### **Abkürzungen 47**

Karte 4

## Nordostasien

Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet,  
[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/asia\\_po100.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/asia_po100.jpg), Ausschnitt.

**Nordostasien 2001:  
Transformation, Kräftevergleich und Kooperation**

Nordostasien gehört zu den wenigen Regionen der Welt, in denen kompetitive Strukturen kooperative Ansätze überlagern, wobei auch grundlegende Interessen von Groß- und Atommächten involviert sind. Wichtigster Faktor in dieser dynamischen Gleichung ist die Entwicklung der Volksrepublik China zu einer großen oder fragmentierenden, einbindbaren oder nicht einbindbaren Macht. Vor diesem Hintergrund kommt die traditionelle Sicherheitsarchitektur der Region, bestehend aus der militärischen Präsenz der USA und ihren bilateralen Allianzen mit Japan und Südkorea, auf den Prüfstand.

Zwar haben sich wichtige regionale Volkswirtschaften seit der Ostasienkrise von 1997/98 wieder stabilisiert, doch sind die notwendigen strukturellen Anpassungen vielfach im Ansatz steckengeblieben. Die Zunahme ausländischer Investitionen beschränkt sich heute fast ausschließlich auf China, das grundsätzlich mit denselben transformatorischen Herausforderungen konfrontiert ist wie seine Nachbarn. Eine weitere Abschwächung der amerikanischen Konjunktur wird die daraus resultierenden Widersprüche erneut aufbrechen lassen.

Die folgende Analyse unternimmt eine Bestandsaufnahme der ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in Nordostasien und sucht Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel sowie zwischen Transformation, Kräftegleichgewicht und kooperativen Ansätzen zu identifizieren. Sie gelangt zu folgenden Ergebnissen:

1. Chinas mittelfristiger Aufstieg zur kooperativen Großmacht ist keineswegs ausgemacht. Einhergehend mit einer anhaltenden Schwäche der Pekinger Führung, könnten sich die Widersprüche zwischen transformatorischem und legitimatorischem Imperativ als unvereinbar erweisen. Insofern ist der amerikanische Versuch einer strenger konditionierten Einbindung der Volksrepublik nur konsequent, wenngleich er vermutlich auf einer falschen Prämisse (Aufstieg zum regionalen Konkurrenten) basiert.
2. Ähnlich konsequent ist angesichts der Stärkung der Identität Taiwans das erneute Bekenntnis der USA zur Sicherheit der Inselrepublik. Strategische Ambiguität macht hier in dem Maße weniger

Sinn, in dem der Status quo aufgrund der gegenläufigen Entwicklungen in China und Taiwan an Attraktivität verliert. Das Konfliktpotential bleibt beträchtlich, weil die Volksrepublik diese Frage weiterhin als Kernstück ihrer Beziehungen zu Washington definiert.

3. Japans Außen- und Sicherheitspolitik sieht sich zunehmend mit dem Dilemma konfrontiert, daß es bereits im Rahmen der Allianz mit den USA in eine aktivere Rolle gedrängt wird, in der Konflikte mit den meisten regionalen Nachbarn vorprogrammiert sind. Weil japanische Innenpolitik kaum in der Lage ist, den nötigen innergesellschaftlichen Konsens herzustellen, wächst die Versuchung, innere Probleme nach außen zu projizieren. Die Folge könnte eine schwer berechenbare Kombination aus (zumeist rhetorischem) Vorpreschen und Rückziehen sein, nicht aber eine Gefährdung des Bündnisses mit Washington.
4. Auf der koreanischen Halbinsel werden weder Kim Dae-chungs »Sonnenscheindiplomatie« noch George Bushs (im Vergleich zu Clinton) härtere Linie zu einem tragfähigen Entspannungsprozeß führen, denn Nordkorea verbindet mit diesem zu Recht den eigenen Untergang. Weil Pyöngyang aber gleichzeitig einen Erfolg der Aufgabenteilung zwischen Washington und Seoul verhindert, erscheint die Pax Americana hier im regionalen Vergleich potentiell am stärksten gefährdet.
5. Der demokratische Musterschüler Mongolei hätte angesichts seiner prekären geographischen Lage unter einem regionalen Konflikt am meisten zu leiden. Die Konsequenz sind permanente Arrangements mit Moskau und Peking, die allerdings dem latenten Risiko einer lokalen Konkurrenz der beiden Nachbarn sowie nationalistischer Gegenbewegungen im Lande ausgesetzt sind.

Angesichts der zahlreichen regionalen Unwägbarkeiten und mangels seriöser Alternativen dürfte die Pax Americana in Nordostasien für die nächsten zwanzig Jahre weiterbestehen. Gleichzeitig werden sich unter dieser Decke neue – auch multilaterale – Strukturen herausbilden. Deutschland, Europa und der Westen sollten ein Interesse daran haben, daß diese das Ziel eines langfristig demokratischen Friedens fördern.

## Der China-Komplex

Die Zukunft der Volksrepublik China entscheidet über die Zukunft Nordostasiens, wenn nicht ganz Ostasiens. Chinas friedlicher oder unfriedlicher Aufstieg zur einbindbaren oder nicht einbindbaren Großmacht, beziehungsweise die mehr oder weniger unfriedliche Desintegration des riesigen Landes geben vor, wie sich die heute noch mit Pax Americana beschreibbaren Rahmenbedingungen in der Region zwischen Wladivostok und Hongkong, Ulanbaatar und Tokyo verändern werden. Daß sie sich verändern werden, darf angesichts der innenpolitischen Dynamiken unterstellt werden, die seit dem Ende des Kalten Krieges auch die internationalen Beziehungen in Nordostasien prägen.

Während die Debatte über Pekings regionale und internationale Einbindbarkeit innerhalb und außerhalb der Volksrepublik anhält, gilt ihr unaufhaltsamer Aufstieg zur regionalen Vormacht für die meisten Beobachter seit einigen Jahren als gesichert. Da mit dieser Vision in aller Regel nicht die Erwartung einer baldigen politischen Öffnung verknüpft wird, müßte die VR China als weiterhin autoritäres Land mit mehr oder minder demokratischen Nachbarn koexistieren – kein ideales Szenario für Strategien zur friedlichen Konfliktlösung. Diese Vision muß, wie im folgenden dargelegt, nicht stimmen. Aber natürlich bietet auch ein fragmentierendes China keine beruhigende Perspektive für das nordostasiatische Umfeld.

### Transformation

Einwohner: 1,259 Milliarden  
 Ethnische Zusammensetzung: 92% Han-Chinesen; 8% »nationale Minderheiten«, darunter 15,6 Mio. Zhuang; 9,8 Mio. Mandschu; 8,6 Mio. Hui; 7,4 Mio. Miao; 7,2 Mio. Uighuren; 4,6 Mio. Tibeter  
 BIP 2000: \$1 050 338 Mio. (Schätzwert)  
 Wachstum 1999–2000: 8%  
 BIP pro Kopf 2000: \$828 (Schätzwert)  
 Verteidigungsbudget 2000: \$14,5 Mrd.  
 Truppenstärke (aktiv): 2 480 000 (Schätzwert)  
 Staatsoberhaupt: Jiang Zemin (seit 1993)  
 Regierungschef: Zhu Rongji (seit 1997)

China wurde 1997/98 trotz Nicht-Konvertibilität des Renminbi ein Opfer der regionalen Krise. Während Investitionen aus Ostasien ausblieben, die bis dahin fast 80% aller ausländischen Direktinvestitionen ausgemacht hatten, brachen die chinesischen Exporte in die Region ein. 1998 belief sich das Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) erstmals seit Anfang der 90er Jahre auf weniger als 8%,<sup>1</sup> und das auch nur, nachdem die Regierung ein Dreijahres-Investitionsprogramm mit einem Gesamtwert von 1,2 Billionen US-Dollar aufgelegt hatte.<sup>2</sup> Trotzdem stagnierte der private Konsum, der sich in den Vorjahren zum eigentlichen Wachstumsmotor entwickelt hatte. Es kam zu einer deflationären Spirale.

Das zurückhaltende Konsumverhalten war angesichts einer inoffiziellen Arbeitslosigkeit von etwa 20 Millionen in den Städten und 120 Millionen auf dem Lande verständlich. Die 1995 eingeleitete (und 1998 gebremste) Teilprivatisierung des vielfach verlustemachenden Staatssektors<sup>3</sup> hatte für weite Teile der Arbeiterschaft zu einem Wegfall sozialer Leistungen geführt. Derselbe Sektor wurde von den staatlichen Handelsbanken mit Krediten alimentiert, deren Gesamtvolumen 1997 auf mindestens 200 Milliarden US-Dollar geschätzt wurde, wovon bis zu 50% als nicht rückholbar gelten.<sup>4</sup> Sollte es zu einer Vertrauenskrise

1 Das BIP-Wachstum betrug 1998 offiziell 7,8%. Amtliche Angaben gelten allerdings als notorisch überzogen.

2 Das Gros dieser Infrastrukturmaßnahmen soll den ärmeren Provinzen im Binnenland und im Westen zugute kommen. Dort liegen die Prokopfeinkommen teils deutlich unter 50% der Vergleichswerte in den östlichen Küstenprovinzen; vgl. Jao Ho Chung, Regional Disparities, Policy Choices, and State Capacity in China, in: China Perspectives (Hongkong), (September/Oktober 2000) 31, S. 36–51.

3 1996 übertrafen die akkumulierten Verluste des industriellen Staatssektors erstmals die Gewinne. 1999 war die Bilanz nach erfolgter Umstrukturierung/Teilprivatisierung wieder positiv, aber das Problem blieb ernst; vgl. Yi-min Lin/Tian Zhu, Ownership Restructuring in Chinese State Industry: An Analysis of Evidence on Initial Organisational Changes, in: The China Quarterly, (Juni 2001) 166, S. 305–341 (335f).

4 Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), 11.12.1997, S. 56–58. 1999 wurden nicht rückholbaren Kredite mit einem Gesamtvolumen von 350 Mrd. Yuan (ca. \$44 Mrd.) an vier eigens gegründete Refinanzierungsgesellschaften transferiert, die sich jedoch weitgehend passiv verhielten, um nicht



kommen, in deren Folge die Sparer ihre Einlagen zurückverlangen, wäre der chinesische Staat bankrott.<sup>5</sup>

Seit Anfang 2000 hat sich die chinesische Volkswirtschaft erholt, die ausländischen Investoren kehrten zurück, die Exporte zogen wieder an, und die amtliche Statistik wies für 2000 ein BIP-Wachstum von 8% aus. Verantwortlich für den neuen Optimismus war vor allem die Erwartung eines bevorstehenden Beitritts der Volksrepublik zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO). Das staatliche Investitionsprogramm wurde fortgeschrieben, und die Binnenachfrage verzeichnete jedenfalls in den Städten einen langsamen Aufschwung. Erst 2001 kam es infolge der weltweiten Konjunkturabschwächung wieder zu verlangsamtem Wachstum und rückläufigen Exporten.

Deng Xiaoping hatte Chinas wirtschaftliche Öffnung 1978 ausdrücklich in den Dienst der Erhaltung des Einparteienregimes gestellt und sich dabei an regionalen Vorbildern wie Singapur, dem Südkorea der 70er Jahre und dem vordemokratischen Taiwan orientiert. Die mit der Errichtung von Teilmärkten für Arbeit, Kapital etc. zwangsläufig einhergehende Lockerung der umfassenden staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft stieß überall dort an ihre Grenzen, wo kritische Gruppen außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) versuchten, eigene Organisationen aufzubauen (so zuletzt 1998/99 mit der Zerschlagung der nicht genehmigten Demokratischen Partei Chinas und seither mit Bekämpfung der Falungong-Sekte)<sup>6</sup>. Demgegenüber blieben die Mitte der 80er

zusätzlich zur Arbeitslosigkeit beizutragen. Die organisatorischen Strukturen dieser Gesellschaften gleichen denen der Staatsunternehmen, und ihre Abhängigkeit von den staatlichen Handelsbanken schafft ein »moral hazard«-Problem; vgl. John P. Bontin/Yiping Huang, *Dealing with the Bad Loans of the Chinese Banks*, in: *Journal of Asian Economics*, 12 (2001), S. 197–214. Die Maßnahme führte zu einem Anwachsen des Haushaltsdefizits von 92 auf 176 Mrd. Yuan und der Staatsverschuldung von 331 auf 402 Mrd.; vgl. Lin/Zhu, *Ownership Restructuring in Chinese State Industry*, S. 337.

<sup>5</sup> Vgl. Nicholas R. Lardy, *China and the Asian Financial Contagion*, in: *Chen Beizhu/Dietrich J. Kimball/Feng Yi (Hg.), Financial Market Reform in China. Progress, Problems, and Projects*, Boulder CO: Westview, 2000, S. 27–38; Carsten A. Holz, *Economic Reforms and State Sector Bankruptcy in China*, in: *The China Quarterly*, (Juni 2001) 166, S. 342–367.

<sup>6</sup> Am 25. April 1999 veranstalteten ca. 10 000 Falungong-Mitglieder eine Sitzblockade vor dem Wohnkomplex der Politbüromitglieder in der Stadtmitte von Peking. Die Sekte wurde drei Monate später verboten; ihre Anhänger wurden zu Tausenden verhaftet und gefoltert, fast 300 kamen ums

Jahre begonnenen Experimente mit Demokratie von oben bei stark variierender Umsetzung auf der Dorfebene stecken.<sup>7</sup>

Wahlen zu Dorfkomitees wurden vornehmlich eingeführt, um der Landbevölkerung ein Ventil für ihren Unmut zu bieten. Dieser entstand in den 80er Jahren, als die ländlichen Einkommen einmal mehr hinter den städtischen zurückgefallen waren und lokale Funktionäre unter Rückgriff auf Schikanen überhöhte Abgaben eintrieben. Ab 1993 waren auf dem Lande jährlich mehrere tausend Protestaktionen zu beobachten, zu denen fünf Jahre später Arbeiterdemonstrationen in den traditionellen Industrieregionen kamen. Städtischer wie ländlicher Protest blieben bisher lokale Phänomene, und die Behörden reagierten mit einer Mischung aus Entgegenkommen (meist durch Auszahlen zurückgehaltener Löhne), hartem Durchgreifen gegen einzelne Aktivisten und Beratungen über eine Reform der Sozialsysteme.

Solche Konflikte werden sich bei einer weiteren Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft noch verstärken. Widerstand gegen eine Implementierung von WTO-Regeln ist insbesondere auf Provinzebene zu erwarten, wo die vereinbarte Abschaffung innerchinesischer Handelsbarrieren teilweise erheblichen Unmut auslösen dürfte.<sup>8</sup> Während der WTO-Beitritt kurzfristig noch einmal zu einem Verlust von bis zu 40 Millionen industriellen Arbeitsplätzen führen könnte,<sup>9</sup> ist diese Öffnung doch Voraussetzung für die mittelfristige Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine langfristige Stabilisierung der Leistungsbilanz. Wenn heute etwa 120 Millionen Chinesen vom Land in die Städte pendeln, um dort allenfalls vorübergehend Arbeit zu finden, dürfte sich diese Zahl bis 2015 angesichts weiter rückläufiger Einkommen in der Landwirtschaft verdoppeln.<sup>10</sup>

Leben. Ungeachtet dessen wurde ihr Protest in verschiedenen Landesteilen und nicht zuletzt in Peking selbst fortgesetzt.

<sup>7</sup> Vgl. Liu Yawei, *Consequences of Villager Committee Elections in China: Better Local Governance or More Consolidation of State Power?*, in: *China Perspectives* (September/Okttober 2000) 31, S. 19–35.

<sup>8</sup> Der Anteil des interprovinziellen Handels am nationalen Einzelhandel ist zwischen 1985 und 2001 von ca. 37% auf ca. 25% zurückgegangen, ein Phänomen, mit dem Experten das Exportwachstum der vergangenen Jahre zum Teil erklären; vgl. FEER, 12.7.2001, S. 16–19.

<sup>9</sup> So Smith Barney von der amerikanischen Investmentbank Salomon Smith Barney; ebd., 5.10.2000, S. 10.

<sup>10</sup> Die Asiatische Entwicklungsbank schätzt die Unterbeschäftigung in den ländlichen Regionen der Volksrepublik China auf 30%; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.6.2001,

Solange in China Markt und Plan koexistieren, kommt es zu Korruption und Machtmißbrauch auf allen Ebenen, deren Bekämpfung so propagandistisch aufwendig wie selektiv erfolgt und in letzter Zeit tendenziell »liberale« Politiker mit nationalen Ambitionen getroffen hat.<sup>11</sup>

Seit sich Deng Xiaoping 1994 aus der Politik zurückzog, wird China von einer (teilweise noch in der UdSSR ausgebildeten) »Generation der Ingenieure« geführt, die grundsätzlich bemüht ist, Probleme pragmatisch zu lösen. Innerhalb des Führungskollektivs um Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie der Provinz- und Distriktführungen gibt es Meinungsunterschiede hinsichtlich Ausmaß und Tempo der wirtschaftlichen Öffnung, aber nicht mehr (beziehungsweise noch nicht wieder) über die grundsätzliche Notwendigkeit der Öffnungspolitik, und erst recht nicht über das Machtmonopol der Partei. Für den tendenziell »liberalen« Teil der Pekinger Elite steht der Premierminister und Mentor des WTO-Beitritts, Zhu Rongji, für das eher konservative Lager der Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses (NVK), Li Peng. Jiang Zemin ist (dem an innerparteilicher Hausmacht eher schwachen) Zhu in der WTO-Frage gefolgt, neigt aber in der Gesellschaftspolitik zu nationalistischen und korporatistischen Ansätzen. Jiang wie Zhu geht es nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – um eine Stärkung des Privatsektors, dessen Produktivität die des Staatssektors deutlich übertrifft, sondern um die Schaffung großer Mischkonzerne mit engen Bindungen an die Politik,<sup>12</sup> ein Modell, das gerade in Süd-

korea gescheitert ist (s.u.). So hat schon heute »jede große Aktiengesellschaft einen aktiven Parteisekretär, dessen Agenda genauso wichtig sein kann wie die des Aufsichtsrats. Auch Privatunternehmen müssen ab einer bestimmten Größe Parteibeziehungen pflegen, wenn sie weiter wachsen und prosperieren wollen.«<sup>13</sup>

Jiang, Zhu und Li müssen (wie grundsätzlich alle derzeitigen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros)<sup>14</sup> 2002 beziehungsweise 2003 von ihren Ämtern zurücktreten, wobei Li versuchen könnte, Jangs Nachfolge als Staatspräsident anzutreten. Designierter Nachfolger im Parteivorsitz ist der farblose, innerparteilich umstrittene Technokrat Hu Jintao.<sup>15</sup> Jiang dürfte versuchen, den Vorsitz der Zentralen Militärkommission von Staat und Partei beizubehalten. Seit dem Massaker vom Juni 1989 kann in China nicht mehr gegen die Interessen der Volksbefreiungsarmee (VBA) regiert werden, deren partieller Rückzug aus der Wirtschaft 2000 mit einer Steigerung des Verteidigungshaushalts um fast 18% kompensiert wurde.<sup>16</sup>

Zusammengenommen spricht weniger für den Aufstieg zur Großmacht als für, bestenfalls, weiteres Improvisieren bei zunehmender staatlicher Repression oder, schlimmstenfalls, Rezession, Zerfall und nationalistische Kompensationsversuche. Gängige Großmachtvisionen im Westen beruhen vielfach auf dem ungebrochenen Optimismus internationaler Anleger, die ihre Verlustgeschäfte in der Volksrepublik<sup>17</sup> seit nunmehr über einhundert Jahren als Investitionen in eine sagenhafte Zukunft verstehen. Sie übersehen, daß

S. 20. Um überschüssige ländliche Arbeitskräfte, freigesetzte Fabrikarbeiter und neu auf den Arbeitsmarkt drängende Personen zu absorbieren, müßte die chinesische Volkswirtschaft in den nächsten 15–20 Jahren mehr als 220 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. »Selbst während der vergangenen zwanzig Jahre, als die Wirtschaft doppelt so schnell wuchs wie heute, gelang es ihr nur, etwa die Hälfte dieser Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts dieser Voraussetzungen erscheint das Versprechen, der WTO-Beitritt werde zehn Millionen neue Arbeitsplätze entstehen lassen, hoffnungslos inadequat« (Sally Sargesson, *China Counts the Costs of Joining One of the World's Least Exclusive Clubs*, in: *Asiaview*, September 1999, online).

**11** Dazu zählen der KPCh-Vorsitzende von Kanton und der Bürgermeister von Shenyang, die 2000 bzw. 2001 von ihren Ämtern zurücktreten mußten. Der Kantoner Funktionär galt lange Zeit als Anwärter auf das Amt des Premierministers.

**12** Vgl. David Zweig, *China's Stalled »Fifth Wave«*. Zhu Rongji's Reform Package of 1998–2000, in: *Asian Survey*, 41 (März/April 2001) 2, S. 231–247. Insbesondere in zu GmbHs umgewandelten großen ehemaligen Staatsbetrieben hat der Staat die Mehrheitsanteile behalten. Darüber hinaus verbliche

ben wesentliche Anteile von sogenannten »Kooperativen im Besitz der Angestellten« beim Staat. Sogar in einigen sogenannten »Privatbetrieben« verfügte der Staat über die Aktienmehrheit; vgl. *Lin/Zhu*, *Ownership Restructuring in Chinese State Industry*, S. 323/339.

**13** Richard McGregor, *The Little Red Book of Business in China*, in: *The Financial Times*, 2.7.2001, S. 8.

**14** Allerdings soll sich Li Ruihuan, der Vorsitzende der »Konsultativkonferenz«, einer Art zweiter Kammer des Parlaments, gegen sein Ausscheiden wehren; vgl. FEER, 31.5.2001 (online).

**15** Jiang Zemins Durchsetzungskraft in Personalfragen darf bezweifelt werden, seit sein engster Mitarbeiter, Zeng Qinghong, Leiter der Organisationsabteilung der KPCh, im Oktober 2000 zum zweiten Mal mit seiner Kandidatur zum Vollmitglied des Politbüros scheiterte.

**16** Der offizielle Verteidigungshaushalt belief sich 2000 auf 14,5 Mrd. US-Dollar. Die tatsächlichen Ausgaben werden dreimal so hoch geschätzt; vgl. *The Military Balance 2000–2001*, London: IISS, 2000, S. 183.

**17** Vgl. z.B. *Neue Zürcher Zeitung*, 5.10.1999, S. 11; *Handelsblatt*, 4.11.1999, S. 2.

das erhoffte Wachstum letztlich nicht mit einem Einparteienstaat vereinbar ist, der zwischen der Skylla Globalisierung und der Charybdis Massenprotest vornehmlich ums eigene Überleben kämpft.

### Kräftevergleich

Die Volksrepublik China ist 2001 keine zur Machtprojektion fähige Großmacht und wird dies auch in den nächsten zehn Jahren nicht werden.<sup>18</sup> Die Anfang der 90er Jahre begonnene Umorientierung von der Territorialverteidigung auf regionale Konflikte und Vorwärtsverteidigung findet ihre Grenzen weiterhin in mangelnder Interoperabilität der Teilstreitkräfte. Marine und Luftwaffe haben unter anderem mit Hilfe russischer Waffenlieferungen<sup>19</sup> technologische Nischen besetzt, stellen aber derzeit ebensowenig wie die strategische Raketenwaffe<sup>20</sup> eine ernsthafte Herausforderung für amerikanische Hegemonie im Pazifik dar. Chinesische Atomwaffen könnten trotzdem vorwärts stationierte amerikanische Kampfverbände sowie zivile Ziele in den Nachbarstaaten und in den USA treffen, und die vor etwa zehn Jahren eingeleitete nukleare Aufrüstung der Volksrepublik dürfte sich angesichts amerikanischer Pläne für regionale und nationale Raketenabwehr (s.u.) weiter beschleunigen.

Unter anderem vor diesem Hintergrund hat sich jene regionale Konkurrenz zwischen Peking und Washington 2001 verschärft, die unter der Clinton-Administration noch weitgehend unter Kontrolle gehalten worden war. Eine erste Zäsur war allerdings bereits im Mai 1999 erfolgt, als die chinesische Botschaft in Belgrad von einem amerikanischen Marschflugkörper getroffen wurde. Dieser Vorfall bestärkte die militärischen und zivilen Hardliner in der Volksrepublik in ihrer Überzeugung, die Intervention der Nato im Kosovo sei nur der Auftakt für den weiteren

18 Vgl. *The Military Balance 2000–2001*, S. 179f.

19 China will insgesamt 200 russische Kampfflugzeuge vom Typ Su-27 erwerben; die ersten Maschinen dieser Baureihe wurden 1999 ausgeliefert. 2000 wurden darüber hinaus 50 Su-30 bestellt. Die Marine hat vier U-Boote der Kilo-Klasse und vier Sowremennij-Raketenzerstörer bestellt, die mit modernen Antischiffsmarschflugkörpern ausgerüstet sind. Bisher wurden zwei U-Boote dieses Typs ausgeliefert.

20 Die Volksrepublik verfügt über ca. 400 nukleare Sprengköpfe auf Trägerraketen aller Reichweiten, darunter ca. 25 einsatzbereite, aber durch Erstschläge verwundbare Interkontinentalraketen.

Ausbau der unipolaren Welt.<sup>21</sup> Die anschließende innerchinesische Strategiedebatte gelangte anscheinend zu folgenden Schlußfolgerungen: mittelfristig Umorientierung von der grenznahen Verteidigung auf Machtprojektion, kurzfristig Vorbereitung auf eine »asymmetrische Kriegführung«, in deren Rahmen die USA durch Aufrüstung in kritischen technologischen Nischen (s.u.) von einer Intervention, etwa in der Taiwan-Straße, abgeschreckt werden sollen.<sup>22</sup> Im selben Zusammenhang erfolgten politische Signale wie die im Oktober 1999 erstmals durchgeführten chinesisch-russischen Marinemanöver.

»Asymmetrische Kriegführung« setzt eine zügige Aufrüstung in bestimmten Hochtechnologiebereichen voraus, wobei das Ziel – Unterstützung der Diplomatie oder Vorbereitung eines Präventivschlags – grundsätzlich offenbleibt. Die Bush-Administration hält diese Entwicklung weniger für eine unmittelbare als für eine künftige Herausforderung.<sup>23</sup> Neben einer generellen Umorientierung auf Ostasien<sup>24</sup> könnte sie den neuen Risiken unter anderem dadurch begegnen, daß sie ihre offensiven Langstreckenkapazitäten auf Kosten von Marinestützpunkten und Flugzeugträgergruppen verstärkt.<sup>25</sup> Festzustehen scheint momentan nur, daß die Zahl der im Pazifik stationierten amerikanischen Soldaten (ca. 100 000) vorerst nicht reduziert werden soll.<sup>26</sup> Sondierungen hinsichtlich der Gründung eines allianzähnlichen »Pazifischen Sicherheitsforums« unter Einfluß von Südkorea, Japan und Australien wurden dort im Juli 2001 zurückhaltend aufgenommen.<sup>27</sup>

21 Vgl. *Strategic Survey 1999/2000*, London: IISS 2000, S. 198–200.

22 Vgl. FEER, 14.10.1999, S. 26f.

23 So ein führender Vertreter der Administration laut *The Washington Times*, 11.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 12.7.2001 (online).

24 Vgl. *The Washington Times*, 7.5.2001, zit. in: *Asia-Pacific Media Brief*, 7.5.2001 (online). Im August 2001 erklärte der Staatssekretär im Pentagon für Heeresangelegenheiten, Thomas White, amerikanische Heeresverbände könnten von Europa nach Ostasien verlegt werden. Waffensysteme seien bereits verlegt worden; vgl. *The Los Angeles Times*, 31.8.2001, zit. ebd., 31.8.2001.

25 Vgl. FEER, 5.4.2001, S. 14. Alternativ oder ergänzend könnten auch weiter südlich gelegene Stützpunkte, etwa in Australien, ausgebaut werden; vgl. *The Sydney Morning Herald*, 21.6.2001, zit. ebd., 22.6.2001.

26 So ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der USA laut *Mainichi Shimbun* (Tokyo), 1.6.2001, zit. ebd., 10.6.2001.

27 Vgl. *The Sydney Morning Herald*, 31.7.2001, zit. ebd., 2.8.2001. Die australische Seite schlug wenig später die Einrichtung einer eher informellen trilateralen Diskussions-

## Kooperation

Peking scheut den in »qualitativem« Multilateralismus impliziten Souveränitätsverzicht und bevorzugt – in dieser Reihenfolge – Bilateralismus aus der Position des Stärkeren, Bilateralismus bei annähernd deckungsgleichen Interessen und statusfördernden Multilateralismus mit geringer Verbindlichkeit. Die nordostasiatische Region entspricht dieser Präferenz grundsätzlich, weil weitreichender zwischenstaatlicher Multilateralismus hier eher Ausnahme als Regel ist.

## Hongkong

Hongkong ist insofern ein Beispiel für Kooperation mit China, als der Sonderverwaltungszone (Special Administrative Region, SAR) der Volksrepublik im 1990 vom NVK verabschiedeten Grundgesetz (Basic Law) auf allen Politikfeldern außer auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung ein »hoher Grad an Autonomie« zuerkannt wird. Dasselbe Gesetz schreibt die Beibehaltung des »früheren« (paternalistisch-kapitalistischen) Systems des Territoriums für fünfzig Jahre vor und bezieht sich damit auf die Zeit zwischen 1841 und 1898, nicht aber auf die anschließenden, zaghafte Demokratisierungsbemühungen der britischen Kolonialherren.<sup>28</sup>

Dennoch enthält das »Basic Law« gewisse Elemente eines liberalen Systems (begrenzte Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber der Legislative, unabhängige Gerichte, demokratische Freiheiten und die theoretische Möglichkeit, sowohl den Regierungschef [Chief Executive] als auch den Legislativrat [Legislative Council, Legco] nach 2007 durch allgemeine Wahlen zu bestimmen).<sup>29</sup> »Dieses politische Mischsystem, das in der politischen Realität noch um Elemente einer informellen, personenbezogenen Beeinflussung ...

gruppe ohne Beteiligung Südkoreas vor; vgl. The Australian (Sydney), 31.7.2001, zit. ebd., 9.8.2001.

**28** Vgl. Heike Holbig/Liu Jen-kai, Drei Jahre politisches System der SVR Hongkong: »Business as Usual« oder »Deformierte Demokratie?«, Teil 1, in: China aktuell, 29 (Juli 2000) 7, S. 785–800.

**29** Das derzeitige Wahlsystem vereint demokratische mit korporatistischen Elementen, wobei weniger als die Hälfte der Abgeordneten direkt gewählt wird. Voraussetzung für die freie Wahl von Legco und Chief Executive wäre eine Novellierung des Wahlgesetzes, wofür eine Zweidrittelmehrheit im Legco, die Zustimmung des Chief Executive und des Ständigen NVK-Ausschusses in Peking erforderlich wären.

durch die Beijinger Einheitsfrontpolitik bereichert wird, hat potentiell schwerwiegende Folgen für die Legitimation der Hongkonger Regierung.«<sup>30</sup>

Während die Übergabe des Territoriums in der Nacht zum 1. Juli 1997 weitgehend reibungslos verlief, gab es schon bald danach Anzeichen für ein möglicherweise strukturbedingtes Legitimationsproblem. Dazu gehörten der interventionistische Umgang der SAR-Regierung mit der Ostasienkrise,<sup>31</sup> eine widersprüchliche Bildungs- und Sozialpolitik,<sup>32</sup> zunehmende Armut und Kontroversen um die Auslegung des »Basic Law«.

Im Juni 1999 hob der Pekinger NVK auf Antrag von Chief Executive Tung Chee-hwa eine Entscheidung des Obersten Hongkonger Berufungsgerichts auf, mit der Kindern vom chinesischen Festland, die in der SAR mindestens einen Elternteil nachweisen konnten, das Aufenthaltsrecht gewährt worden war. Ein Jahr zuvor war es zu Auseinandersetzungen um ein neues Hongkonger Gesetz gekommen, das anscheinend einen rechtlichen Sonderstatus für alle (lokalen und nationalen) Staatsorgane begründete. Ende 2000 forderte Jiang Zemin die Behörden in Hongkong und Macao auf, niemandem zu erlauben, gegen die Zentralregierung aktiv zu werden. Die Medien der beiden Territorien sollten ihre »gesellschaftliche Verantwortung« beachten und eine »positivere Rolle« spielen.<sup>33</sup> Wenig später kündigte mit Anson Chan die höchste Beamtin der SAR ihren Rücktritt an. Chan hatte versucht, die Verabschiedung eines Anti-Subversionsgesetzes herauszuzögern, und sich dafür eingesetzt, auch der in China verbotenen Falungong-Sekte Versammlungsfreiheit zu gewähren.<sup>34</sup> Im Jahr 2000 kam es wiederholt zu Demonstrationen gegen Tungs autoritären

**30** Holbig/Liu, Drei Jahre politisches System der SVR Hongkong, S. 787.

**31** Mit Übergreifen der Ostasienkrise auf Hongkong schrumpfte das BIP 1998 um mehr als 5%; 1999 wurden marginale 2,9% Wachstum erzielt. Die Verteidigung des Hongkong-Dollars trieb die Zinsen in die Höhe. Der Immobilienmarkt verzeichnete einen Einbruch, Touristen blieben aus, und die Arbeitslosigkeit erreichte einen historischen Höchststand von 6%. Im August intervenierte die Regierung unter Einsatz von 15 Mrd. Dollar am Aktienmarkt, eine dramatische Abkehr vom britischen Laissez-faire. Im Jahr 2000 lag das BIP-Wachstum wieder über 10%, aber die Binnennachfrage stagnierte weiter, und die Exporte waren rückläufig.

**32** So mußte Chief Executive Tung Chee-hwa 1990 einräumen, daß er eines seiner wichtigsten sozialpolitischen Projekte, den Bau von 85 000 Sozialwohnungen pro Jahr, stillschweigend aufgegeben hatte.

**33** Vgl. FEER, 18.1.2001, S. 12.

**34** Ebd., 25.1.2001, S. 16–20.

Führungsstil; die Zustimmungsrates zum Regierungschef verschlechterte sich von 50% auf 38%.<sup>35</sup> Im Juli 2001 billigte der Legco einen Gesetzentwurf, demzufolge die Pekinger Regierung den (faktisch von ihr eingesetzten) Chief Executive auch wieder entlassen kann<sup>36</sup> (Tungs erste Amtszeit endet im März 2002). Künftige Konflikte zwischen Hongkongs »common law«-Praxis und dem kodifizierten Recht der Volksrepublik scheinen vorprogrammiert zu sein.

Mit der Aufhebung der Wahlrechtsreformen des letzten britischen Gouverneurs hatte China 1997 den Einfluß der demokratischen Opposition im Legco zu beschneiden versucht. Dabei hatte man nicht vorhersehen können, daß sich aus der alten Polarisierung pro und contra Peking mit der regionalen Krise eine neue zwischen den Interessen der »Geschäftsplutokratie« und der Bevölkerungsmehrheit entwickeln würde.<sup>37</sup> Das führte dazu, daß die oppositionelle Democratic Party (DP) nun gelegentlich auch mit einer prochinesischen und sozial orientierten Partei wie der Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong« (DAB) zusammenarbeitete.<sup>38</sup> Eine Hongkonger Zeitung faßte die Entwicklung wie folgt zusammen: »Es sieht mittlerweile so aus, daß die Abgeordneten Stimmen erhalten, aber keine Macht und die Regierung Macht hat, aber keine Stimmen erhält.«<sup>39</sup>

## USA

Von den traditionellen Streitpunkten zwischen Peking und Washington – Taiwan, militärische Transparenz, chinesische Rüstungsexporte, Menschenrechte und Handel – können die letztgenannten drei nach sechsjährigen Einbindungsbemühungen der Clinton-Administration als weitgehend entschärft gelten. Die alljährliche Verlängerung der Meistbegünstigung für chinesische Exporte erfolgt seit 1994 problemlos und de facto unkonditioniert,<sup>40</sup> eine Praxis, von der 2001

<sup>35</sup> Ebd., 27.7.2000, S. 16–20.

<sup>36</sup> Vgl. BBC-News, 11.7.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 11.7.2001 (online).

<sup>37</sup> Vgl. Holbig/Liu, Drei Jahre politisches System der SVR Hongkong.

<sup>38</sup> In den Parlamentswahlen 2000 zogen DP und DAB mit 12 bzw. 11 Legco-Sitzen nahezu gleich.

<sup>39</sup> South China Morning Post, 13.1.2000, zit. in: Holbig/Liu, Drei Jahre politisches System der SVR Hongkong, S. 796.

<sup>40</sup> Der Kongreß genehmigte im September 2000 die dauerhafte Gewährung der Meistbegünstigung ab WTO-Beitritt der Volksrepublik und – unabhängig davon – die Einrichtung einer Kommission zur Beobachtung der menschen- und ar-

nicht einmal George Bush Jr. abweichen mochte. Damit hat auch die Menschenrechtsproblematik für das bilaterale Verhältnis an Sprengkraft einbebußt, wenn gleich Washington aus Gründen innenpolitischer Rücksichtnahme nicht umhinkommt, diesen Komplex etwa in internationalen Organisationen weiter zum Thema zu machen, und Clinton wie Bush den Dalai Lama empfangen haben. Soweit Peking noch Nuklear- und Raketentechnologie nach Pakistan und in den Mittleren Osten exportierte,<sup>41</sup> war die Clinton-Administration bestrebt, dies herunterzuspielen. Blieben ein von chinesischer Seite halbherzig geführter sicherheitspolitischer Dialog, der nach dem Raketenanschlag in der Belgrader Botschaft der Volksrepublik stagnierte,<sup>42</sup> und die Taiwanfrage mit ihren Querverbindungen zu den übrigen genannten Komplexen.

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Washington hatte der Kongreß 1979 den »Taiwan Relations Act« (TRA) verabschiedet. Demzufolge verstehen die USA jegliche Bedrohung der Sicherheit der Insel als Bedrohung der eigenen Inter-

beiterrechtlichen Situation in der Volksrepublik.

<sup>41</sup> Die letzten bekanntgewordenen größeren Exporte (Ringmagneten zur Anreicherung von Uran nach Pakistan, Komponenten für Mittelstreckenraketen und Chemiewaffen nach Iran) erfolgten 1995/96, und die Volksrepublik versprach anschließend, daß sich dergleichen nicht wiederholen werde; vgl. International Herald Tribune, 13.5.1996, S. 1. Im Jahr 2000 meldeten amerikanische Geheimdienste, daß die 1996 eingestellten Arbeiten am Bau einer Fabrik für die Herstellung der chinesischen Kurzstreckenrakete M-11 in Pakistan wieder aufgenommen worden seien. Eine diesbezügliche Mission des Beauftragten für Nichtverbreitung im State Department, Robert Einhorn, blieb im Juni 2000 ergebnislos; vgl. FEER, 22.6.2000, S. 10. Wenig später erklärte Einhorn, »chinesische Einheiten« lieferten weiterhin »Ausrüstung und Technologie« für Raketenprogramme nach Pakistan, Iran und anderswohin; ebd., 20.7.2000, S. 16–18. Im November 2000 erklärte sich Peking bereit, keine Exporte mehr durchzuführen, die gegen das Trägertechnologie-Kontrollregime verstießen, vorausgesetzt, amerikanische Satelliten dürften wieder mit chinesischen Raketen ins All geschossen werden und die USA verzichteten auf Sanktionen für vergangene Exporte; vgl. The Washington Post, 27.1.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.7.2001 (online). Peking hat Verhandlungen über ein Exportkontrollregime angeboten, diese aber anscheinend davon abhängig gemacht, ob und welche Waffen die USA an Taiwan liefern; vgl. FEER, 15.3.2001, S. 16–20. Im September 2001 verhängte Washington Sanktionen gegen eine chinesische Firma, die Raketentechnologie an Pakistan geliefert hatte; vgl. The Washington Post, 1.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 5.9.2001 (online).

<sup>42</sup> Der Dialog wurde im Januar 2000 wiederaufgenommen, litt aber fortan unter Kontroversen über amerikanische Rüstungslieferungen an Taiwan; vgl. FEER, 3.2.2000, S. 12.

essen im westlichen Pazifik, werden Taipei im Falle einer solchen Bedrohung zur Hilfe kommen und Taiwan weiter mit »Defensivwaffen« beliefern.

Im März 1996 standen Washington und Peking am Rand eines bewaffneten Konflikts, als die USA auf chinesische Raketentests und Militärmanöver bei Taiwan mit der Entsendung von zwei Flugzeugträgergruppen reagierte. Die Administration war anschließend bemüht, die bilateralen Beziehungen aus der Gefahrenzone zu bringen; das State Department spielte den TRA in seinen Chinakontakten fortan herunter. Es bekräftigte statt dessen drei sino-amerikanische Kommuniqués aus den Jahren 1972, 1978 und 1982, von denen eines (das von 1982) die USA verpflichtet, Rüstungsverkäufe nach Taiwan schrittweise abzubauen. Washington lehnte es allerdings ab, sich diesbezüglich in einem vierten Kommuniqué festzulegen. Aus Pekinger Sicht mußte Clintons mündliche Zusage vom Juli 1998, eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans nicht zu unterstützen (eine Zusage, die Richard Nixon bereits 1972 gemacht hatte), als schwacher Ersatz erscheinen.

Clinton war 1998 nach China gereist und hatte damit einen Besuch seines Kollegen Jiang Zemin vom Vorjahr erwidert, in dessen Verlauf sich beide Seiten darauf verständigt hatten, an einer »konstruktiven strategischen Partnerschaft« zu arbeiten. Dafür sprachen aus amerikanischer Sicht gewisse gemeinsame Interessen, etwa bei der Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel oder in Südasiens. Die amerikanische Seite versicherte, daß es keine Pläne für einen Transfer satellitengestützter Raketenabwehrtechnologie an Taiwan gebe. Die chinesische Seite sagte die »aktive Prüfung« eines Beitritts zum Träger-technologie-Kontrollregime (Missile Technology Control Regime, MTCR) zu, das den Export ballistischer Raketen mit Reichweiten von mehr als 300 Kilometern und Sprengladungen von mehr als 500 Kilogramm verbietet.<sup>43</sup> In Shanghai erklärte Clinton auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, daß seine Regierung weder »Unabhängigkeit für Taiwan noch (die Formeln) zwei Chinas oder ein Taiwan, ein China« befürworte und sich gegen Taiwans Mitgliedschaft in Organisationen ausspreche, »in denen Staatlichkeit eine (Beitritts-)Voraussetzung ist«.<sup>44</sup>

Trotz der Bemühungen des State Department war Kriterium für amerikanische Rüstungsexporte nach Taiwan schon ab 1996 eher die Einschätzung der

Bedrohungslage als der TRA-Maßstab »Defensivwaffe«. Im Jahr 1999 genehmigte Washington den Verkauf eines Radarsystems zur Früherkennung von Raketenstarts, von Patriot-Raketen der zweiten Generation (PAC-2) und Ersatzteilen für (1992 von George Bush Sr. zum Verkauf freigegebene) Jagdbomber vom Typ F-16. Gespräche über die Lieferung von U-Boot-Aufklärungsflugzeugen sowie modernen Zerstörern der Arleigh-Burke-Klasse mit Aegis-Radarsystemen wurden aufgenommen. Aegis dient dem Aufspüren feindlicher Flugzeuge und Schiffe und kann in Verbindung mit satellitengestützten Raketenabwehrsystemen genutzt werden. Peking stellte für den Fall einer positiven Entscheidung eine stärkere Reaktion in Aussicht als 1996 auf den Wahlkampf um die Präsidentschaft in Taiwan.<sup>45</sup>

Im Oktober 1999 verabschiedete der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses den Entwurf für einen »Taiwan Security Enhancement Act«. Mit ihm sollte das Pentagon verpflichtet werden, bei Verteidigungsplanung, Bedrohungsanalyse und Ausbildung mit Taipei zusammenzuarbeiten und direkte Kommunikationskanäle für den Krisenfall einzurichten. Der Senat setzte die Beratung der Vorlage im April 2000 angesichts des Ausgangs der taiwanesischen Präsidentschaftswahlen (s.u.) und eines von Präsident Clinton drohenden Vetos aus. Gleichzeitig vertagten die USA eine Entscheidung über die Lieferung des Aegis-Systems an Taipei auf unbestimmte Zeit. Washingtons Bemühungen, den Status quo in der Taiwan-Straße durch Aufforderung zum Gespräch und zum Abschluß von Interimsabkommen zu retten, erschienen zunehmend unrealistisch.

Die Defizite amerikanischer Einbindungspolitik hatten sich bereits nach dem Beschuß der chinesischen Botschaft in Belgrad erwiesen, als Jiang Zemin sich weigerte, einen Anruf Clintons über den frisch installierten »heißen Draht« entgegenzunehmen.<sup>46</sup> Kurz zuvor hatte das Ansehen der Volksrepublik im Kongreß und in der amerikanischen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Spionagevorwürfen der USA gegen China stark gelitten. Es bedurfte wiederholter amerikanischer Entschuldigungen für den Belgrader Raketenangriff und Clintons Distanzierung von einer neuen Zweistaatenformel Taiwans (s.u.), um das Verhältnis provisorisch zu reparieren.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Der Vorgang wiederholte sich, als Vizepremier Qian Qichen nach dem Absturz eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs im April 2001 den Hörer nicht abnahm; vgl. FEER, 24.5.2001, S. 12.

<sup>43</sup> Vgl. Asia 1999 Yearbook, Hongkong 1999, S. 106.

<sup>44</sup> Ebd.

George Bush Jr. beendete die Fiktion von der »strategischen Partnerschaft«, bezeichnete China als »strategischen Wettbewerber«<sup>47</sup> und signalisierte Sympathien für Taiwan.<sup>48</sup> Seine Administration beschuldigte eine chinesische Firma, das Waffenembargo gegen den Irak zu unterlaufen.<sup>49</sup> Taiwan überreichte aus Anlaß des Machtwechsels in Washington eine Wunschliste mit modernsten Rüstungsgütern, darunter vier mit Aegis ausgerüstete Arleigh-Burke-Zerstörer, dieselgetriebene U-Boote und PAC-3, die neueste Variante des Patriot-Raketenabwehrsystems.<sup>50</sup> Die Regierung in Peking warnte die USA vor der Erfüllung dieser Wünsche und bestritt die Exporte in den Irak zunächst.<sup>51</sup> Ein Washington-Besuch von Vizepremier Qian Qichen blieb im März 2001 ähnlich ergebnislos wie Versuche der USA im Mai, der chinesischen Seite die eigenen Raketenabwehrpläne nahezubringen.<sup>52</sup> Die USA haben seither ihre Akzeptanz eines Ausbaus der seegestützten Atomwaffe der Volksrepublik sowie die Bereitschaft signalisiert, gegebenenfalls mit Peking über eine Wiederaufnahme unterirdischer Atomtests zu verhandeln.<sup>53</sup>

Die Bush-Administration hatte sich noch nicht für eine Chinastrategie entschieden. Aber der Meinungsbildungsprozeß schien sich erheblich zu beschleunigen, nachdem ein chinesisches Kampfflugzeug am 1. April 2001 mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug kollidiert, dieses auf der chinesischen Insel Hainan notgelandet und die Crew festgesetzt worden war. Während der vermißte chinesische Pilot in Peking zum Nationalhelden stilisiert und die USA zu

einer Entschuldigung für illegales Eindringen in chinesisches Territorium aufgefordert wurden, verlangte Präsident Bush die unverzügliche Herausgabe von Flugzeug und Mannschaft.<sup>54</sup>

Das provisorische Ergebnis signalisierte einen faulen Kompromiß, vor allem aber die Entschlossenheit der USA, den chinesischen Emporkömmling in seine Grenzen zu verweisen. Am 11. April kam die Flugzeugbesatzung frei, nachdem Washington schriftlich »Bedauern« über den Tod des chinesischen Piloten geäußert hatte (Vertreter der VBA hatten anscheinend erfolglos verlangt, den Piloten und die beiden Kopiloten zu Gefängnisstrafen zu verurteilen).<sup>55</sup> Am 21. April erteilten die USA dem früheren taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui ein Einreisevisum. Am 24. April bewilligte Präsident Bush ein robustes Rüstungspaket für Taiwan, das unter anderem acht dieselgetriebene U-Boote,<sup>56</sup> zwölf Aufklärungsflugzeuge zur Bekämpfung von U-Booten, vier Zerstörer der Kidd-Klasse sowie moderne Torpedos und Raketen umfaßte, allerdings nicht die gewünschten Arleigh-Burke-Zerstörer und PAC-3. Einen Tag später erklärte Bush in einem Interview die Bereitschaft der USA, »alles Notwendige« zu tun, um Taiwan gegen eine chinesische Invasion zu verteidigen, eine deutliche Abkehr von der bisherigen Politik der strategischen Ambiguität.<sup>57</sup> Dennis Blair, der Oberkommandierende des amerikanischen Pazifik-Kommandos, reiste vermutlich wenig später zu einem Geheimbesuch nach Taipei.<sup>58</sup>

Am 2. Mai 2001 ordnete der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Einstellung

47 Im August 2001 erklärte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, China werde mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten 50 oder sogar 25 Jahren Supermacht werden; vgl. *The Washington Times*, 29.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 29.8.2001 (online).

48 Vgl. FEER, 5.4.2001, S. 16–19.

49 Die Firma hatte Glasfaserkabel zur Vernetzung der irakischen Flugabwehrsysteme geliefert; ebd., 15.3.2001, S. 16–21.

50 Ebd.

51 Vizepremier Qian Qichen räumte anlässlich eines Besuchs in Washington im März 2001 ein, die Glasfaserkabel seien ohne Kenntnis der Pekinger Regierung über Drittländer in den Irak gelangt; ebd., 5.4.2001, S. 16–19.

52 Der Asienbeauftragte des State Department, James Kelly, beschnitt die Erfolgsaussichten seiner Mission selbst, als er im Vorfeld erklärte, Gespräche mit China in dieser Frage unterschieden sich von Gesprächen mit Moskau, weil Peking nicht zu den Unterzeichnern des Raketenabwehrvertrages (Anti-Ballistic Missile Treaty) von 1972 gehöre; vgl. *Agence France-Presse*, 14.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 15.5.2001 (online).

53 Vgl. *The New York Times*, 2.9.2001, zit. ebd., 5.9.2001.

54 Vgl. FEER, 19.4.2001, S. 16–20.

55 Ebd., 17.7.2001, S. 10.

56 Da die USA solche U-Boote nicht mehr produzieren, bemühte sich die Administration erfolglos um Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Staaten und Australien. Im Juni 2001 kursierten Gerüchte, russische Privatleute hätten Taiwan die Baupläne für U-Boote der Kilo-Klasse angeboten; vgl. *Jane's Defence Weekly*, 20.6.2001, zit. in: *Asia-Pacific Naval Brief*, 22.6.2001 (online). Mittlerweile erwägen amerikanische Firmen, die Produktion dieselgetriebener U-Boote wiederaufzunehmen.

57 Vgl. *The Washington Post*, 26.4.2001, zit. in: *Asia-Pacific Media Brief*, 26.4.2001 (online). Bush bezeichnete im selben Interview die Entsendung amerikanischer Truppen im Krisenfall als »wahrscheinliche Option«, nahm diesen Teil seiner Äußerung aber anschließend wieder zurück; vgl. *The Los Angeles Times*, 26.4.2001, zit. ebd., 27.4.2001. Wenig später bekannte er sich zum »Ein-China-Prinzip« und forderte Taiwan auf, es ihm gleichzutun; vgl. *Ralph Cossa*, »Taiwan Independence«, in: *PacNet*, 11.5.2001 (online).

58 Vgl. *The Taipei Times*, 30.4.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 2.5.2001 (online).

aller militärischen Kontakte mit der Volksrepublik China an.<sup>59</sup> Am folgenden Tag modifizierte das Pentagon die Entscheidung dahingehend, man werde über solche Kontakte von Fall zu Fall entscheiden.<sup>60</sup> Am 7. Mai nahmen die USA ihre Aufklärungsflüge vor der chinesischen Küste wieder auf.<sup>61</sup> China hatte zuvor versucht, drei australische Kriegsschiffe am Transit durch die Taiwan-Straße zu hindern.<sup>62</sup>

Mitte Mai versprach Außenminister Powell dem Präsidenten Taiwans, Chen Shuibian, ein Transitvisum für New York und Houston.<sup>63</sup> Am 23. Mai traf Bush mit dem Dalai Lama zusammen. Zwischen Juni und August probte die VBA auf einer Insel südlich von Taiwan ein großangelegtes amphibisches Landungsmanöver. Chinesische Raketenstützpunkte in den Südostprovinzen wurden in Alarmbereitschaft versetzt.<sup>64</sup> Washington reagierte mit einer eintägigen Übung zweier Flugzeugträgergruppen im Südchinesischen Meer.<sup>65</sup>

Anders als nach der Bombardierung der Belgrader Botschaft wurden die Wirtschaftsbeziehungen<sup>66</sup> nicht beeinträchtigt, und die Administration verwarf Forderungen nach Wirtschaftssanktionen.<sup>67</sup> Ende Mai vereinbarten beide Seiten die (am 3. Juli erfolgte) Rückführung des amerikanischen Aufklärungsflugzeuges nach einer Zerlegung in Teile.<sup>68</sup> Anfang Juni bekannte

sich Colin Powell vor einem Senatsausschuß zur Fortsetzung der Einbindungspolitik.<sup>69</sup>

Am 4. Juni kündigte Rumsfeld eine »vorsichtige Wiederaufnahme« der Militärbeziehungen an;<sup>70</sup> zehn Tage später nahmen chinesische Beobachter an einem Manöver der Siebten Flotte im Südchinesischen Meer teil.<sup>71</sup>

Gleichzeitig war das Bemühen erkennbar, die Beziehungen zu Taiwan auszubauen. Im Juni 2001 reiste erstmals eine Gruppe taiwanesischer Offiziere zu einem zweiwöchigen Studienaufenthalt in die USA<sup>72</sup> (entsprechende Programme für chinesische Offiziere wurden seit Mitte der 90er Jahre veranstaltet) und Taiwan testete erstmals mit amerikanischer Hilfe seine PAC-2 Batterien.<sup>73</sup> Ende Juli erklärte der Staatssekretär im Pentagon für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, John Bolton, Taiwan könne grundsätzlich »in TMD und andere Raketenabwehrsysteme« einbezogen werden, und kündigte zu diesem Thema Konsultationen mit Taipei an.<sup>74</sup> Taiwan soll darüber hinaus ein modernes militärisches Kommunikationssystem erhalten.<sup>75</sup>

Wenig später legten die USA formell Protest gegen absprachewidrige chinesische Raketenexporte nach Pakistan und in den Mittleren Osten ein.<sup>76</sup>

<sup>59</sup> Vgl. Reuters, 2.5.2001, zit. ebd., 3.5.2001.

<sup>60</sup> Vgl. The Washington Post, 3.5.2001, zit. ebd., 4.5.2001. Trotzdem kamen die militärischen Kontakte de facto zum Stillstand; vgl. The New York Times, 4.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 4.6.2001 (online). Weiter wurde bekannt, daß die Administration auch eine Herabstufung der nicht-militärischen Kontakte erwog; vgl. The Washington Post, 5.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 9.5.2001 (online).

<sup>61</sup> Die Flüge wurden allerdings zunächst auf den Nordosten beschränkt; vgl. Associate Press, 7.5.2001, zit. ebd., 9.5.2001.

<sup>62</sup> Vgl. BBC News, 30.4.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 4.5.2001 (online).

<sup>63</sup> Vgl. Reuters, 14.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 15.5.2001 (online).

<sup>64</sup> Vgl. The Washington Post, 7.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 7.6.2001 (online).

<sup>65</sup> Vgl. Agence France-Presse, 18.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 21.8.2001 (online).

<sup>66</sup> Der amerikanische Markt absorbiert ein Drittel aller chinesischen Exporte, und die USA sind die wichtigste Quelle für ausländische Direktinvestitionen in der Volksrepublik.

<sup>67</sup> Am 1. Juni 2001 empfahl Bush dem Kongreß die Erneuerung der Meistbegünstigung für China; vgl. Reuters, 1.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 1.6.2001. Der Präsident verzichtete auf die von einem beratenden Ausschuß empfohlene Kampagne gegen Pekings Olympiakandidatur; vgl. FEER, 14.6.2001, S. 29f.

<sup>68</sup> Vgl. The Washington Post, 30.5.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 30.5.2001 (online). Die Einzelteile wurden mit

einem Transportflugzeug der Russischen Föderation nach Japan geflogen. China hatte eine Reparatur der Maschine auf Hainan und einen Weiterflug von Hainan abgelehnt und Schadensersatzzahlungen in Höhe von 1 Mio. Dollar für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der Crew verlangt. Als die USA im August 34 000 Dollar anboten, wies Peking die Offerte als »in Form und Substanz inakzeptabel« zurück; vgl. The China Daily, 13.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 13.8.2001 (online). Im September erörterten amerikanische und chinesische Offiziere, wie Luftzwischenfälle über internationalen Gewässern und in ausschließlichen Wirtschaftszonen verhindert werden könnten; vgl. The Washington Times, 25.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.8.2001 (online).

<sup>69</sup> Vgl. Office of International Information Programme, Washington (State Department), 3.5.2001, zit. ebd., 5.5.2001 (online).

<sup>70</sup> Vgl. FEER, 14.6.2001, S. 17.

<sup>71</sup> Vgl. Associated Press, 14.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 15.6.2001 (online).

<sup>72</sup> Vgl. FEER, 21.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 14.6.2001 (online).

<sup>73</sup> Vgl. Associated Press, 21.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 22.6.2001 (online).

<sup>74</sup> Vgl. Deutsche Presse-Agentur, 25.7.2001, zit. ebd., 26.7.2001.

<sup>75</sup> Vgl. Asian Defence Journal, 16.–19.8.2001, S. 11.

<sup>76</sup> Vgl. The Washington Post, 27.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.7.2001 (online). Anscheinend hatte ein chinesi-



Ende Juni besuchte der Staatssekretär im chinesischen Außenministerium, Zhao Wenzhong, die USA zu »Routinegesprächen«, wobei die Bush-Administration das Schicksal von fünf zu Jahresbeginn in der Volksrepublik inhaftierten Chinesen mit Aufenthaltserlaubnis für die USA ansprach.<sup>77</sup> Bald darauf verständigten sich die Außenminister Tang Jiaxuan und Colin Powell telefonisch darauf, auf eine Verbesserung der Beziehungen hinzuwirken, um einen China-Besuch Bushs im Oktober zu ermöglichen.<sup>78</sup> Powells Chinareise am 28. Juli war von beiderseitigem Bemühen um atmosphärische Verbesserung gekennzeichnet. Trotzdem gab es in den zentralen Fragen – Raketenabwehr, chinesische Raketenexporte, amerikanische Rüstungsexporte nach Taiwan und Menschenrechte – zwar Gesprächsbereitschaft, aber keine Fortschritte.<sup>79</sup>

Während die Chinapolitik der Bush-Administration zweifellos unter dem Druck des Wirtschaftsflügels der Republikaner im Kongreß steht, ist damit der Einfluß der »Falken« um Verteidigungsminister Rumsfeld keinesfalls neutralisiert.<sup>80</sup> Die neue amerikanische Politik umriß am 27. Juni der designierte Botschafter der USA in Peking, Clark Randt: Einbindung und Zusammenarbeit, wo möglich, Widerstand, wo nötig. Zwar gebe es in Korea »überlappende« strategische Interessen, aber Handelsbelange dürften nicht auf Kosten der nationalen Sicherheit oder zentraler amerikanischer Werte wahrgenommen werden.<sup>81</sup>

Sollten die sino-amerikanischen Beziehungen in den kommenden Jahren eine neue, konfliktträchtige Qualität erhalten, dann weil sich die Illusionen der

schers Staatsbetrieb zwölfmal Raketenteile nach Pakistan verschifft; vgl. *The Washington Times*, 6.8.2001, zit. ebd., 7.8.2001. Im September 2001 berichtete der Direktor der CIA dem Kongreß von im Vorjahr erfolgten chinesischen Exporten von Raketentechnologie nach Iran und Pakistan; vgl. *Reuters*, 7.9.2001, zit. ebd., 10.9.2001.

<sup>77</sup> Vgl. *Agence France-Presse*, 22.6.2001, zit. ebd. 23.6.2001. Zwei der Fünf wurden im Juli 2001 wegen Spionage zu zehnjährigen Gefängnisstrafen verurteilt und anschließend zur Ausreise freigelassen.

<sup>78</sup> Vgl. *Deutsche Presseagentur*, 28.7.2001, zit. in: *Napsnet Daily Report*, 29.7.2001 (online).

<sup>79</sup> Vgl. *International Herald Tribune*, 30.7.2001 (online).

<sup>80</sup> Die meisten Sicherheitsexperten der Bush-Administration sind konservative »Ideologen«, und sogar die »Pragmatiker« im State Department vertreten konservativere Standpunkte als seinerzeit die »Gemäßigten« in der Clinton-Administration; vgl. Joel Wit, *The United States, North Korea, and South Korea: Prospects for the Future*, *Napsnet Special Report*, 29.6.2001 (online).

<sup>81</sup> Vgl. *Office of International Information Programme*, 28.6.2001, zit. ebd., 29.6.2001.

Clinton-Administration von Einbindung und Partnerschaft nicht erfüllt haben, vor allem aber, weil der Status quo in der Taiwan-Straße bröckelt (s.u.). Washington mag noch daran glauben, trotz seines eindeutigeren Bekenntnisses zur Sicherheit Taiwans stabile Beziehungen zu Peking unterhalten zu können. Das dürfte allerdings eine Fehleinschätzung sein, weil übersehen wird, wie hoch die das Regime legitimierende Bedeutung der Taiwan-Frage für Peking ist.

## Rußland

Von den diversen »strategischen Partnerschaften«, die die Volksrepublik China in den 90er Jahren eingegangen ist, ist die mit Rußland die vielversprechendste. Hier geht es – anders als im Fall der USA – nicht nur um einen potentiell ernstzunehmenden Gegner, sondern auch um einen Nachbarn mit ähnlichen Weltordnungs-Präferenzen und teilweise identischen strategischen Interessen. Zusammenarbeit soll die chinesische Vision von einer multipolaren Welt fördern, mit der die Grundlagen für Ad hoc-Koalitionen gegen (amerikanische) Hegemonie gelegt werden könnten.

Der Begriff »strategische Partnerschaft« beschreibt aber zugleich die Grenzen der aus ihr resultierenden Zusammenarbeit. Weil die Weltbilder auf beiden Seiten unrealistisch, die strategischen Interessen eben nur zum Teil identisch sind und auch kombinierte Potentiale der Partner mittelfristig keine ernsthafte Herausforderung der USA darstellen würden, bleibt eine aktive Allianzpolitik grundsätzlich ausgeschlossen.<sup>82</sup> Hinzu kommt: Mißtrauen lebt insbesondere auf der (strukturell benachteiligten) russischen Seite der Grenze fort. Gleichzeitig bleiben die Wirtschaftsbeziehungen unterentwickelt<sup>83</sup> (allerdings importiert China alljährlich russische Waffen im Wert von ein bis drei Milliarden Dollar).

Andererseits ist das ungleiche Paar das bis heute einzige regionale Beispiel für erfolgreiche Vertrauens- und Sicherheitsbildung (von der im übrigen auch Peking's zentralasiatische Nachbarn profitieren).<sup>84</sup> Seit

<sup>82</sup> Rußland machte erstmals im Dezember 1998 den Vorschlag, die Partnerschaft unter Einbeziehung Indiens allianzartig auszubauen. China und Indien haben dieses Ansinnen bisher abgelehnt; vgl. *The Times of India*, 1.5.2001, zit. in: *Asia-Pacific Media Brief*, 2.5.2001 (online).

<sup>83</sup> Das Volumen des bilateralen Handels betrug 1999 5,7 Mrd. Dollar; vgl. *FEER*, 6.4.2000, S. 32.

<sup>84</sup> Vgl. Kay Möller, *Sicherheitspartner Peking? Die Beteiligung der Volksrepublik China an Vertrauens- und Sicherheitsbil-*

1996 arbeiten beide an einer »auf das 21. Jahrhundert hin orientierten strategischen Partnerschaft auf der Grundlage von Gleichheit und Vertrauen«. Diese Rhetorik führte 1997 bei Einbeziehung Kasachstans, Kirgistans und Tajikistans zu Vereinbarungen über den Abbau der grenznah stationierten Truppen und regelmäßigen Gipfeltreffen. Sie beschäftigen sich zunehmend mit den Themen Afghanistan, islamischer Extremismus, uighurischer Nationalismus und Pipelinebau.<sup>85</sup> Darüber hinaus erbrachte die Annäherung zwischen Rußland und China teilweise gemeinsame Standpunkte zu den Themen Nato-Osterweiterung, Kosovo, Tschetschenien, Taiwan, amerikanisch-japanische Allianz und Raketenabwehr.

Verglichen mit den Themen ist die bilaterale Zusammenarbeit in Nordostasien von deutlich größerer Zurückhaltung gekennzeichnet. So hat Peking bislang wenig Neigung gezeigt, Moskau bei dem Versuch zu unterstützen, auf der koreanischen Halbinsel eine wichtigere Rolle zu spielen. Gleichzeitig war Rußlands Polemik gegen das amerikanisch-japanische Forschungsprojekt Raketenabwehr für den Kriegsschauplatz (Theatre Missile Defence, TMD) bisher deutlich zurückhaltender als die chinesische.<sup>86</sup>

Vorbehalte gegen chinesische Konsumgüter und chinesische Immigranten<sup>87</sup> werden insbesondere von den Eliten im russischen Fernen Osten gepflegt, dessen wirtschaftliche Integration in die pazifische Wachstumsregion angesichts unterschiedlicher Präferenzen einzelner Gouverneure, mangelnder Infrastruktur und verbreiteter Korruption weiter auf sich warten läßt.<sup>88</sup> Von dem einst mit viel Vorschuß-

lorbeeren bedachten Tjumen-Projekt des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) ist für Peking und Moskau nicht viel mehr übrig geblieben als eine Bahnverbindung zwischen dem mandschurischen Hunchun und dem sibirischen Kraskino, sowie die vage Aussicht auf chinesische Exporte über russische Häfen.

Am 16. Juli 2001 unterzeichneten die Präsidenten Putin und Jiang in Moskau einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag und eine Gemeinsame Erklärung. Darin vereinbarten sie eine verstärkte Zusammenarbeit in globalen Abrüstungsfragen und beim Aufbau einer »fairen internationalen Ordnung«. Sie erklärten, gegeneinander keine territorialen Ansprüche geltend zu machen. Ihre militärische Zusammenarbeit richte sich nicht gegen Dritte.<sup>89</sup> Sie vereinbarten den Bau einer seit langem geplanten Erdöl-Pipeline von Sibirien ins nordöstliche China.<sup>90</sup> Die chinesisch-russische Partnerschaft hat damit einen weiteren rhetorischen Meilenstein gesetzt.

denden Maßnahmen seit Ende des Kalten Krieges. Baden-Baden: Nomos, 1998.

**85** Vgl. Jyotsna *Bakshi*, Sino-Russian Partnership in Central Asia: Implications for India, in: *Strategic Analysis* (Neu Delhi), 25 (Mai 2001) 2, S. 161–183 (166).

**86** So vereinbarten die Präsidenten Jelzin und Clinton im Mai 1995, solche TMD-Systeme zuzulassen, die keine Herausforderung für den jeweils anderen darstellten; vgl. *Theatre Missile Defence in Northeast Asia*, Monterey: Centre for Non-proliferation Studies, 2000 (online).

**87** Schätzungen hinsichtlich der Zahl der Einwanderer schwanken beträchtlich, weil anscheinend viele von ihnen als Händler pendeln. 1997 kam die Russische Akademie der Wissenschaften auf 200 000 bis 2 Millionen Chinesen; 2001 sprachen die russischen Behörden von 400 000–700 000 illegalen Immigranten entsprechend der dreifachen Zahl legaler Zuwanderer; vgl. *Migration News* (University of California Davis), 4 (August 1997) 8 (online) und *Russian Far East News* (University of Alaska Anchorage), März 2001 (online).

**88** Vgl. *Asia 2000 Yearbook*, Hongkong 2000, S. 189f; Peggy *Falkenheim Meyer*, *The Russian Far East's Economic Integration*

with Northeast Asia: Problems and Prospects, in: *Pacific Affairs*, 72 (Sommer 1999) 2, S. 209–224.

**89** Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.7.2001, S. 1f.

**90** Vgl. *International Herald Tribune*, 18.7.2001 (online).

## Der Taiwan-Komplex

Taiwan (offiziell: Republik China auf Taiwan) liefert seit Beginn der Demokratisierung Ende der 80er Jahre den Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der Volksrepublik China. 1996 und 2000 wurden die ersten freien Präsidentschaftswahlen auf chinesischem Boden durchgeführt. Die Inselrepublik hat darüber hinaus mit wechselndem Erfolg versucht, ihre formalen und informellen internationalen Beziehungen auszubauen und so aus der Isolation der 70er und 80er Jahre auszubrechen. Beide Entwicklungen wurden in Peking als Provokation verstanden und wiederholt mit militärischen Drohgebärden beantwortet. 2001 bleibt die Taiwan-Straße der potentiell gefährlichste Konfliktherd im Pazifik. Ob der Konflikt zum Ausbruch kommt, hängt von den zunehmend divergierenden innenpolitischen Dynamiken auf beiden Seiten ab.

### Transformation

<i>Einwohner:</i> 22,092 Millionen
<i>Ethnische Zusammensetzung:</i> 98% Chinesen, davon 13% »Festländer«, 2% malaiische Ureinwohner
<i>BIP 2000:</i> \$334 808 Mio. (Schätzwert)
<i>Wachstum 1999–2000:</i> 6,4%
<i>BIP pro Kopf 2000:</i> \$13 062 (Schätzwert)
<i>Verteidigungsbudget 1999:</i> \$10,8 Mrd.
<i>Truppenstärke (aktiv):</i> 376 000 (Schätzwert)
<i>Staatsoberhaupt:</i> Chen Shuibian (seit 2000)
<i>Regierungschef:</i> Chang Chun-hsiung (seit 2000)

Taiwans Prokopf-Einkommen stieg zwischen 1951 und 1991 von 145 auf 8788 US-Dollar an. Die Herausbildung substantieller (vornehmlich »einheimischer«<sup>91</sup>) Mittelschichten vor dem Hintergrund einschneidenden Wandels im internationalen Umfeld motivierte Präsident Chiang Ching-kuo (1978–1988) zur qualifizierten Aufhebung des Kriegsrechts und zur Legalisierung von Besuchen der Volksrepublik über Hongkong. Sein Nachfolger Lee Teng-hui (1988–2000) ging auf diesem Weg weiter, lockerte die Pressezensur und gestattete indirekten Handel mit dem Festland über

<sup>91</sup> Als »einheimisch« oder »taiwanesisch« gelten hier Personen, deren Vorfahren vor 1949 zugewandert sind.

Hongkong und andere Kanäle. 1991 hob er die letzten Bestimmungen der Verordnung über den Ausnahmezustand auf.

Parallel vollzog sich eine allmähliche Taiwanisierung der regierenden Nationalistischen Partei (Kuomintang, KMT), die sich zunehmend auf »einheimisches« Geschäftskapital stützte und dadurch auch für Korruption anfälliger wurde. Die alte Garde festländischer Politiker mit persönlichem Vereinigungsinteresse spaltete sich 1993 von der Regierungspartei ab und gründete die sogenannte New Party (NP). Gleichzeitig engagierte sich mit der Democratic Progressive Party (DPP) die wichtigste Oppositionspartei für eine Konstitutionalisierung der De-facto-Unabhängigkeit Taiwans. 1989 legalisiert, gewann sie bei den Parlamentswahlen 1992 31% der Stimmen und verbesserte sich 1995 noch einmal geringfügig (die NP erzielte zu keiner Zeit mehr als 15%).

Lee Teng-hui stand für die Aufrechterhaltung des Status quo. Dieser hatte Taiwan zwischen dem Beginn der Dengschen Reform 1978 und dem Ende des chinesisch-taiwanesischen Dialogs 1995 (s.u.) die dramatischeren Alternativen Vereinigung unter einer leninistischen Diktatur oder De-jure-Unabhängigkeit im Bewußtsein einer drohenden chinesischen Gewaltreaktion erspart. Seine Politik der Demokratisierung und des Bemühens um eine Internationalisierung der Taiwanfrage waren allerdings Indizien für den Versuch, die Manövrieremarge der Inselrepublik auf Kosten Pekings zu erweitern. Im Juli 1999 ging er mit einer neuen Zweistaatenformel an die Öffentlichkeit. Im März 2000 wurde er von dem DPP-Politiker Chen Shuibian abgelöst (die KMT blieb allerdings stärkste Parlamentsfraktion)<sup>92</sup>. Chen ließ im Wahlkampf die alte Forderung seiner Partei nach einer Unabhängigkeitserklärung fallen<sup>93</sup> und bot Peking gleich nach der Wahl ein Gipfeltreffen an, das allen offenen Fragen gelten sollte. Allerdings unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung und der Möglichkeit, das »Ein-China-Prinzip« (s.u.) auch künftig unterschiedlich zu definieren.<sup>94</sup>

<sup>92</sup> Die Parlamentswahlen von 1998 hatten zu folgender Sitzverteilung geführt: DPP 67, KMT/NP/People First Party (Letztgenannte seit 1999) zusammen 141, Unabhängige 12.

<sup>93</sup> Die Forderung blieb allerdings Teil des DPP-Programms.

<sup>94</sup> Vgl. FEER, 30.3.2000, S. 18–20.

Chen Shuibians chinapolitische Initiativen litten von Anfang an unter den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Das bedeutete allerdings nicht, daß die Opposition überzeugende Alternativen angeboten hätte. Chen hatte die Wahl mit nur 39% der Stimmen gewonnen, weil das gegnerische Lager mit zwei Kandidaten angetreten war (Lees Vizepräsident Lien Chan und dem Ende 1999 aus der KMT ausgestoßenen früheren Gouverneur der Provinz Taiwan, James Soong). Soong gründete wenig später die sogenannte People First Party (PFP). Er erzielte in den Präsidentschaftswahlen das zweitbeste Ergebnis. Der ebenfalls unterlegene Lien übernahm den Vorsitz der KMT. Einige Beobachter verdächtigten Lee Teng-hui, Chen mit der Nominierung des farblosen Lien Chan gezielt zum Sieg verhelfen zu haben,<sup>95</sup> und tatsächlich vereinbarten der alte und der neue Staatschef im folgenden Jahr eine politische Allianz (s.u.).

Im April 2000 bot Chen Shuibian dem KMT-Mitglied und früheren Verteidigungsminister Tang Fei das Amt des Regierungschefs an. Dreizehn seiner Minister gehörten der KMT an und nur elf der DPP. Die KMT-Parteiführung duldete diese Zusammenarbeit ihrer Mitglieder »in individueller Eigenschaft«.

Tang hatte sich bald zwischen alle Stühle gesetzt und trat am 3. Oktober 2000 »aus gesundheitlichen Gründen« zurück. Nachfolger wurde der DPP-Veteran Chang Chun-hsiung.<sup>96</sup> Unmittelbarer Anlaß für den Rücktritt war Chens Einlösung des Wahlversprechens gewesen, den Bau von Taiwans viertem Atomkraftwerk zu stoppen. Der Präsident hatte es dabei unterlassen, den KMT-Vorsitzenden Lien Chan vereinbarungsgemäß zu konsultieren.<sup>97</sup> Chen entschuldigte sich bei der Bevölkerung und der KMT, aber die Opposition bereitete trotzdem ein Mißtrauensvotum vor. Dieses unterblieb letztlich nur, weil der Oberste Gerichtshof Chens Entscheidung zwar tadelte, aber nicht als Verstoß gegen die Verfassung interpretieren mochte.<sup>98</sup> Die Regierung ließ den Bau des Kraftwerks trotz Massendemonstrationen »vorläufig« wieder anlaufen, aber das Experiment mit der Kohabitation war beendet.

Zur Blockadepolitik der Opposition kam ab Ende 2000 eine Abschwächung der Konjunktur. Sie war

95 Ebd., 6.4.2000, S. 19.

96 Die Mehrzahl der KMT-Minister verblieb in Changs Kabinett.

97 Ebd., 16.11.2000, S. 8.

98 Außerdem hätte sich an einen erfolgreichen Mißtrauensantrag ein Referendum angeschlossen, das Chen möglicherweise im Amt bestätigt hätte.

zwar vorrangig durch globale Trends bedingt,<sup>99</sup> doch waren an dieser Entwicklung die wachsenden Zweifel an Chen Shuibians Kompetenz und Führungsstärke nicht ganz unschuldig.<sup>100</sup> Zum auslösenden Moment wurde eine im September 2000 einsetzende Kampagne gegen Korruption in der Privatwirtschaft, mit der der Präsident ein weiteres Wahlversprechen einlöste.

Hatte Taiwans Wirtschaft die Ostasienkrise aufgrund ihrer überwiegend mittelständischen Struktur relativ unbeschadet überstanden und noch kurz nach den Präsidentschaftswahlen geboomt, kam es im folgenden Jahr zu rückläufigen Investitionen, schwächelnden Finanzmärkten und schließlich zur niedrigsten Wachstumsrate seit fünfundzwanzig Jahren.<sup>101</sup> Die Arbeitslosenrate erreichte im Juli 2001 einen historischen Höchststand von 4,5%. Andererseits blieben die Devisenreserven mit ca. 112 Milliarden Dollar stabil, es gab keine nennenswerte Auslandsverschuldung und kein inflationäres Risiko. Ende 2000 legte die Regierung ein Zehnjahresprogramm zur Entwicklung von Spitzentechnologien auf; im März 2001 folgte ein öffentliches Ausgabenpaket im Wert von 25 Milliarden Dollar. Die Bankenreform wurde in Angriff genommen,<sup>102</sup> die Anti-Korruptionskampagne fortgesetzt.

Im Juni 2001 gründete Ex-Präsident Lee Teng-hui innerhalb der KMT eine »Lee People's Group« und beauftragte seinen früheren Innenminister damit, die Gruppe zu einer eigenständigen Partei auszubauen, die Präsident Chen in den Parlamentswahlen im Dezember 2001 zu einer tragfähigen Mehrheit verhelfen soll.<sup>103</sup> Die sogenannte Taiwan Solidarity Union (TSU) wurde im August mit einem vagen Reformprogramm gegründet, das insbesondere in bezug auf die Beziehungen zu China wenig konkret war.<sup>104</sup>

99 50% des taiwanesischen BIP werden durch Exporte erwirtschaftet.

100 Nach Tang Feis Rücktritt verloren die Aktienkurse an der Börse von Taipei trotz Intervention der Regierung 40% ihres Werts. Es kam zu Kapitalflucht, nicht zuletzt nach China.

101 Im ersten Quartal 2001 wuchs das BIP nur noch um 1,06%.

102 Allerdings wies die Regierung die Banken 2001 an, die Kreditvergabe an angeschlagene Unternehmen fortzusetzen; vgl. FEER, 2.8.2001, S. 19–21.

103 Vgl. China online, 2.–8.7.2001.

104 Vgl. The Boston Globe, 13.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 13.8.2001 (online).

## Kräftevergleich

Im Februar 1999 berichteten amerikanische Geheimdienste von der Dislozierung von 150–200 Kurzstreckenraketen der Baureihen CSS-6 (M-9) und CSS-7 (M-11) in den Taiwan gegenüberliegenden Südostprovinzen der Volksrepublik China. Experten des Pentagon sagten für die folgenden Jahre eine Aufstockung dieses Arsenal auf 650 vorher.<sup>105</sup> Amerikanische Nachrichtendienste zählten 2001 bereits 350 einsatzbereite Raketen.<sup>106</sup> Als die VBA 1995 und 1996 erstmals CSS-6-Raketen in Gewässer um Taiwan abfeuerte,<sup>107</sup> betrug die Gesamtzahl der in Südostchina dislozierten Raketen noch 30–50.

Heute stellen Kurzstreckenraketen die unmittelbare militärische Bedrohung für Taiwan dar. Chinas Raketenarsenal ist in den letzten Jahren schnell angewachsen, und die Inselrepublik verfügt bisher über keine wirksame Möglichkeit, Raketenangriffe umfassend abzuwehren.<sup>108</sup>

Taiwans nationaler Verteidigungsbericht von 1998 konstatierte eine »wesentliche Zunahme« der chinesischen Bedrohung seit Unterzeichnung des Abkommens mit Rußland im Vorjahr über den Abbau der grenznahen Truppen beider Seiten (s.o.). Die Autoren gingen davon aus, daß die VBA nunmehr in der Lage war, die Insel von der See und aus der Luft anzugreifen, partielle und umfassende Seeblockaden zu verhängen und dem Festland vorgelagerte kleinere Inseln der Republik China zu erobern.<sup>109</sup> Neben der Dislozierung von Raketen erwähnte der Bericht die Stationierung moderner russischer Kampfflugzeuge in Südostchina und verbesserte Fähigkeiten der VBA-Marine.<sup>110</sup>

Andere Experten bestreiten, daß Peking heute zu einer militärischen Eroberung und Besetzung der

Insel Taiwan in der Lage wäre, ohne eine der Vereinigung nicht zuträgliche Zahl ziviler und militärischer Opfer in Kauf zu nehmen. Festzuhalten bleibt allerdings, daß die Raketentests und Manöver im März 1996 die Fähigkeit des Festlands unter Beweis gestellt haben, den zivilen See- und Luftverkehr zu lähmen und die Bevölkerung einzuschüchtern. Dagegen gilt Taiwans rüstungstechnische Überlegenheit als mittelfristig gesichert.<sup>111</sup> Unter anderem motiviert durch die chinesische Nachrüstung, entschlossen sich die USA 1999, der Inselrepublik zusätzliche militärische Hardware und Frühwarntechnologien zur Verfügung zu stellen (s.o.).

Im Mai 1999 bezog das Pentagon in einer Studie Taiwan zusammen mit Japan und Südkorea in den operativen Radius eines möglichen TMD-Systems ein, eine Planung, die das Repräsentantenhaus bereits im Oktober 1998 in einer nicht bindenden Resolution gefordert hatte. Die Clinton-Administration legte sich aus Rücksicht auf Peking nicht fest. Sie bot China erfolglos ein Tauschgeschäft an: Verzicht auf TMD für Taiwan gegen Abbau der gegen Taiwan in Stellung gebrachten Raketen.<sup>112</sup> Aber letztlich könnte die – von der Bush-Administration erwogene – Einbeziehung der Inselrepublik in ein TMD-System, verglichen mit anderen Szenarien, für die USA als geringeres Übel erscheinen.<sup>113</sup> Taiwans 1988 unter amerikanischem Druck beendetes Atomwaffenprogramm wird in der einheimischen und internationalen Presse regelmäßig als Warnung an die Adresse der USA beschworen. Sollte Washington seine Sicherheitsgarantie aufkündigen, glauben taiwanesischen Experten, binnen eines Jahres eine Wiederaufbereitungsanlage zur Produktion von waffenfähigem Plutonium bauen zu können.<sup>114</sup> Raketentechnologie ist seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auf den Weltmärkten problemlos erhältlich. China befürchtet, daß Taipei ein TMD-Lenksystem zur Entwicklung von Boden-Boden-Raketen nützen könnte. Die militärische Führung der Inselrepublik

<sup>105</sup> Vgl. *The Financial Times*, 10.2.1999, S. 1.

<sup>106</sup> Vgl. *The Washington Times*, 28.8.2001, zit. in: *Napsnet Daily Report*, 29.8.2001 (online).

<sup>107</sup> Die Raketentests und Manöver von 1995 erfolgten als Reaktion auf einen Besuch Lee Teng-huis an seiner Alma mater Cornell in Ithaca, New York, und sollten die anstehenden Parlamentswahlen beeinflussen. Die Drohgebärden im folgenden Jahr stellten den Versuch da, Einfluß auf Taiwans erste freie Präsidentschaftswahlen zu nehmen.

<sup>108</sup> Taiwan hat derzeit drei PAC-2-Batterien um Taipei disloziert. Damit jedoch sind chinesische Kurzstreckenraketen nicht wirksam zu bekämpfen.

<sup>109</sup> Ein solcher (erfolgloser) Versuch wurde anscheinend im Zusammenhang mit den Manövern vom März 1996 unternommen.

<sup>110</sup> Vgl. Sean Boyne, *Taiwan's Troubles*, in: *Jane's Intelligence Review*, 10 (September 1998) 9, S. 25–33 (27).

<sup>111</sup> Taiwans Kampfflugzeuge der Baureihen F-16 und Mirage-2000 sind den meisten chinesischen Waffensystemen überlegen. Entsprechendes gilt für Fregatten, Antischiffsraketen, Angriffshubschrauber und U-Boot-Abwehrwaffen; ebd., S. 28.

<sup>112</sup> China hatte seinerseits versucht, einen Bezug zwischen TMD für Taiwan und eigenen Raketenlieferungen an Iran zu etablieren; vgl. *FEER*, 18.5.2000, S. 18.

<sup>113</sup> Im Juli 2001 schlug Chen Shuibian vor, ein gemeinsames amerikanisch-japanisch-taiwanesisches TMD-System aufzubauen; vgl. *The Washington Times*, 2.8.2001, zit. in: *Asia-Pacific Media Report*, 2.8.2001 (online).

<sup>114</sup> Vgl. Gerald Segal, *Taiwan's Nuclear Card*, in: *The Asian Wall Street Journal*, 4.8.1998 (online).

erwägt ihrerseits, zivile Ziele auf dem Festland mit einer begrenzten Anzahl Mittelstreckenraketen zu bedrohen.<sup>115</sup>

Peking hat in den letzten Jahren damit begonnen, sich sowohl auf begrenzte Kriege entlang der eigenen Peripherie als auch auf elektronische und Informationskriegführung vorzubereiten. Raschen Fortschritten auf letztgenanntem Gebiet dürfte aber insbesondere die hochgradige Zentralisierung festländischer Politik im Wege stehen.

Selbst wenn die Volksrepublik militärisch in der Lage wäre, die »abtrünnige Provinz« unter Einsatz von Gewalt heimzuführen, bliebe die Frage, unter welchen Bedingungen die chinesische Führung bereit wäre, ihr militärisches Potential einzusetzen. Ein entscheidendes Kriterium ist die Reaktion der USA, die Peking 1995/96 anscheinend testen wollte. Seit 1994 ist es zwischen Regierung und VBA wiederholt zu Kontroversen über die Frage gekommen, wie man mit Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans umgehen soll. Die militärische Führung setzte sich 1995/96 durch, wenn auch nur mit einer Demonstration der Stärke. Die seinerzeit im Umfeld der Taiwan-Straße abgeschossenen Raketen trugen keine Gefechtsköpfe und schlugen nicht auf Taiwan ein.

Peking wird weitere zehn Jahre benötigen, um die VBA in einem Umfang zu modernisieren, der ein militärisches Vorgehen gegen Taiwan bei einem politisch wie militärisch akzeptablen Verhältnis von Kosten und Nutzen ermöglichen könnte. Gleichzeitig bleibt ungewiß, ob Taiwan angesichts der Restriktionen auf seiten potentieller Rüstungsexporteure (insbesondere bei U-Booten, s.o.) Schritt halten wird. Auch wenn die Frage bejaht wird, bliebe das eskalatorische Potential eines Krieges in der Taiwan-Straße beträchtlich. Wie realistisch solche Szenarien sind, hängt in allererster Linie von der inneren Stabilität der Volksrepublik ab (s.o.). China könnte schon vor Erreichen des erforderlichen Modernisierungsstandes der VBA unter bestimmten Bedingungen einen Krieg riskieren: Dieses Risiko steigt, wenn der kombinierte Druck aus hausgemachten Problemen, regionaler und globaler Konjunkturschwäche, einem neuen Tief in den Beziehungen zu den USA inklusive beschleunigter TMD-Entwicklung und voranschreitender Konsolidierung der eigenständigen taiwanesischen Identität die einem nichtreformierten festländischen Regime zur

Verfügung stehenden nichtmilitärischen Optionen dramatisch reduzieren würde.

## Kooperation

Taiwans wirtschaftliche Abhängigkeit von der Volksrepublik China hat in den 90er Jahren stark zugenommen<sup>116</sup> und unter anderem zu einer Öffnung informeller Dialogkanäle geführt. Gleichzeitig waren Bemühungen wenig erfolgreich, Investitionen auf dem Festland qua Dekret oder durch Diversifizierung nach Südostasien umzulenken. Vor dem Hintergrund zunehmender Kapitalflucht und anderer Wirtschaftsprobleme wird die Auslagerung wichtiger Produktionszweige nach China in letzter Zeit auch in Teilen der Öffentlichkeit Taiwans kritischer gesehen.<sup>117</sup>

Peking hatte Taipei 1979 einen »Neunpunkteplan für die Wiedervereinigung« angeboten, der einen Schritt weiter ging als das wenig später für Hongkong avisierte Modell: Taiwan sollte neben der Beibehaltung seines Wirtschafts- und Sozialsystems völlige politische und militärische Autonomie garantiert werden. Dennoch hieß das Motto hier wie im Falle der britischen Kronkolonie »ein Land, zwei Systeme«. Die taiwanesishe Regierung wäre nach diesem Plan zu einer Provinzverwaltung geworden.<sup>118</sup>

Taipei legte Wert auf die Feststellung, daß die Republik China nicht aus der Volksrepublik China entstanden war, sondern unabhängig von ihr. Die daraus resultierende Formel »ein Land, zwei Gebiete« bedeutete ein Abrücken vom eigenen Alleinvertretungsanspruch in Analogie zur deutschen Ostpolitik. Offiziell blieb es bei der Ablehnung von Kontakten, Verhandlungen und Kompromissen, solange Peking seine marxistisch-leninistische Grundorientierung beibehielte, Taiwan gegenüber keinen Gewaltverzicht

<sup>116</sup> Das Handelsvolumen erreichte 2000 ca. 30 Mrd. Dollar, die Insel wurde zum sechstgrößten Handelspartner der Volksrepublik. Heute entfallen 17,6% aller taiwanesischen Exporte auf den chinesischen Markt. Das Volumen der bis 2000 in China getätigten taiwanesischen Investitionen wird auf 40 Mrd. Dollar geschätzt, was einem Drittel aller taiwanesischen Direktinvestitionen im Ausland entspricht; vgl. The New York Times, 15.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 16.5.2001 (online), FEER, 29.6.2000, S. 25 und ebd., 26.4.2001, S. 14-18.

<sup>117</sup> Vgl. The Taipei Times, zit. in: Taiwan aktuell (München), 19.3.2001, S. 2-4.

<sup>118</sup> Vgl. Tim Trampedach, China auf dem Weg zur Wiedervereinigung? Die Politik der Guomindang auf Taiwan gegenüber der Volksrepublik China seit 1978, Hamburg 1992, S. 39.

<sup>115</sup> Vgl. Melinda Liu, Defending Taiwan, in: Newsweek (internationale Ausgabe, online), 17.5.1999.

erklärte und weiter versuchte, die Republik China zu isolieren.<sup>119</sup>

Die Volksrepublik verlor ihre taiwanpolitische Initiative 1989 vorübergehend mit der Zerschlagung der eigenen Demokratiebewegung. Vor diesem Hintergrund lancierte Lee Teng-hui jene Doppelstrategie aus scheinbarem Entgegenkommen und tatsächlicher Abgrenzung, die Peking sechs Jahre später zu militärischen Drohgebärden provozierte. In den Jahren 1990/91 kam es in Taiwan zur Einrichtung eines Nationalen Vereinigungsrats, eines Kabinettsausschusses für Festlandsangelegenheiten (Mainland Affairs Council, MAC) und einer halbamtlichen Stiftung (Strait Exchange Foundation, SEF), die der Regierung in Peking als Ansprechpartner in technischen Fragen dienen sollte. Der Nationale Vereinigungsrat entwarf Anfang 1991 Richtlinien für die Vereinigung Chinas, die vom Kabinett verabschiedet wurden. Diese sahen drei zeitlich nicht definierte Phasen vor, die sich von inoffiziellen Kontakten über die Einrichtung von Kommunikationskanälen bis hin zu Verhandlungen mit dem Ziel der Vereinigung erstreckten,<sup>120</sup> ein Ziel, das seither unter den Vorbehalt einer politischen Öffnung der Volksrepublik gestellt wurde. Gleichzeitig versuchte Lee mit einer weltweiten Offensive »flexibler Diplomatie« (zu der auch der alljährlich scheiternde Antrag auf Wiederaufnahme in die Vereinten Nationen gehörte) und mit weiterer Demokratisierung des politischen Lebens auf der Insel einen »Sicherheitsabstand« zum Festland herzustellen, um so in Drittstaaten und in der eigenen Gesellschaft stärkere Unterstützung für Taiwans De-facto-Unabhängigkeit zu wecken.

Im Dezember 1991 reagierte die Volksrepublik mit der Gründung eines Pendantes zur SEF, der Association for Relations across the Taiwan Strait (ARATS). Im April 1993 kam es zu einer ersten Begegnung im neutralen Singapur. Die anschließende Verhandlungsserie wurde Anfang 1995 angesichts erhöhter Spannungen abgebrochen und seither nicht wieder aufgenommen. Kurz zuvor hatte Jiang Zemin ein neues Verhandlungsangebot gemacht, das eine abgeschwächte Gewaltdrohung enthielt.<sup>121</sup>

**119** Ebd., S. 47.

**120** Vgl. Ma Ying-jeou, *The Republic of China's Policy towards the Chinese Mainland*, in: *Issues and Studies* (Taipei), 28 (1992) 2, S. 7.

**121** Demnach bekannte sich China zur grundsätzlichen Wünschbarkeit einer friedlichen Vereinigung und beschränkte die Drohung mit militärischer Gewalt auf den Fall einer »Einmischung Dritter«; vgl. die amtliche chinesische

Im Februar 2000 erweitere Peking den Katalog der Szenarien, bei deren Eintreten Taiwan gegenüber Gewalt angewendet werden würde (Unabhängigkeitserklärung, »Einmischung« durch Dritte, nukleare Rüstung, »Chaos«) um die »anhaltende Weigerung der taiwanesischen Behörden, die ...Wiedervereinigung durch Verhandlungen herbeizuführen«. Die Drohung sollte offensichtlich die taiwanesischen Präsidentschaftswahlen beeinflussen, aber diesmal das Eskalationsrisiko in Grenzen halten.<sup>122</sup> Ein im Oktober 2000 veröffentlichtes Verteidigungsweißbuch der Volksrepublik enthielt die wieder relativierte Drohung mit Gewalt für den Fall, daß es »zu einer gravierenden Veränderung der Lage kommt und Taiwan, unter welcher Bezeichnung auch immer, auf eine Loslösung von China hinsteuert«.<sup>123</sup>

Kurz nach Chen Shuibians Wahl hob das taiwanische Parlament rechtliche Hürden für Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen zwischen dem chinesischen Festland und den Taiwan vorgelagerten Inseln (die »drei kleinen Verbindungen«) auf. In Peking erklärte Staats- und Parteichef Jiang Zemin, man könne mit der neuen Administration ins Gespräch kommen, vorausgesetzt, Chen mache sich zuvor das »Ein-China-Prinzip« zu eigen, das in China in der Regel als mit der Volksrepublik identisch interpretiert wird. Der neue Präsident antwortete, man könne über das Prinzip reden, es aber nicht als Ausgangspunkt für Verhandlungen nutzen. Er bekundete Interesse an Gesprächen über direkte Handels-, Post- und Verkehrsverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland (die »drei großen Verbindungen«), Investitionen, ein Friedensabkommen sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, lud die chinesische Führung nach Taipei ein und bekundete die Bereitschaft, selbst noch vor seinem Amtsantritt im Mai die Volksrepublik zu besuchen.<sup>124</sup> Während der Amtsübergabe schloß er eine Unabhängigkeitserklärung aus, vorausgesetzt, Peking verzichte auf die Anwendung von Gewalt.<sup>125</sup>

Nachrichtenagentur Xinhua, chin., 30.1.1995, zit. in: Summary of World Broadcasts, FE/2215/G71-4 vom 31.1.1995.

**122** Vgl. International Herald Tribune, 23.2.2000 (online).

**123** Vgl. Xinhua, 17.10.2000, zit. in: China aktuell, 29 (Oktober 2000) 10, S. 22. Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Weißbuchs veranstaltete die VBA in kurzer Folge drei Großmanöver.

**124** Vgl. FEER, 30.3.2000, S. 18-20.

**125** Ebd., 1.6.2000, S. 16-18. Für den Fall eines chinesischen Gewaltverzichts schloß Chen fünf Szenarien aus: Unabhängigkeitserklärung, Änderung des Staatsnamens Republik China, Aufnahme von Lee Teng-huis Zweistaatenformel in die Verfassung, Volksabstimmung über Unabhängigkeit und

Die Führung in Peking reagierte verunsichert. Zum einen beschuldigte sie Chen mangelnder Aufrichtigkeit, zum anderen bekannte auch sie sich zu den »drei großen Verbindungen« und zur Wiederaufnahme des 1995 abgebrochenen Dialogs auf Grundlage einer mündlichen Vereinbarung vom November 1992, derzufolge sich beide Seiten verpflichtet hätten, das »Ein-China-Prinzip« aufrechtzuerhalten. Taipei hatte sich damals in einer schriftlichen Erklärung eine eigene Auslegung des Prinzips vorbehalten, und Peking hatte die Ausklammerung der »politischen Bedeutung« des Prinzips aus den 1993 aufgenommenen Gesprächen akzeptiert.<sup>126</sup> Taiwanischen Geschäftsleuten, die enge Beziehungen zu Chens Administration unterhielten, wurde mit Diskriminierung auf dem Festlandsmarkt gedroht.<sup>127</sup>

Mit Beharren auf einer Vorklärung der Grundsatzfrage hatte sich Peking vorerst in die Defensive gebracht. Taipei stellte die »drei großen Verbindungen« wieder zurück, und Chen Shuibian insistierte fortan auf einem Umgang mit China »in Übereinstimmung mit den Präferenzen der dreiundzwanzig Millionen Menschen auf Taiwan« sowie »den Prinzipien Freiheit und Demokratie«.<sup>128</sup> Er beauftragte eine unabhängige Kommission mit dem Entwurf von Grundzügen für eine neue Festlandspolitik, die ihre Arbeit im September 2000 ohne Beteiligung der Opposition aufnahm.<sup>129</sup>

Aufgabe der Richtlinien für die Vereinigung Chinas. Trotzdem bekannte sich die neue MAC-Vorsitzende, Tsai Ing-wen, im Mai 2001 zu einer stillschweigenden Fortführung der Zweistaatenpolitik; vgl. Agence France-Presse, 14.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 15.5.2001 (online).

**126** Vgl. FEER, 1.6.2000, S. 16–18. Im Juli 2000 erklärte Chen Shuibian das chinesische Angebot in einem Gespräch mit US-Geschäftsleuten für akzeptabel, ein Zugeständnis, das angesichts von Kritik aus den eigenen Reihen die MAC-Vorsitzende wenig später dementierte; ebd., 13.7.2000, S. 6. Der ARATS-Vorsitzende bestritt kurz darauf, daß es 1992 zu einem Konsens über den taiwanesischen Vorbehalt gekommen sei; ebd., 27.7.2000, S. 10.

**127** Die Drohung wurde in mindestens einem Fall wahr gemacht; ebd., 29.6.2000, S. 25.

**128** Pressekonferenz vom 27. August 2000, ebd., 14.9.2000, S. 30.

**129** Die Kommission gab im November 2000 folgende Empfehlungen ab: 1. Umgang mit Peking in Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik China (die sich auf die Einheit Chinas bezieht), 2. Initiierung eines breit angelegten öffentlichen Dialogs über nationale Entwicklung und Beziehungen zu China, 3. Aufnahme von Verhandlungen mit China über Gewaltverzicht, einen Friedensvertrag und Vertrauensbildung, 4. Weltweites Geltendmachen des taiwanesischen Insistierens auf Frieden, Demokratie und Prosperität; vgl. The Taipei Times, 27.11.2000, zit. in: Taiwan Security Research, 27.11.2000 (online).

Anscheinend um Schadensbegrenzung bemüht, bot der chinesische Vizepremier Qian Qichen nunmehr eine neue Formel an: Peking und Taipei sollten gleichberechtigte Partner in einem neuen politischen Rahmen werden.<sup>130</sup> Chen erwiderte, die Integration der beiden Volkswirtschaften, von Handel und Kultur könne als »Ausgangspunkt...und Grundlage für einen neuen Rahmen für dauerhaften Frieden und politische Integration« dienen.<sup>131</sup> Im August 2001 akzeptierte der Präsident die Empfehlung eines Beratergremiums, die Obergrenzen für Investitionen in China anzuheben, taiwanesischen Banken die Eröffnung von Filialen auf dem Festland zu erlauben, chinesische Investitionen in Taiwan zuzulassen und direkte Post- und Telekommunikationsverbindungen einzurichten.<sup>132</sup>

Anstatt auf solche Signale einzugehen,<sup>133</sup> setzte die Volksrepublik ihr Werben um die taiwanische Opposition fort.<sup>134</sup> Im Februar 2001 hatte der KMT-Bürgermeister von Taipei eine Einladung nach Hongkong erhalten, sein Vertreter durfte Shanghai in offizieller Eigenschaft besuchen. Im Mai weilte der frühere KMT-Premierminister Vincent Siew zu Gesprächen über einen »regionalen gemeinsamen Markt« in Peking. Als im Juli der KMT-Vorsitzende Lien Chan mit seinem (bereits im Wahlkampf vorgestellten) Plan für eine chinesische Konföderation als Vorstufe zur Vereinigung tendenziell einen Kurswechsel einleitete,<sup>135</sup> stieß

**130** Vgl. FEER, 15.3.2001, S. 21.

**131** Neujahrsansprache vom 1.1.2001, ebd., 26.4.2001, S. 14–18.

**132** Vgl. Associated Press, 26.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.8.2001 (online); The Los Angeles Times, 27.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 28.8.2001 (online).

**133** Ebenfalls im August 2001 lehnte Peking direkte Handelsverbindungen ab, solange Taiwan sich das »Ein-China-Prinzip« nicht zu eigen mache; vgl. Reuters, 29.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 29.8.2001 (online).

**134** Gleichzeitig bereitete die VBA anscheinend eine Blockade des taiwanesischen Hafens Kaohsiung vor, auf die dann aber verzichtet wurde; vgl. FEER, 3.5.2001, S. 22f.

**135** Vgl. KMT-Strategiepapier vom 7.7.2001 nach: The Washington Post, 9.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 12.7.2001 (online). Das Papier sah die Beibehaltung der beiden Zentralregierungen mit jeweils eigener Zuständigkeit für Verteidigung, auswärtige und innere Angelegenheiten vor. Auf eine nicht näher definierte Übergangsperiode sollte die »Wiedervereinigung auf Grundlage von Demokratie, Freiheit und gleichmäßiger Verteilung des Wohlstands« folgen. Lien scheint es sich damit sowohl bei den Befürwortern einer Vereinigung verdorben zu haben, weil der Plan an ältere »Zwei-China«-Konzepte erinnerte, als auch mit Anhängern der Unabhängigkeit, da er ausdrücklich als Vorstufe zur Vereinigung verstanden wurde. So lehnte das Zentralkomitee



er damit allerdings in Peking auf Ablehnung.<sup>136</sup> Ersatzweise empfing die Volksrepublik eine NP-Delegation zu Gesprächen über die Auslegung des »Ein-China-Prinzips«.<sup>137</sup> Im September erläuterte Vizepremier Qian Qichen die Privilegien, die Taiwan im Rahmen der Hongkong-Formel »Ein Land, zwei Systeme« zuteil werden sollten: Beibehaltung einer separaten Währung, separater Streitkräfte, eines eigenen Zollterritoriums, der eigenen Regierungsstruktur, von »Lebensstil« und Privateigentum. Peking würde auf der Insel weder Steuern erheben noch sich in Personalangelegenheiten einmischen oder eigenes Personal nach Taiwan entsenden. Sobald sich Taipei zum »Ein-China-Prinzip« bekannt habe, werde die Volksrepublik sich geduldig zeigen. Auf die grundsätzliche Möglichkeit einer Anwendung von Gewalt könne allerdings nicht verzichtet werden.<sup>138</sup>

Zuvor war bekanntgeworden, daß die Regierung in Taipei angeboten hatte, den Dialog künftig über offizielle Kanäle wie die MAC und das Büro für Taiwan-Angelegenheiten beim Staatsrat der Volksrepublik zu führen.<sup>139</sup> Jenseits aller subtilen Formulierungen wird deutlich, daß Peking selbst das »Ein-China-Prinzip« je nach Kooperationswilligkeit des Gesprächspartners mehr oder weniger konzilient interpretiert und seit Anfang 2001 bemüht ist, seinerseits zu einer Niederlage des Regierungslagers in Taipei bei den Parlamentswahlen im Dezember beizutragen.<sup>140</sup> So äußerte Jiang Zemin im Juli, er werde die VBA persönlich in einen Krieg »zur Befreiung Taiwans führen«, sollte die Inselrepublik förmlich die Unabhängigkeit erklären.<sup>141</sup> Er fuhr fort: »Chen Shuibian sollte sich weder über den Zustand der Beziehungen über die Taiwan-Straße während der Herrschaft seiner DPP Illusionen machen, noch über die Möglichkeiten der neuen US-

Administration, sich in Chinas Angelegenheiten einzumischen.«<sup>142</sup>

Damit war die Aufmerksamkeit gemeint, die Taipei mit dem amerikanischen Regierungswechsel etwas unverhofft in Washington zuteil geworden war. Einmal unterstellt, daß sie anhält und sich die USA schrittweise von der bisher praktizierten strategischen Ambiguität in der Taiwanfrage verabschieden, heißt das nicht, daß die Volksrepublik willens wäre, diese Frage aus dem Zentrum der sino-amerikanischen Beziehungen zu rücken. Dafür ist ihre legitimatorische Bedeutung für ein Regime zu groß, das seiner eigenen Zukunft nicht sicher sein kann.

der KMT eine Aufnahme des Plans in das Parteiprogramm im Juli 2001 vorerst ab; vgl. Agence France-Presse, 25.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 26.7.2001 (online).

**136** Vgl. Agence France-Presse, 10.7.2001, ebd., 12.7.2001.

**137** Vgl. Agence France-Presse, 9.7.2001, ebd.

**138** Vgl. Reuters, 8.9.2001, ebd., 10.9.2001.

**139** Vgl. Agence France-Presse, 2.7.2001, ebd., 3.7.2001.

**140** Die chinesische Führung war anscheinend von der KMT-Führung dazu ermuntert worden, Chen zu schneiden; vgl. Bonnie S. Glaser, *China's Taiwan Policy: Still Listening and Watching*, in: Pacnet, 17.8.2001 (online).

**141** Jiang reagierte damit wohl auf Überlegungen in Taipei, den Namen »Taiwan« in lateinischen Buchstaben auf die Pässe der Republik China zu drucken; vgl. The China Daily (Peking), 28.6.2001, ebd., 4.7.2001.

**142** Vgl. Agence France-Presse, 1.7.2001, ebd., 3.7.2001.

## Der Japan-Komplex

Wenn Chinas Zukunft wichtigster Faktor bei der Bestimmung der regionalen Zukunft ist, so entscheidet Japans Reaktion auf chinesische Entwicklungen über die Ausgestaltung der künftigen Ordnung in Nordostasien. Solange es keine ernsthaften Ansätze zur Multilateralisierung regionaler Sicherheit gibt, hat Tokyo grundsätzlich nur die Wahl zwischen einem weitgehenden Arrangement mit der Volksrepublik oder einer Fortsetzung seiner Allianz mit den USA. Beide Partner drängen zunehmend auf eine klare Parteinahme. Für Dreiecksszenarien mangelt es allen Beteiligten schon aus innenpolitischen Gründen an der nötigen Flexibilität.

Gleichzeitig läßt der Zustand der japanischen Politik mittelfristig keinen dramatischen Kurswechsel in der außenpolitischen Orientierung erwarten. Weder anhaltender Kalter Krieg auf der koreanischen Halbinsel noch eine Wiedervereinigung Koreas (s.u.) dürften mehrheitsfähige Forderungen nach einem Rückzug amerikanischer Truppen aus Japan zur Folge haben.<sup>143</sup>

Allerdings nimmt auch in Tokyo die Versuchung zu, innenpolitische Probleme zumindest rhetorisch nach außen zu projizieren, was zu widersprüchlichen Formeln und Initiativen führt. Die Folge könnte eine schwer vorhersehbare Kombination aus Vorpreschen und Rückziehern sein.

### Transformation

*Einwohner:* 126,79 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* 99% Japaner, 1% Ausländer, darunter Koreaner, Chinesen und Brasilianer  
*BIP 2000:* \$ 4707 Mrd.  
*Wachstum 1999–2000:* 1,0%  
*BIP pro Kopf 2000:* \$37 020  
*Verteidigungsbudget 1999:* \$41,1 Mrd.  
*Truppenstärke (aktiv):* 236 300  
*Staatsoberhaupt:* Kaiser Akihito (seit 1989)  
*Regierungschef:* Junichiro Koizumi (seit 2001)

<sup>143</sup> So erklärte der japanische Außenminister Yohei Kono im Juli 2000, daß auch Wandel in Korea nicht zwingend zu einem Rückzug amerikanischer Truppen aus Japan führen müsse, weil das amerikanisch-japanische Bündnis »nicht mit Blick auf eine besondere Region konzipiert« worden sei; FEER, 27.7.2000, S. 24–26.

Die Wahl des früheren Gesundheitsministers Junichiro Koizumi zum japanischen Premierminister im April 2001 wurde in Japan selbst als eine Art Revolution gewertet, hatte der anscheinend unkonventionelle Politiker doch nicht weniger angekündigt als die Reform der seit 1955 fast ununterbrochen regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) und damit des ganzen Landes.<sup>144</sup> Drei Monate später bleibt weitgehend unklar, wie der Regierungschef die in Lager gesplante Partei auf Linie bringen und welches Wirtschaftssystem er an die Stelle des alten setzen will.<sup>145</sup> Ungeachtet dessen sind Koizumis Zustimmungsraten unverändert hoch.

Seit den 50er Jahren gründete sich die LDP-Herrschaft auf die Unterstützung durch organisierte konservative Interessen in Bau- und Landwirtschaft, den Beamtenapparat und den Einzelhandel. Die damit einhergehende Fehlallokation von Ressourcen trug zum Entstehen jener spekulativen Blase bei, die 1990 platzte, als die Weltmärkte Japans ständig wachsende Handelsbilanzüberschüsse nicht mehr verkraften konnten. In den 90er Jahren wurde selten mehr als ein Wirtschaftswachstum von 1% erzielt, die Bilanzen der Banken wiesen in hohem Umfang faule Kredite auf, die Konsumenten verweigerten den Konsum, und die Verschuldung der öffentlichen Hand näherte sich einer Größenordnung von 130% gemessen am BIP. Bis dahin war Investitionskapital durch Konsumverzicht der Arbeitnehmer und enge Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft künstlich billig gehalten worden; nun erreichte die regionale Krise 1997 auch Japan und führte dort zu einer bislang nicht gekannten Arbeitslosenrate von etwa 5%.

Koizumis Aufstieg hatte mit dem gescheiterten Versuch seiner Vorgänger begonnen, das Land aus der Rezession zu führen. Schon diese konnten sich nicht mehr auf das absolute Machtmonopol der Liberaldemokraten verlassen. Im Jahr 1993 übernahm erstmals eine Koalition aus LDP-Abtrünnigen und Oppositionsparteien die Regierung. Aber die LDP kehrte schon im Jahr darauf in einem Bündnis mit den Sozialisten und der kleinen Sakigake-Partei zurück und gründete 1996 eine Minderheitsregierung unter Ryutaro Hashimoto.

<sup>144</sup> Ebd., 3.5.2001, S. 14–16.

<sup>145</sup> Vgl. The Financial Times, 4.7.2001, S. 12.

Seinerseits als Reformers angetreten, kehrte Hashimoto 1998 nach einer partiellen Liberalisierung des Finanzsektors zur traditionellen Politik einer Stimulierung der Märkte durch Geldinfusionen zurück, was die Märkte allerdings wenig beeindruckte. Der Yen stürzte auf ein Achtjahrestief, und bei den Teilwahlen zum Oberhaus im Juli 1998 gewannen die Oppositionsparteien 59% aller Stimmen. Außenminister Keizo Obuchi übernahm den LDP-Vorsitz, löste Hashimoto als Regierungschef ab und versuchte mit mäßigem Erfolg, die Wirtschaft durch weitere Geldinfusionen und Steuersenkungspakete zu stimulieren. Anfang 1999 war er gezwungen, der rechten Liberalen Partei und unabhängigen Abgeordneten eine Regierungsbeihilfung anzubieten. Wenig später stieß die buddhistische New Komeito zu dem Bündnis.

Im April 2000 erlitt Obuchi einen Herzanfall und wurde durch LDP-Generalsekretär Yoshiro Mori ersetzt, einen Repräsentanten der alten Patronagepolitik ohne Fortune. Mori mußte sich in diesem Jahr gleich zweimal dafür entschuldigen, Japan als »göttliche Nation unter dem Kaiser« bezeichnet zu haben. Die Umfragewerte für die Regierung fielen dramatisch. In den Unterhauswahlen im Juni 2000 konnte die Koalition ihre Sitzmehrheit nur mit Mühe verteidigen, während sich die gewerkschaftsnahe Demokratische Partei von 95 auf 127 Mandate verbesserte.

Im November 2000 kündigte der einflußreiche LDP-Politiker Koichi Kato seine Absicht an, bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen Mori die Partei der Opposition zu ergreifen. Kato besann sich erst anders, als er mit Parteiausschluß bedroht worden war. Die folgende Spaltung seiner Anhängerschaft und die Schwächung von Außenminister Yohei Kono durch einen Korruptionsfall in seinem Ressort bewirkten ein Comeback Hashimotos, der im Dezember Minister für Verwaltungsreform wurde. Gleichzeitig machte Koizumi auf sich aufmerksam, indem er das nationale Postbanksystem kritisierte und dessen Privatisierung verlangte.

Anfang 2001 geriet Mori erneut in die öffentliche Kritik, nachdem er nach Erhalt der Nachricht von der Kollision eines japanischen Fischereischiffs mit einem amerikanischen U-Boot zunächst eine Partie Golf zu Ende gespielt hatte. Im März mußte die Regierung einen weiteren Mißtrauensantrag abwehren. Eine Steuerreform und zögerliche Ansätze zu einer Bankreform kamen zu spät. Mori erklärte sich bereit zurückzutreten. Erstmals wurde der neue LDP-Vorsitzende nicht von den Chefs der mächtigsten innerparteil-

chen Gruppen bestimmt, sondern von den Abgeordneten der Partei auf nationaler und Präfekturbene frei gewählt.

Koizumi hatte versprochen, staatliche Infrastrukturausgaben zu begrenzen, die Deregulierung der Wirtschaft fortzusetzen und die innerparteilichen Gruppen aufzubrechen. Bis Mitte 2001 begann er nur mit der Umsetzung des erstgenannten Versprechens und löste damit wahrscheinlich noch einen prozyklischen Effekt aus.<sup>146</sup> Aber Koizumi mußte erst seine innerparteiliche Basis konsolidieren: In den Teilwahlen zum Oberhaus vom Juli legten die Regierungsparteien wieder etwas zu.

Die »Japan-AG« hat sich überlebt. Die Reorientierung der Wirtschaft an den Bedingungen des Marktes vollzieht sich heute weitgehend ohne Beteiligung der Politik. Deren anhaltende Lähmung erklärt sich mit dem Fortbestand traditioneller Lobbies, deren Einwirken radikale Entscheidungen, etwa zur Umschuldung der Banken, nahezu unmöglich macht. Gleichzeitig hat die Opposition kaum von der bisherigen Selbstlähmung der LDP profitiert, und viele Beobachter glauben, daß allenfalls eine Spaltung der Mehrheitspartei den erforderlichen Kurswechsel auslösen könnte.

## Kräftevergleich

Japans Streitkräfte sind denen der Volksrepublik China und der übrigen Regionalstaaten technologisch überlegen, aber konstitutionell an einer Machtprojektion gehindert. Artikel 9 der japanischen Verfassung von 1947 verbietet das Führen von und die Drohung mit Krieg. Diese Norm wurde mit den Jahren ausgehöhlt: 1954 mit dem Aufbau sogenannter »Selbstverteidigungs-Streitkräfte« (Self Defence Forces, SDF), in den 80er Jahren mit Ausweitung des Verteidigungssperimeters von 200 auf 1 000 Seemeilen südöstlich von Tokyo und 1992 mit der konditionieren Ermöglichung einer Teilnahme der SDF an friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen.<sup>147</sup> Waren die erstgenannten Schritte vornehmlich auf amerikanischen Druck erfolgt, so kündigte sich mit letzterer Entscheidung eine Tendenz zur Regionalisierung der japanischen Sicherheitspolitik an. Beide Elemente haben in

<sup>146</sup> Ebd., 10.7.2001, S. 15. Im August 2001 erhöhte die Bank von Japan die Geldmenge, um den Geschäftsbanken die Kreditvergabe zu erleichtern.

<sup>147</sup> Zu den wichtigsten Bedingungen zählen: humanitäres Mandat oder Beobachterrolle, Zustimmung der Konfliktparteien, Rückzugsmöglichkeit und minimale Bewaffnung.

den letzten Jahren einen Trend zur begrenzten Machtprojektion stimuliert. In diesen Rahmen gehört ein im Dezember 2000 verabschiedetes, auf fünf Jahre angelegtes Rüstungsbeschaffungsprogramm mit einem Volumen von 223 Mrd. US-Dollar. Unter anderem ist der Bau von zwei mit Aegis-Radar ausgestatteten Zerstörern vorgesehen, die zusammen mit vier existierenden Aegis-Fregatten das Rückgrat einer Raketenabwehrflotte bilden könnten, sowie der Bau eines Versorgungsschiffes zur Unterstützung amerikanischer Operationen in der Region.<sup>148</sup> Die SDF-Luftwaffe erhält 12 Kampfflugzeuge der Baureihe Boeing F-15, 47 Maschinen vom Typ Mitsubishi F-2 und erstmals Kapazitäten zur Luftbetankung.<sup>149</sup> Das Heer nimmt unter anderem 91 neue Kampfpanzer und 129 Schützenpanzer in Dienst.<sup>150</sup> Der Verteidigungshaushalt 2001 erreichte ein Rekordvolumen von 44 Milliarden Dollar.<sup>151</sup>

Japan verfügt offiziell nicht über strategische Raketen, entwickelt aber boden- und luftgestützte Marschflugkörper. Die Trägerrakete M-3 könnte theoretisch zu einer Mittelstreckenrakete größerer Reichweite umgebaut werden, für die – ebenso theoretisch – in relativ kurzer Zeit Atomsprenköpfe zur Verfügung stehen könnten. Tokyo verfügt über begrenzte Kapazitäten zur Führung von Informationskriegen. Ab 2002 sollen japanische Aufklärungssatelliten im Weltraum stationiert werden.<sup>152</sup>

Bei der Verteidigung Japans liegt das Schwergewicht künftig auf Guerillaangriffen, Angriffen von See, atomaren Unfällen und Naturkatastrophen. Die Präsenz der SDF in Okinawa und den südlichen Seegebieten wurde verstärkt.<sup>153</sup> Hier haben chinesische Schiffe in letzter Zeit verstärkt Erkundungsmissionen durchgeführt (s.u.).

## Kooperation

Japans Geschichte und seine weitgehende sicherheitspolitische Anbindung an die USA werden die außenpolitische Manövrieremarge auch in den nächsten zehn

Jahren beschränken. Erkennbar ist allerdings eine Tendenz zu mehr eigenem Profil innerhalb des durch den japanisch-amerikanischen Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit von 1960 gesteckten Rahmens, der den SDF nur für den Fall eines direkten Angriffs auf japanisches Territorium eine Rolle eingeräumt hatte. Die derzeitige Kombination aus Eigeninitiative und Verstecken hinter dem großen Partner könnte die Beziehungen zu den wichtigsten Nachbarstaaten zunehmend belasten.

## USA

In der ersten Hälfte der 90er Jahre erschien die japanisch-amerikanische Allianz geschwächt. Die Gründe: eskalierende Handelskonflikte, Ungewißheit über die Pazifikstrategie der USA, anhaltende Kontroversen über die amerikanischen Stützpunkte auf Okinawa,<sup>154</sup> über Tokyos finanziellen Beitrag zur Stationierung der 47 000 GIs,<sup>155</sup> sowie die erwähnte ansatzweise Regionalisierung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Konsequenzen aus dieser Diagnose waren Tokyos erste Revision der »National Defence Programme Outline« (von 1976) im November 1995, eine

<sup>154</sup> Die Kontroversen in Okinawa hatten im September 1995 mit der Vergewaltigung eines einheimischen Mädchens durch drei GIs ihren Höhepunkt erreicht. Ein Jahr später stimmten die Bewohner in einem Plebiszit für Konsolidierung und Reduzierung der amerikanischen Truppenpräsenz und eine diesbezügliche Revision des Stationierungsvertrages. Das japanische Unterhaus griff diese Forderung auf, nachdem es 2001 zu einem neuen Vergewaltigungsfall gekommen war; vgl. Agence France-Presse, 10.7.2001, ebd. Versuche, den Fliegerstützpunkt des Marine Corps in Futenma in das ebenfalls auf Okinawa gelegene Nago zu verlegen, sind bisher am Widerstand der dortigen Bevölkerung gescheitert. Die Stimmung in Okinawa schlug 2001 mit zunehmender Arbeitslosigkeit um; vgl. Associated Press, 21.5.2001, ebd., September ? 23.5.2001. Außenministerin Makiko Tanaka verlangte im Juni 2001 die Verlegung einiger Manöver von Okinawa nach Guam und anderswo; vgl. The Japan Times, 14.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 13.6.2001 (online). Der amerikanische Außenminister Powell lehnte eine Änderung des Stationierungsvertrages bei seinem Tokyo-Besuch im Juli ab; vgl. The Japan Times, 25.7.2001, ebd., 25.7.2001. Im September 2001 erklärte der japanische Staatsminister für Okinawa-Angelegenheiten, die Lösung der dort entstandenen Probleme sei Voraussetzung für vertiefte sicherheitspolitische Beziehungen zu den USA; vgl. Reuters, 7.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.2001 (online).

<sup>155</sup> Tokyo möchte seinen Beitrag zu den Stationierungskosten in Höhe von 5 Mrd. Dollar reduzieren; vgl. FEER, 20.7.2000, S. 10f.

<sup>148</sup> Vgl. Micool Brooke, Japan's Strategic Interests in the Asia-Pacific, in: Asian Defence Journal, (2001) 6, S. 4-10 (5).

<sup>149</sup> Ebd. und FEER, 11.1.2001, S. 12f.

<sup>150</sup> Vgl. Brooke, Japan's Strategic Interests, S. 5.

<sup>151</sup> Vgl. FEER, 11.1.2001, S. 12f.

<sup>152</sup> Vgl. The Japan Times, 28.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 27.8.2001 (online).

<sup>153</sup> Vgl. Asahi Shimbun, englische Ausgabe, 4.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.2001 (online).

amerikanisch-japanische Sicherheitserklärung im April 1996 und die Revision der Richtlinien (von 1978) für die bilaterale Verteidigungszusammenarbeit im September 1997. Die revidierten Richtlinien definieren die Aufgabenverteilung zwischen den SDF und den amerikanischen Streitkräften in »(Krisen-)Situations in Gebieten im Umfeld Japans«, wobei den SDF vornehmlich Verantwortung für Aufklärung, Nachschub und Minenräumaktionen übertragen wurde.<sup>156</sup> Ein entsprechendes Gesetz passierte 1999 gegen den Widerstand der demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Opposition das Parlament. Die Neu-Interpretation des Bündnisvertrages bedeutet nach wie vor für beide Seiten keinen Automatismus und im japanischen Verständnis auch kein Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung.<sup>157</sup>

Das wichtigste sicherheitspolitische Motiv für die Modernisierung der Allianz lieferte seit 1993 die nordkoreanische Nuklearkrise (s.u.), und der Teststart einer nordkoreanischen Langstreckenrakete, die japanisches Territorium am 31. August 1998 überflog, erhöhte den innenpolitischen Druck in Japan hinreichend, um das drei Jahre zuvor gemachte amerikanische Angebot einer gemeinsamen TMD-Entwicklung nunmehr anzunehmen.<sup>158</sup> Damit war keine Entscheidung über das Ob, Wie und Wann einer künftigen Dislozierung verbunden, potentiell aber für eine (einseitige) Regionalisierung der japanischen Verteidigungsstrategie, der nur bescheidene Ansätze zur (multilateralen) Regionalisierung japanischer Sicherheitspolitik gegenüberstanden.<sup>159</sup>

**156** Darüber hinaus bieten die revidierten Richtlinien eine Grundlage für die Nutzung japanischer Flugplätze und Häfen durch die amerikanischen Streitkräfte; vgl. Joint Statement US-Japan Consultative Committee, Washington: Office of Assistant Secretary of Defence, 23.9.1997.

**157** 2001 entwarf die japanische Selbstverteidigungs-Agentur einen Aktionsplan für die Kooperation mit den amerikanischen Streitkräften im Konfliktfall. Details wurden nicht bekannt; vgl. The Japan Times, 3.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.2001 (online).

**158** Aus denselben Gründen beschloß die Regierung Obuchi die erste Steigerung des Verteidigungshaushalts in drei Jahren und den Bau von vier eigenen Aufklärungssatelliten.

**159** Zum Beispiel Mitwirkung am Northeast Asia Cooperation Dialogue (NEACD) mit China, Rußland, Südkorea und den USA seit 1993; am (gesamtpazifischen) ASEAN Regional Forum (ARF) seit 1994; an der Trilateral Coordination and Oversight Group zur Abstimmung der Nordkoreapolitik mit Südkorea und den USA seit 1999. Japan schlug 2000 Zusammenarbeit von 16 pazifischen Küstenwachen bei der Piraterie-Bekämpfung vor; vgl. FEER, 11.5.2000, S. 15. Ein erstes gemeinsames Manöver mit der indischen Marine fand

Japans politische Elite zeigte sich inoffiziell befremdet, als Präsident Clinton im Juni 1998 entschied, den Alliierten weder vor noch nach seiner Chinareise zu besuchen. In Peking lobte Clinton den Umgang der Volksrepublik China mit der Ostasienkrise, während führende Mitglieder seiner Administration Tokyo diesbezüglich gerügt hatten.<sup>160</sup> Im Juli 2000 trug das Fernbleiben von Außenministerin Madeleine Albright vom G-8 Gipfel in Okinawa zusätzlich zu der unerschwelligsten Verstimmung bei.<sup>161</sup>

Wenn Tokyo gleichwohl zurückhaltend reagierte, als George Bush Jr. im Wahlkampf die Bedeutung des amerikanisch-japanischen Bündnisses auf Kosten der »strategischen Partnerschaft« mit China ansprach,<sup>162</sup> so aufgrund der (innen- und außenpolitisch motivierten) Scheu, mehr sicherheitspolitisches Profil zu zeigen. Diesbezügliche Bedenken schienen bestätigt, als US-Verteidigungsminister Rumsfeld Japan im Mai 2001 zum »wichtigsten Element unserer pazifischen Präsenz« beförderte, ohne dabei Einzelheiten zu erwähnen.<sup>163</sup>

Das Ergebnis der verschiedenen Pressionen und des wenig spezifischen Reformprogramms der Regierung Koizumi war ein seltsamer rhetorischer Schlingerkurs aus pro- und anti-amerikanischen Elementen, wobei es anscheinend zu einer Rollenverteilung zwischen dem Regierungschef und seiner Außenministerin Makiko Tanaka kam. Noch im Mai erregte Koizumi Aufsehen mit der Feststellung, Japans Friedensverfassung sei

im Mai 2001 im Indischen Ozean statt. In seiner Neujahrsansprache verlangte Premierminister Mori am 1. Januar 2001 eine japanische Führungsrolle beim Aufbau eines nordostasiatischen Sicherheitssystems und einen Ausbau der japanischen Peacekeeping-Aktivitäten; ebd., 18.1.2001, S. 26f. Im August 2001 vereinbarten Tokyo und Manila die Einrichtung einer sicherheitspolitischen Kontaktgruppe und Prüfung der Möglichkeit gemeinsamer Manöver; vgl. Kyodo News, 28.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 28.8.2001 (online). **160** Vgl. Asia 1999 Yearbook, Hongkong 1999, S. 135.

**161** Vgl. FEER, 27.7.2000, S. 24f.

**162** Die neue Politik ging offenkundig auf Vorschläge des früheren Abteilungsleiters im Pentagon, Richard Armitage, und des Politologen Joseph Nye zurück, die im Oktober 2000 unter anderem ein japanisches Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und eine aktivere japanische Sicherheitspolitik verlangt hatten; vgl. Weston *Konishi*, NMD Challenges US-Japan Relations, Napsnet Special Report, 23.5.2001 (online). Armitage wurde von Bush zum stellvertretenden Außenminister ernannt.

**163** Vgl. The Pacific Stars and Stripes (Honolulu), 12.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 15.5.2001 (online).

nicht »unveränderbar«, eine Aussage, die er im Juni 2001 modifizierte.<sup>164</sup>

Gleichzeitig deutete sich in der Raketenabwehrfrage ein subtiler Wandel der japanischen Haltung an. Hatten die Vorgängerregierungen TMD tendenziell positiv beurteilt und sich zu den nationalen Plänen der USA (National Missile Defence, NMD) neutral verhalten, so äußerten sich nunmehr führende Vertreter der SDF irritiert, nachdem die Bush-Administration die Unterscheidung zwischen TMD und NMD im Mai 2001 fallengelassen und damit jedenfalls theoretisch die Möglichkeit einer Verwicklung Tokyos in solche Konflikte der USA geschaffen hatte, die nicht der Verteidigung Japans dienen.<sup>165</sup>

Während sich Tanaka die NMD-Kritik in Gesprächen mit europäischen und australischen Delegationen wiederholt zu eigen machte und dabei vor allem auf Interessen der Volksrepublik China verwies,<sup>166</sup> erklärte Koizumi vor dem Parlament: »(NMD) verdient es, erforscht zu werden, aber Forschung unterscheidet sich von Entwicklung und Dislozierung.«<sup>167</sup> Dabei mochte er japanischen Widerstand gegen ein künftiges NMD-System nicht völlig ausschließen.<sup>168</sup> Der Generaldirektor der Selbstverteidigungsagentur verlangte in einem Gespräch mit Rumsfeld die vollständige Verfügungsgewalt über ein eventuelles künftiges TMD-System auf japanischem Territorium.<sup>169</sup>

Wenig später deutete Außenministerin Tanaka in einem Gespräch mit ihrem deutschen Kollegen Fischer die Notwendigkeit einer unabhängigeren japanischen Sicherheitspolitik an.<sup>170</sup> Die Regierung bereitet eine Gesetzesvorlage zur Ausweitung der japanischen Beteiligung an friedenerhaltenden Missionen der Vereinten Nationen vor.<sup>171</sup> Im Juli 2001 erklärte der neue

amerikanische Botschafter in Tokyo, Japan müsse »in absehbarer Zeit« über eine Verfassungsänderung entscheiden.<sup>172</sup>

Tokyo und Washington erkannten gerade noch rechtzeitig, daß die amerikanische Initiative mangels Spezifizierung das Gegenteil von dem zu bewirken drohte, was beabsichtigt war. Während der USA-Besuche von Tanaka Mitte Juni und Koizumi Ende Juni kam man daher überein, sich fortan regelmäßig im Rahmen einer hochrangigen strategischen Konsultationsgruppe zu treffen.<sup>173</sup>

## China

Die sino-japanischen Beziehungen haben sich in den 90er Jahren vor dem Hintergrund chinesischer Aufrüstung und japanischen Nachdenkens über eine Neudefinition der eigenen regionalen Rolle verschlechtert, auch wenn Japan Chinas wichtigster und China Japans zweitwichtigster Handelspartner bleibt. Ein bilateraler sicherheitspolitischer Dialog hat seit 1993 nur bescheidene Ansätze für Vertrauensbildung erbracht; 1995 kürzte Tokyo vorübergehend seine Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik wegen anhaltender chinesischer Atomwaffentests.<sup>174</sup> Ebenfalls 1995 erklärte Jiang Zemin in Seoul, die Zukunft der bilateralen Beziehungen hänge davon ab, ob sich Tokyo »eine korrekte Sicht seines früheren Militarismus« zu eigen mache und inwieweit sich »eine militaristische Minderheit in Japan« durchsetze.<sup>175</sup> Im Jahr darauf kam es einmal mehr zu Spannungen um die von Japan besetzten und von China beanspruchten Senkaku-Inseln nordöstlich von Taiwan. 1997 vereinbarten beide Seiten jährliche Gipfeltreffen.

Peking kommentierte die ebenfalls 1997 mit der Revision der Verteidigungsrichtlinien eingeleitete Regionalisierung der japanischen Verteidigungspolitik

<sup>164</sup> Vgl. The China Daily, 11.5.2001, ebd., 16.5.2001. Koizumi erklärte, seine Regierung könne das Verbot der kollektiven Verteidigung nicht anders interpretieren als die Vorgängerregierungen; vgl. Asahi Shimbun, 7.6.2001, ebd., 10.6.2001.

<sup>165</sup> Vgl. Yomiuri Shimbun (Tokyo), 17.5.2001, ebd., 22.5.2001. Der Generaldirektor der Selbstverteidigungs-Agentur wurde am 17. Juni noch deutlicher und schloß eine japanische Beteiligung an jedweder amerikanischer Raketenabwehr aus; vgl. Jiefangjun Ribao [»Zeitung der Volksbefreiungsarmee«, Peking], 18.6.2001, ebd., 22.6.2001.

<sup>166</sup> Vgl. Asahi Shimbun, 1.6.2001, ebd., 1.6.2001.

<sup>167</sup> Vgl. Associated Press, 1.6.2001, ebd., 7.6.2001.

<sup>168</sup> Vgl. Associated Press, 13.6.2001, ebd., 14.6.2001.

<sup>169</sup> Vgl. die malaysische Nachrichtenagentur Bernama, 23.5.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 25.6.2001 (online).

<sup>170</sup> Vgl. The Japan Times, 6.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.6.2001 (online).

<sup>171</sup> Vgl. Défense-Aérospatiale (Paris), 17.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 19.6.2001 (online). Im September 2001

wurde bekannt, daß im folgenden Jahr 300–400 Angehörige der SDF-Bodentruppen zur Teilnahme an friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen nach Osttimor entsandt werden sollten; vgl. Asahi Shimbun, englische Ausgabe, 6.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.2001 (online).

<sup>172</sup> Vgl. International Herald Tribune, 18.7.2001 (online).

<sup>173</sup> Vgl. Bernama, 17.6.2001, ebd., 18.6.2001; The Japan Times, 31.5.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 30.5.2001 (online).

<sup>174</sup> Die Sanktionen wurden 1997 wieder aufgehoben.

<sup>175</sup> Vgl. die südkoreanische Agentur Yonhap, 14.11.1995, zit. in: Summary of World Broadcasts, FE/2461/D/4-5 vom 15.11.1995.

kritisch,<sup>176</sup> obwohl die Volksrepublik Japan noch Anfang der 80er Jahre zu größeren militärischen Eigenanstrengungen im Rahmen der Allianz mit den USA ermuntert hatte.<sup>177</sup> Mittlerweile mochte China dieses Bündnis nur noch akzeptieren, soweit es Tokyo an ebensolchen Anstrengungen hinderte, was zunehmend darauf hinauslief, es überhaupt nicht mehr zu akzeptieren.<sup>178</sup> Peking verstand beides, die revidierten Richtlinien und TMD, als auf Taiwan bezogen; seine publizistische Kampagne gegen die amerikanisch-japanischen Raketenabwehrpläne dauert bis heute an.

Im September 1998 verschob Jiang Zemin einen Japan-Besuch kurzfristig, nachdem die Regierung in Tokyo es abgelehnt hatte, sich Clintons »drei Nein« (hinsichtlich der Zwei-China-Formel, der Unabhängigkeit Taiwans und der Vertretung Taiwans in internationalen Organisationen) zu eigen zu machen.<sup>179</sup> Als der Besuch im November nachgeholt wurde, warnte Jiang seine Gesprächspartner vor einer Unterstützung Taiwans und »hochrangige Personen« vor »Geschichtsfälschung«. Es kam zu einer ergebnislosen Kontroverse über die von Peking verlangte schriftliche Entschuldigung für japanische Kriegsverbrechen.<sup>180</sup>

Zwischen 1997 und 2000 verzeichneten japanische Behörden wiederholt das Eindringen chinesischer »Forschungsschiffe« in Japans küstennahe Hoheitsgewässer. Die Schiffe hatten vermutlich den Auftrag, den Meeresboden für den Einsatz von U-Booten zu kartografieren. Die Frequenz dieser Vorfälle nahm von vier (1997) auf 30 (1999) zu; in den ersten zehn Monaten des Jahres 2000 wurden 20 Aktionen registriert.<sup>181</sup> Erst nachdem die LDP eine Entscheidung über neue Kredite für China vertagt und Außenminister Yohei Kono die Volksrepublik vor einer Beschädigung der Beziehungen gewarnt hatte, erklärte sich Peking bereit, die

japanische Seite jeweils zwei Monate vor entsprechenden Missionen zu informieren.<sup>182</sup>

Im Oktober 2000 besuchte der chinesische Premierminister Zhu Rongji das Nachbarland, um zerschlagenes Porzellan zu kitteln. Kurz zuvor hatte das China-Bild in Japans öffentlicher Meinung wegen anhaltender chinesischer Kritik an der japanischen Vergangenheitsbewältigung einen neuen Einbruch erfahren.<sup>183</sup> Zhu verzichtete auf historische Bezüge und lockte statt dessen mit Großprojekten für wirtschaftliche Zusammenarbeit.<sup>184</sup>

Ab Mai 2001 beteiligte sich Peking an einer regionalen Kontroverse um japanische Schulbücher (s.u.). Im August verurteilte China einen Besuch von Premierminister Koizumi im sogenannten Yasukuni-Schrein, in dem unter anderem japanische Kriegsverbrecher beigesetzt sind.<sup>185</sup> Die Beziehungen wurden zusätzlich durch eine Japanreise des früheren taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui belastet.

Im Juni 2001 verhängte die chinesische Regierung Einfuhrbeschränkungen für japanische Kraftfahrzeuge, nachdem Tokyo den Import chinesischer Pilze und anderer landwirtschaftlicher Produkte gedrosselt hatte.

Im Juli äußerte Peking »Bedauern und Unzufriedenheit« über das neue japanische Verteidigungsweißbuch, in dem der Volksrepublik exzessive Rüstung bescheinigt und Japans eigenes Potential negativ mit dem Taiwans verglichen wird.<sup>186</sup> Wenig später verlangte der japanische Finanzminister Kürzungen bei der Wirtschaftshilfe für »aufstrebende Militärmächte« wie China.<sup>187</sup> Nahezu zeitgleich protestierte Tokyo gegen das nichtgenehmigte Eindringen eines chinesischen »Forschungsschiffes« in seine ausschließliche Wirtschaftszone bei den Senkaku-Inseln.<sup>188</sup> Im August erklärte der chinesische Botschafter in Tokyo, die bilateralen Beziehungen seien seit 30 Jahren nicht mehr so schlecht gewesen.<sup>189</sup> Auf beiden Seiten bleibt Mißtrauen Grundlage des Verhältnisses.

**176** Vgl. Xinhua, engl., 10.6.1997, ebd., FE/2942/G/1 vom 11.6.1997.

**177** Vgl. Robert Manning, Burdens of the Past, Dilemmas of the Future: Sino-Japanese Relations in the Emerging International System, in: The Washington Quarterly, 17 (1993) 1, S. 45–58 (46f).

**178** So der stellvertretende VBA-Generalstabschef Xiong Guangkai in einem Gespräch mit japanischen Parlamentariern im Juni 1997; vgl. Kyodo News Service, engl., 8.6.1997, zit. in: Summary of World Broadcasts, FE/3017/G/2 vom 6.9.1997.

**179** Vgl. The Hong Kong Standard, 29.10.1998, S. 3.

**180** Vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 137. Der japanische Premierminister Tomiichi Murayama hatte sich 1995 mündlich für die Invasion Chinas entschuldigt.

**181** Vgl. FEER, 3.5.2001, S. 22f.

**182** Ebd.

**183** Ebd., 19.10.2000, S. 20f.

**184** Ebd., 26.10.2000, S. 16.

**185** Vgl. Süddeutsche Zeitung, 14./15.8.2001, S. 7.

**186** Vgl. Agence France-Presse, 12.7.2001, ebd., 13.7.2001.

**187** Vgl. Agence France-Presse, 17.7.2001, ebd., 18.7.2001.

**188** Vgl. Kyodo News, 17.7.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 18.7.2001 (online).

**189** Vgl. Associated Press, 31.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 31.8.2001 (online).

## Rußland

Noch Mitte 1992 gingen Beobachter davon aus, daß es nach Ende des Kalten Krieges zu einer Normalisierung der russisch-japanischen Beziehungen und einer auf Japan fokussierten russischen Pazifikpolitik kommen würde. Bereits ein halbes Jahr später erwies sich diese Perspektive als Illusion. Präsident Jelzin hatte sich konservativen Kritikern aus den eigenen Reihen gefügt, jeden Kompromiß in der Frage der 1945 besetzten südlichen Kurilen-Inseln ausgeschlossen und die Volksrepublik China zu Moskaus bevorzugtem Partner in Ostasien erklärt. Die seit langer Zeit diskutierte Erschließung Sibiriens durch japanische Unternehmen ließ weiter auf sich warten, und es vergingen fünf Jahre, bis Premierminister Hashimoto nach Rußland reiste und mit Jelzin den Abschluß eines Friedensvertrages für das Jahr 2000 in Aussicht nahm, der eine Lösung des Territorialproblems enthalten sollte.<sup>190</sup> Bei Jelzins Gegenbesuch im April 1998 ließ dieser die Forderung nach der sofortigen Rückgabe aller vier Inseln fallen. Er schlug statt dessen einen nicht näher ausgeführten Kompromiß vor, demzufolge Moskau vermutlich zunächst zwei Inseln zurückgeben und dafür Wirtschaftshilfe erhalten sollte.<sup>191</sup> Im Juni besuchte erstmals ein japanisches Kabinettsmitglied die Kurilen und sagte Hilfe beim Wiederaufbau eines 1994 durch ein Erdbeben zerstörten Schiffsanlegers zu.<sup>192</sup> Im September 2000 scheiterten Territorialverhandlungen an innenpolitischem Druck in Japan.<sup>193</sup> Dennoch verständigten sich beide Seiten darauf, weiter über einen Friedensvertrag zu verhandeln und in Fragen der regionalen Sicherheit und Wirtschaft enger zusammenzuarbeiten.<sup>194</sup> Im März 2001 kam

Premierminister Mori auf dem russisch-japanischen Gipfel in Irkutsk auf den Hashimoto-Vorschlag zurück und stieß damit anscheinend auf Gegenliebe bei Präsident Putin.<sup>195</sup> Im Mai 2001 ging Moris Nachfolger Koizumi wieder hinter dessen Position zurück, indem er in einem Brief an Putin zunächst den Abschluß eines Friedensvertrages und dann die Rückgabe aller vier Kurilen-Inseln verlangte.<sup>196</sup> Wie üblich, ging Außenministerin Tanaka noch weiter und forderte die Rückgabe vor einem Vertragsabschluß.<sup>197</sup> Eine Regelung der Territorialfrage ist kurzfristig nicht zu erwarten. Rußland gewährte inzwischen Nordkorea und der Ukraine Fischereirechte in den Gewässern um die Inseln.

**190** Vgl. *Asia 1999 Yearbook*, Hongkong 1999, S. 135. Gerüchten zufolge verständigten sich beide Seiten dahingehend, auf den südlichen Kurilen zunächst gemeinsame Wirtschaftsaktivitäten durchzuführen und dann nach chinesisch-russischem Vorbild eine Grenze zu demarkieren; vgl. *Segodnjaja* (Moskau), 7.8.1999, S. 3, zit. in: Alexei V. Zagorsky, *Three Years on a Path to Nowhere: The Hashimoto Initiative in Russian-Japanese Relations*, in: *Pacific Affairs*, 74 (Frühjahr 2001) 1, S. 75–93 (78).

**191** Ebd.

**192** Ebd.

**193** Vgl. *Nesawisimaja gaseta*, 15.5.2001, zit. in: *Napsnet Daily Report*, 22.5.2001 (online). Tokyo insistierte auf der vorherigen Anerkennung seiner Souveränität über die Inseln, ein Vorschlag, der für Präsident Putin inakzeptabel war; vgl. *Zagorsky*, *Three Years on a Path to Nowhere*, S. 84.

**194** Vgl. *FEER*, 14.9.2000, S. 13.

**195** Vgl. *Yomiuri Shimbun*, 7.6.2001, ebd., 10.6.2001 und *Isvestija*, 15.5.2001, ebd., 22.5.2001.

**196** Vgl. *Yomiuri Shimbun*, 14.5.2001, ebd., 22.5.2001.

**197** Vgl. *Bernama*, 12.6.2001, zit. in: *Asia-Pacific Media Brief*, 13.6.2001 (online).



# Der Korea-Komplex

## Transformation

Während die Demokratische Volksrepublik (Nord-)Korea (DVRK) seit 1996 nur noch durch Hilfen der internationalen Gemeinschaft am Leben gehalten wird, leidet die Republik (Süd-)Korea unter den Nachwehen der ostasiatischen Krise von 1997/98. Beide stehen in unterschiedlicher Weise unter Druck, ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme den Zwängen der globalisierten Welt anzupassen. Auf beiden Seiten scheint dieser Druck dazu geführt zu haben, daß die Wiedervereinigungsplanung ausgesetzt wurde. Damit enden allerdings auch schon die Gemeinsamkeiten. Während Südkorea erfolgreich einen Demokratisierungsprozeß in Gang gebracht hat, werden in der DVRK-Diktatur Menschenrechte mit Füßen getreten.

## Nordkorea

<i>Einwohner:</i> 23,855 Millionen (1997)
<i>Ethnische Zusammensetzung:</i> Koreaner
<i>BSP 2000:</i> \$32 942 Mio. (Schätzwert)
<i>Wachstum 1999–2000:</i> 1,3%
<i>BSP pro Kopf 2000:</i> \$1497
<i>Verteidigungsbudget 1999:</i> \$1,3 Mrd. (Schätzwert)
<i>Truppenstärke (aktiv):</i> 1 082 000 (Schätzwert)
<i>Staatsoberhaupt:</i> Kim Yong-nam (nominell, seit 1994)
<i>Regierungschef:</i> Hong Song-nam (seit 1998)

Seit Ende des Weltkommunismus, der Nuklearkrise von 1993/94 und dem Beginn der nordkoreanischen Hungersnot 1995 wurde wiederholt der Zerfall der DVRK vorhergesagt. Diese Erwartung hat sowohl die amerikanische als auch die südkoreanische Strategie gegenüber Pyöngyang beeinflusst.<sup>198</sup> Als der nordko-

**198** So versuchte der südkoreanische Präsident Kim Youngsam (1993–1998) vorübergehend, den Norden an die Wand zu drängen. In Washington glaubte man bis 1996 an eine sogenannte »harte Landung« der DVRK und versuchte mit dem Nuklearabkommen von 1994 vornehmlich, diesen Zeitpunkt hinauszuzögern; vgl. Larry Niksch, US Policy towards North Korea: The Agreed Framework's Fading Prospects and a Look at Alternative Policies, in: Christopher Dashwood/Kay Möller (Hg.), North Korean Scenarios (1999–2003) and Responses of the European Union, Baden-Baden: Nomos, 1999, S. 33–53.

oreanische Führer Kim Chung-il 1996 immer noch fest im Sattel saß, änderten sowohl die Experten als auch die Clinton-Administration ihre Einschätzung und prognostizierten nunmehr eine »weiche Landung«, ohne Umstände und Folgerungen weiter zu präzisieren.<sup>199</sup> Hoffnungen auf eine friedliche Evolution und allmähliche wirtschaftliche Öffnung nach chinesischem Vorbild knüpften sich ab 1998 insbesondere an Kims partielles Eingehen auf die vom Süden initiierte Entspannungspolitik. Kims Motive waren vornehmlich ökonomischer Natur. Die Wirtschaft der DVRK verzeichnete zwar 1999 erstmals nach acht Jahren wieder ein Wachstum von gut 6%, lag damit aber weiterhin um 25% unter dem Niveau von 1989 (für 2000 wurde nunmehr eine Zunahme des BIP von 1,3% gemeldet).<sup>200</sup> Die Getreideproduktion ging auch 2000 im Vorjahresvergleich um 15% zurück,<sup>201</sup> und Hilfsorganisationen sagten ein weiteres Jahr jener Hungersnot voraus, der bisher mindestens eine Million von 24 Millionen Bürgern zum Opfer gefallen sein dürfte.<sup>202</sup> Mittlerweile kommt mehr als die Hälfte der internationalen Hilfe für Nordkorea aus dem Süden.

Wichtigste Indizien für die Öffnungsthese waren zwei Besuche Kim Chung-ils in der Volksrepublik China (Mai 2000 und Januar 2001). Während des ersten Besuchs gratulierte der nordkoreanische Führer Peking erstmals zu seinem Experiment »Sozialismus chinesischer Prägung«.<sup>203</sup> Die zweite Visite führte mit Shanghai sogar in die Hochburg des neuen chinesischen Kapitalismus. Darüber hinaus hat Nordkorea mit südkoreanischen Firmen Joint-ventures vereinbart und die Absicht erklärt, in Kaesong nahe der Entmilitarisierten Zone eine »Freie Wirtschaftszone« einzurichten<sup>204</sup> (ein Prototyp an der chinesischen Grenze lockte in den Jahren zuvor nur wenige Investoren an).

Wichtige Argumente sprechen allerdings gegen einen an China orientierten Politikwechsel. Zum einen entzieht wirtschaftliche Öffnung dem militä-

**199** Ebd.

**200** Vgl. The Korea Times (Seoul), 29.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 31.5.2001 (online).

**201** Ebd.

**202** Vgl. Chosun Ilbo (Seoul), 31.5.2001, ebd., 1.6.2001.

**203** Vgl. FEER, 22.6.2000, S. 16–20.

**204** Vgl. Chungang Ilbo (Seoul), 26.4.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 27.4.2001 (online).

risch gestützten Einmannregime mit Ermächtigung einer neuen technokratischen Klasse und Vervielfachung der Außenkontakte die Grundlage. Zum anderen unterscheiden sich die Voraussetzungen in Deng Xiaopings China von 1978 und Kim Chung-ils Nordkorea von 2001 ganz erheblich. Verglichen mit dem großen Nachbarn, verfügt die DVRK nur über wenige Rohstoffe und einen kleinen Binnenmarkt. Ihre Wirtschaft wird von der Schwerindustrie dominiert, und nur etwa 20% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, von der in China die ersten Wachstumsimpulse ausgingen. Die wenigen ausländischen Investoren kommen fast ausschließlich aus Südkorea; Investitionen sind in der Regel Verlustgeschäfte und werden durch Engpässe bei Energie und Infrastruktur erheblich erschwert.<sup>205</sup>

Kim Chung-il dürfte eher vorschweben, die schon von seinem 1994 verstorbenen Vater Kim Il-sung angestrebte Autarkie des Landes durch die Nutzung von Spitzentechnologien einer Realisierung näherzubringen. Dafür müßten allerdings Südkorea und andere das Geld und die fehlende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Falls darüber hinaus tatsächlich Konsumartikel für den Export produziert werden sollten, wären ausländische Einflüsse in ein oder zwei Sonderzonen relativ leicht zu kontrollieren. Diese Variante wirtschaftlicher »Öffnung« hätte den Vorteil, über den Zugang zu Hardware, Software und Aufsichtsfunktionen auch die Interessen des Militärs zu befriedigen, von dem das Überleben des Regimes derzeit wesentlich abhängt.

## Südkorea

<p>Einwohner: 46,9 Millionen          Ethnische Zusammensetzung: Koreaner          BIP 2000: \$484 603 Mio. (Schätzwert)          Wachstum 1999–2000: 7,5%.          BIP pro Kopf 2000: 10 202 (Schätzwert)          Verteidigungsbudget 2000: \$12,8 Mrd.          Truppenstärke (aktiv): 672 000          Staatsoberhaupt: Kim Dae-chung (seit 1998)          Regierungschef: Lee Han-dong (seit 2000)</p>
--

Südkoreas ökonomischer Erfolg in den 70er und 80er Jahren und der Beginn der Ost-West-Entspannung unter Michail Gorbatschow ermöglichten ab 1987 einen schrittweisen Prozeß der »Demokratisierung

<sup>205</sup> Vgl. FEER, 22.6.2000, S. 20.

von oben«, dessen vorläufiger Höhepunkt im Dezember 1997 die Wahl des langjährigen Dissidenten Kim Dae-chung zum Staatspräsidenten war. Kims Aufgabe wurde dadurch erschwert, daß er die Führung auf dem Höhepunkt der regionalen Krise übernahm. Diese hatte zu einem Verfall des Won und der Aktienkurse, zu Minuswachstum und einer Beinahe-Verdreifachung der Arbeitslosenrate<sup>206</sup> geführt. Die Vorgänger-Administration bat den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe. Dessen Austeritäts- und Restrukturierungsmaßnahmen mußte der neue Präsident nun auch gegen den Widerstand der eigenen Klientel in der Arbeiterschaft durchsetzen. Hierzu wurde es nötig, der Regierungskoalition aus Kims National Congress for New Politics (seit 1999: Millennium Democratic Party, MDP) und den United Liberal Democrats (ULD) durch Abwerben von Abgeordneten der oppositionellen Grand National Party (GNP) zu einer parlamentarischen Mehrheit zu verhelfen. Dabei bediente sich der Präsident unter anderem einer Anti-Korruptionskampagne, was 1998 zu einem Boykott der Plenarsitzungen durch die Opposition führte.

Während der Umbau der großen Mischkonzerne und die Privatisierung staatlicher Banken in den Anfängen steckenblieben und das Problem der öffentlichen und privaten Verschuldung keiner Lösung nähergeführt wurde, kam es wegen der unterbewerteten Währung zu neuem Exportwachstum und – in Kombination mit einer nunmehr expansiven Steuer- und Geldpolitik – ab 1999 zu neuem Wachstum. Erst auf dieser Grundlage wurde die Entspannungspolitik des Präsidenten gegenüber dem Norden konsensfähig, wenngleich nur im Grundsatz.

Die von Kim Dae-chung im Februar 1998 proklamierte »Sonnenscheindiplomatie« sollte über einen breitangelegten Dialog zu Vertrauens- und Sicherheitsbildung mit dem Norden führen. Kim Dae-chung ging von der Prämisse aus, daß Südkorea eine Wiedervereinigung finanziell nicht würde verkraften können, ein Kollaps der DVRK aber auch nicht anstand und Kim Chung-il weniger die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen fehlte als das Vertrauen in die Aufrichtigkeit seiner südlichen Verhandlungspartner. Oppositionsführer Lee Hoi-chang akzeptierte die Entspannungspolitik im Prinzip, verlangte aber, südkoreanische Hilfen von meßbaren nordkoreanischen Gegenleistungen abhängig zu machen.<sup>207</sup> Die

<sup>206</sup> Die Arbeitslosigkeit stieg von 3,1% Ende 1997 auf 8,6% Ende 1998.

<sup>207</sup> Vgl. FEER, 27.4.2000, S. 13.

zugrundeliegende Skepsis und Lees wirtschaftspolitisch konservative Linie sollten sich schon bald auszahlen. So reichte die Ankündigung des innerkoreanischen Gipfels drei Tage vor den Parlamentswahlen im April 2000 nicht aus, um der Regierung zu einer stabilen Mehrheit zu verhelfen. Bald nach dem Gipfeltaumel vom Juni kam es im Zusammenhang mit Problemen des Fahrzeugherstellers Daewoo erneut zum Verfall des Won und der Aktienkurse. Und während die nachlassende Weltkonjunktur und eine rückläufige Binnennachfrage für 2001 wieder geringeres Wachstum signalisierten,<sup>208</sup> machte die Opposition die »Sonnenscheindiplomatie« für eine Vernachlässigung der heimischen Wirtschaft verantwortlich und stieß mit dieser These bei der südkoreanischen Bevölkerung auf verbreitete Zustimmung.<sup>209</sup> Im September sprach das Parlament »Vereinigungsminister« Lim Dong-won unter anderem mit Stimmen aus der Regierungskoalition das Mißtrauen aus.<sup>210</sup> Das gesamte Kabinett trat daraufhin zurück.

Mit dem Regierungswechsel in Washington geriet Kims Entspannungspolitik zu Jahresbeginn auch von dieser Seite unter Druck (s.u.). Die Amtszeit des Präsidenten endet im Dezember 2002, eine Wiederwahl ist unzulässig. Wenn Nordkorea bis dahin keine substantiellen Zugeständnisse anbietet, ist ein Wahlsieg der Opposition wahrscheinlich. Er wäre allerdings nicht unbedingt ein Zeichen für die Reife der südkoreanischen Demokratie. Die Parteien bleiben regional orientierte Wahlvereine, deren Führer vor Manipulation parlamentarischer Verfahren und der Medien<sup>211</sup> nicht zurückschrecken. Darüber hinaus könnten im Fall einer neuen Rezession durchaus auch populistische und nationalistische Appelle erfolgreich sein.

## Kräftevergleich

Auf der koreanischen Halbinsel stehen sich beiderseits der Entmilitarisierten Zone 670 000 südkoreanische

Soldaten sowie 36 000 amerikanische GIs und 1,1 Millionen nordkoreanische Soldaten gegenüber. Letztere verfügen über ein gewaltiges, aber weitgehend und zunehmend veraltetes Waffenarsenal, das hinter dem technologischen Stand der Ausrüstung der Gegenseite zurückbleibt.<sup>212</sup> So besteht die DVRK-Luftwaffe im wesentlichen aus alten MiG-21, MiG-19 und MiG-17 und nur 60 Maschinen der moderneren Bauweisen MiG-23 und Su-25. Pyöngyangs einzige Chance läge in einem Überraschungsangriff auf städtische Ziele im Süden, insbesondere auf das nur 40 Kilometer von der Demarkationslinie entfernte Seoul. Nordkorea könnte versuchen, den Mangel an konventioneller Schlagkraft durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen auszugleichen. Die DVRK wäre vermutlich in der Lage, mindestens zwei nukleare Sprengköpfe und bis zu 250 Tonnen chemische Waffen zum Einsatz zu bringen.<sup>213</sup> Die Existenz biologischer Waffen wird vermutet. Nordkorea verfügt über ca. 500 Kurzstreckenraketen und 12–36 Mittelstreckenraketen.<sup>214</sup> Letztere können Ziele in Japan erreichen. Die in der Entwicklung befindlichen Langstreckenraketen werden in ein paar Jahren womöglich Alaska oder Hawaii bedrohen.<sup>215</sup>

Aufrechterhaltung und Einsatzbereitschaft der Armee zehren allerdings an der ohnehin weiter schwindenden Wirtschaftskraft der DVRK. Militärausgaben nehmen etwa ein Viertel aller verfügbaren Mittel in Anspruch. Nordkorea hat seine Verteidigungsausgaben 2000 erstmals seit zehn Jahren wieder erhöht und die grenznahe Artillerie verstärkt. Diese Maßnahmen können als Zugeständnisse Kim Chung-ils an die militärische Führung gewertet werden.

Kim Il-sung hatte kurz vor seinem Tod versucht, den Status quo auf der koreanischen Halbinsel durch Wiederbelebung des Kalten Krieges zu stabilisieren. Sein Sohn schien diese Strategie zunächst beibehalten zu wollen. 1994 erklärte Pyöngyang nach dreijährigem Boykott seinen Austritt aus der Militärischen Waffenstillstandskommission, die seit Ende des Koreakrieges (1950–1953) die Entmilitarisierte Zone kontrolliert. 1995 verübte die DVRK in der Zone mehrfach Übergriffe. Im April 1999 kam es in der Gelben See zu

**208** Nach amtlichen Schätzungen wird das BIP-Wachstum von 9,3% (2000) auf 5,1% (2001) zurückgehen; ebd., 1.3.2000, S. 62.

**209** Ebd., 28.9.2000, S. 14–18.

**210** Der Mißtrauensantrag wurde mit Lims Billigung einer Nordkoreareise südkoreanischer Aktivisten begründet; vgl. The China Daily, 6.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 11.9.2001 (online).

**211** 2001 wurden insbesondere regierungskritische Zeitungen wegen angeblicher Steuerhinterziehung belangt; vgl. International Herald Tribune, 12.7.2001, S. 6.

**212** Südkorea will zwischen 2002 und 2007 neue Waffensysteme mit einem Gesamtwert von 26,5 Mrd. Dollar beschaffen; vgl. The Times of India (Neu Delhi), 29.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 29.6.2001 (online).

**213** Vgl. North Korean Special Weapons Guide, Washington: Federation of American Scientists, Juli 2001 (online).

**214** Ebd.

**215** Vgl. Harrison, The Missiles of North Korea, S. 20.

bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Streitkräften beider Koreas. Die weitaus schwerwiegendste Provokation stellte 1993 der Austritt Pyöngyangs aus dem Atomwaffensperrvertrag dar. Kurz zuvor hatten Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Anhaltspunkte dafür gefunden, daß Nordkorea in den Jahren zuvor in seinen Reaktoren mehr Plutonium gewonnen hatte, als in seiner Ausgangsbilanz ausgewiesen war.

## Kooperation

Seit Ende des Kalten Krieges gründet sich der fragile Status quo auf der koreanischen Halbinsel neben den Allianzen der USA mit Seoul und Tokyo auf das sogenannte Genfer Rahmenabkommen vom Oktober 1994. In diesem hat sich Pyöngyang verpflichtet, seine Plutoniumwirtschaft schrittweise abzubauen und den Atomwaffensperrvertrag einzuhalten. Die DVRK erhält im Gegenzug zwei Leichtwasserreaktoren, die von einem internationalen Konsortium (der Korean Peninsula Energy Development Organisation, KEDO)<sup>216</sup> gebaut werden. Bis zur Übergabe der Reaktoren liefern die USA, die ihre Beziehungen zu Nordkorea schrittweise normalisieren, jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl. 1999 sagte die DVRK darüber hinaus zu, den Test von Langstreckenraketen vorläufig einzustellen.

Die Implementierung des Rahmenabkommens hat sich erheblich verzögert.<sup>217</sup> Auch die (1997 angelaufenen) Vierergespräche zwischen Pyöngyang, Seoul, Washington und Peking über eine neue Friedensordnung für die koreanische Halbinsel sind in eine Sackgasse geraten.

Ein neues Element in die koreanische Gleichung brachte Kim Dae-chung 1998 mit seiner »Sonnenscheindiplomatie« ein. Dieser Prozeß erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt mit dem innerkoreanischen Gipfeltreffen vom Juni 2000. Als Ergebnis des Gipfels lieferte Seoul zusätzliche Lebensmittel und hielt südkoreanische Unternehmen zu Investitionen im Norden an. Es kam zu bisher drei Treffen von durch den Koreakrieg getrennten Verwandten, zur Übergabe politischer Gefangener an die DVRK, zu Vorarbeiten am Bau einer Eisenbahntrasse durch die Entmilitarisierte Zone und zu einem einmaligen Austausch von Briefen zwischen Bürgern beider Staaten.

Abgesehen von technischen Übereinkünften zur Durchführung dieser Maßnahmen und vier Wirtschaftsabkommen vom November 2000 gibt es keine schriftlichen Grundsatzvereinbarungen – ein deutlicher Kontrast zur europäischen Ost-West-Entspannung der 70er Jahre.

Abgesehen von technischen Übereinkünften zur Durchführung dieser Maßnahmen und vier Wirtschaftsabkommen vom November 2000 gibt es keine schriftlichen Grundsatzvereinbarungen – ein deutlicher Kontrast zur europäischen Ost-West-Entspannung der 70er Jahre.

## Südkorea/USA

Mit seinem partiellen Eingehen auf Kim Dae-chungs »Sonnenscheindiplomatie« hat Nordkorea die eigene Position in Nordostasien gestärkt, potentielle Ansatzpunkte für Dissens zwischen Washington und Seoul geschaffen und somit 2000 nach einjähriger Blockade wieder Bewegung in das nordpazifische Kräfteverhältnis gebracht. Das defensive Verhalten vorher war vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die USA Ende 1999 beschlossen hatten, die Verwirklichung des Genfer Rahmenabkommens durch positive und negative Anreize zu verbessern. Damit war zwar sowohl dem entspannungswilligen Südkorea als auch einem eher skeptischen Japan (s.u.) gedient. Problematisch an dem Ansatz blieben jedoch Pyöngyangs Versuch, die vereinbarte Offenlegung seiner früheren nuklearen Aktivitäten zu verschleppen,<sup>218</sup> und seine Weigerung, über eine mündliche Zusage hinaus, dauerhaft auf Test und Export von Raketentechnologie<sup>219</sup> zu verzichten.

**216** Mitglieder sind die USA, Südkorea, Japan, Euratom, Australien, Neuseeland, Kanada, Indonesien, Chile, Argentinien, Polen, die Tschechische Republik und Usbekistan. Weitere Staaten beteiligen sich an der Finanzierung der Organisation.

**217** Die ursprünglich für 2003 vorgesehene Übergabe der beiden Reaktoren dürfte sich um mindestens sieben Jahre verschieben, woran die USA und Nordkorea etwa zu gleichen Teilen die Schuld tragen. Auf amerikanischer Seite hat Widerstand aus dem Kongreß zu Verzögerungen bei den Heizöllieferungen geführt. Pyöngyang nahm solche und andere Meinungsverschiedenheiten 1998 zum Anlaß, das Einfrieren seines Plutoniumprogramms vorübergehend auszusetzen. Mittlerweile verlangt die DVRK eine Kompensation für die eingetretenen Verzögerungen und eine höhere Entlohnung der an dem Projekt beteiligten nordkoreanischen Arbeiter.

**218** Vom amerikanischen Standpunkt muß Nordkorea seine vergangenen – und ggf. zwischenzeitlichen – Wiederaufbereitungsaktivitäten offenlegen, bevor die Kerne der beiden Leichtwasserreaktoren übergeben werden (eine andere Meinung vertritt *Harrison*, *The Missiles of North Korea*, S. 18). Bisher wurden diesbezügliche Bemühungen der IAEO-Inspektoren behindert, und Pyöngyang hat für den Fall erhöhten amerikanischen Drucks mit der Wiederaufnahme der Tests von Langstreckenraketen gedroht; vgl. Chungang Ilbo, 1.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 1.6.2001 (online).

**219** Nach einem CIA-Bericht vom Februar 1999 ist die DVRK der wichtigste Exporteur ballistischer Raketen sowie von Raketenbauteilen und -technologie nach Iran, Syrien, Ägypten

Daß die USA Nordkorea damals die Anerkennung seiner Souveränität und territorialen Integrität signalisierten, war unter anderem durch die nach dem Gipfel kolportierte Äußerung Kim Chung-ils motiviert, die DVRK sei angesichts ihrer prekären Lage zwischen China, Rußland und Japan am Verbleib amerikanischer Truppen auf der koreanischen Halbinsel interessiert.<sup>220</sup> In den letzten Monaten der Clinton-Administration mehrten sich die Entspannungssignale aus Pyöngyang, und im Oktober 2000 löste ein Nordkorea-Besuch der US-Außenministerin zunächst Besorgnis in Peking aus, diese Annäherung könne zu weit gehen.<sup>221</sup>

Die Lage komplizierte sich wieder mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten. Die Republikaner hatten Clinton bezichtigt, in der DVRK ein tyrannisches Regime mit Massenvernichtungswaffen durch übertriebene Zugeständnisse zu stabilisieren. Die wichtigsten Irritationen zwischen den beteiligten Parteien betrafen die neue amerikanische Strategie in Nordostasien, die Raketenfrage<sup>222</sup> sowie die Implementierung des Genfer Rahmenabkommens.<sup>223</sup>

und Pakistan. Neben der Herstellung von Falschgeld sei der Raketenexport eine der wenigen bedeutsamen Devisenquellen des Landes; vgl. FEER, 1.4.1999, S. 18–20.

**220** Vgl. Reuters, 24.6.2000, zit. in: Napsnet Daily Report, 27.6.2000 (online). Für diese Meldung gibt es keine weiteren Belege. Statt dessen verlangte der nordkoreanische Verteidigungsminister bei einem Treffen mit seinem südkoreanischen Kollegen im September 2000 einmal mehr den Abzug amerikanischer Truppen aus dem Süden; vgl. Reuters, 27.9.2000, ebd., 28.9.2000 (online).

**221** Vgl. FEER, 26.10.2000, S. 20–22.

**222** Für einen abschließenden Testverzicht verlangte Pyöngyang von den USA Hilfe beim Start eigener Satelliten, für den Verzicht auf Exporte eine finanzielle Kompensation in Milliardenhöhe. Darüber hinaus (und vermutlich vorrangig) forderte die DVRK die beschleunigte Aufhebung amerikanischer Wirtschaftssanktionen. Die Clinton-Administration lehnte direkte Kompensationszahlungen ab, zeigte sich aber in der Raketenfrage verhandlungsbereit. Ende 2000 verlaute aus Washington, ein Kompromiß sei in greifbare Nähe gerückt. Nordkorea habe angeboten, Raketen mit Reichweiten von über 300 Kilometern nicht mehr zu produzieren, zu testen oder zu dislozieren, und habe anstelle einer finanziellen Vergütung zusätzliche Lebensmittel- oder Energiehilfen akzeptiert. Ungelöst blieb vor allem die Verifikationsfrage; vgl. FEER, 7.12.2000 (online) und The New York Times, 6.3.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 8.3.2001 (online).

**223** Anfang 2000 mehrten sich die Stimmen in der Republikanischen Partei, die eine Revision des Rahmenabkommens verlangten. Washington solle darauf drängen, Nordkorea statt der vereinbarten Leichtwasserreaktoren konventionelle Kraftwerke zur Verfügung zu stellen, wofür sowohl politische (auch in Leichtwasserreaktoren fällt noch hinreichend Plutonium zum Bombenbau an) als auch technische Gründe (Über-

Während die Bush-Administration sich schon bald nach Amtsantritt auf eine Unterstützung der »Sonnenscheindiplomatie« und zur Fortsetzung des Dialogs mit Pyöngyang verpflichtete,<sup>224</sup> wollte sie der DVRK gegenüber jedoch auf verifizierbarer und sanktionierbarer Gegenseitigkeit beharren, auch was die Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen anging.<sup>225</sup> Im Februar 2001 verfügte Washington eine umfassende Überprüfung der bisherigen amerikanischen Nordkoreapolitik, für die Außenminister Colin Powell folgende Prioritäten formulierte: nukleare Abrüstung, Abschluß eines Rahmenabkommens und konventionelle Abrüstung.<sup>226</sup> Präsident Kim Dae-chung erfuhr bei einem Washington-Besuch im März, daß die USA der Wiederaufnahme ihres Dialogs mit Nordkorea offenbar keine Dringlichkeit beimaßen.<sup>227</sup> Man verständigte sich darauf, Zustandekommen und Ergebnisse eines zweiten innerkoreanischen Gipfels als Gradmesser für die Zukunftsperspektiven des Entspannungsprozesses zu nutzen.<sup>228</sup> Anscheinend auf amerikanischen Druck zog Kim seinen Vorschlag zurück, anläßlich des zweiten Gipfels gemeinsam mit Kim Chung-il eine »Friedenserklärung« abzugeben,<sup>229</sup> und Seoul verzichtete vorerst darauf, den Norden mit Elektrizität zu beliefern.<sup>230</sup>

Pyöngyang reagierte umgehend mit der Absage des fünften innerkoreanischen Ministertreffens, das den Gipfel in Seoul hätte vorbereiten sollen. Gründe wurden nicht genannt, aber wenig später forderte der nordkoreanische Rundfunk Südkorea auf, seine »unterwürfige Haltung« gegenüber den USA abzulegen. Die Bush-Administration wurde wegen ihrer harten Linie kritisiert und auf eine entsprechende

forderung des Stromnetzes der DVRK) sprächen. Vertreter der wichtigsten südkoreanischen Parteien forderten die USA daraufhin auf, das Abkommen nicht durch eine entsprechende Initiative aufs Spiel zu setzen, und Pyöngyang drohte für diesen Fall mit der Kündigung des Vertrages. Die Bush-Administration hat den Gedanken seither nicht mehr verfolgt; vgl. Associated Press, 16.5.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 17.5.2001 (online) und Chungang Ilbo, 7.5.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 9.5.2001 (online).

**224** Vgl. Agence France-Presse, 7.2.2001, ebd., 8.2.2001.

**225** Vgl. Reuters, 6.2.2001, ebd., 7.2.2001.

**226** Vgl. Office of International Information Programmes, 7.3.2001, ebd., 8.3.2001.

**227** Vgl. FEER, 22.3.2001, S. 13.

**228** Vgl. Napsnet Special Report, 8.3.2001 (online).

**229** Vgl. FEER, 22.3.2001, S. 6.

**230** Vgl. Chungang Ilbo, 31.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 2.8.2001 (online).

Reaktion eingestimmt.<sup>231</sup> Washington wurde einmal mehr aufgefordert, seine Truppen aus Südkorea abzu- ziehen.<sup>232</sup> Verhandlungen über weitere Familien- zusammenführungen und den Bau der Bahnlinie kamen zum Stillstand. Kurz zuvor hatte Nordkorea trotz amerikanischer Bedenken erneut Lebensmittel und andere Hilfen aus dem Süden erhalten. Im Juni 2001 wurden südkoreanische Überlegungen bekannt, Finanzleistungen an den Norden für den Fall einzu- stellen, daß Kim Chung-ils Gegenbesuch nicht zustande käme.<sup>233</sup>

Dieser wollte sich vermutlich noch eine Tür öffent- halten. Im Mai 2001 signalisierte er einer EU-Delega- tion gegenüber Bereitschaft, das Raketentestmoratori- um um zwei Jahre zu verlängern,<sup>234</sup> vorausgesetzt, Washington nehme die Normalisierungsgespräche wieder auf.<sup>235</sup> Wenig später machten die Medien der DVRK den Rückzug amerikanischer Truppen aus dem Süden zur Vorbedingung für Verhandlungen mit den USA über konventionelle Abrüstung.<sup>236</sup>

Am 6. Juni 2001 erklärte Präsident Bush seine Bereitschaft, die Verhandlungen mit Pyöngyang wieder aufzunehmen und dabei mit der DVRK insbesondere über »eine verifizierbare ... Begrenzung ihrer Raketen- programme, ein Verbot von Raketenexporten und eine weniger bedrohliche konventionelle...Strategie« zu sprechen. Die Implementierung des Rahmenabkom- mens von 1994 solle verbessert werden.<sup>237</sup> Das Abkommen selbst soll anscheinend unverändert bleiben.<sup>238</sup> Für den Fall einer positiven Reaktion stellte Bush eine Ausweitung der humanitären Hilfen und eine Lockerung von Sanktionen in Aussicht.<sup>239</sup> Laut Außenminister Powell waren mit diesem Angebot keine Vorbedingungen verbunden.<sup>240</sup>

Abgesehen von einem »geschäftsmäßigen« Treffen auf mittlerer Beamtenebene<sup>241</sup> ließ sich Pyöngyang auf diesen Vorschlag nicht ein und formulierte statt des- sen folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der hochrangigen sicherheitspolitischen Kontakte: Kompensation für aus der Verzögerung des Reaktor- baus erwachsene wirtschaftliche Einbußen und Aus- klammerung der konventionellen Rüstung bis zum Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea.<sup>242</sup> Wenig später verlautete aus Nordkorea, man werde Inspektionen der verdächtigten nuklearen Anlagen erst zulassen, nachdem Washington den Reaktorbau beschleunigt habe.<sup>243</sup>

Die amerikanische Reaktion sollte Kompromiß- bereitschaft signalisieren. Zwar wurde die Notwendig- keit von Kompensationszahlungen verneint, ein gewisser Ausgleich jedoch nicht völlig ausgeschlossen, und Colin Powell selbst stufte das Thema konventio- nelle Rüstung rhetorisch herunter.<sup>244</sup> Wenig später verständigten sich die USA und Südkorea darauf, daß Washington in der Raketenfrage federführend sein sollte, die IAEO bei der Aufdeckung vergangener nuklearer Aktivitäten und Seoul für einen graduellen Ansatz bei Kontakten über konventionelle Rüstung.<sup>245</sup> Ende Juni bot der stellvertretende amerikanische Außenminister Armitage der DVRK gegen Aufgabe ihres Raketenprogramms Hilfe bei Satellitenstarts an.<sup>246</sup> Kim Chung-il entschied sich allerdings dafür, weiter zu pokern, und ordnete den Test des Trieb- werks einer Langstreckenrakete am Boden an.<sup>247</sup> Im August nannte er in einem vertraulichen Gespräch mit dem russischen Präsidenten Putin Vorbedingun- gen für einen zweiten Nord-Süd-Gipfel, darunter vermutlich eine Wiederaufnahme des nordkoreanisch- amerikanischen Entspannungsprozesses und die Lieferung von elektrischem Strom durch Südkorea.<sup>248</sup>

**231** Vgl. Agence France-Presse, 19.3.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 20.3.2001 (online).

**232** Vgl. Chosun Ilbo, 28.5.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 29.5.2001 (online).

**233** Vgl. BBC News, 21.6.2001, ebd., 21.6.2001.

**234** Vgl. FEER, 17.3.2001 (online). Im August 2001 bestätigte Kim diese Zusage anlässlich eines Besuchs in Moskau; vgl. Süddeutsche Zeitung, 6.8.2001, S. 7.

**235** So US- Experte Selig Harrison in Associated Press, 6.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.6.2001 (online).

**236** Vgl. Chosun Ilbo, 3.6.2001, ebd., 5.6.2001.

**237** Gemeint war anscheinend vor allem die Aufdeckung vergangener nuklearer Aktivitäten Nordkoreas; vgl. Chosun Ilbo, 19.6.2001, ebd., 22.6.2001.

**238** So der südkoreanische Außenminister nach Gesprächen im Weißen Haus im Juni 2001; vgl. The Los Angeles Times, 11.6.2001, ebd., 12.6.2001.

**239** Vgl. The New York Times, 7.6.2001, ebd., 8.6.2001.

**240** Vgl. Agence France-Presse, 7.6.2001, ebd.

**241** Vgl. The New York Times, 14.6.2001, ebd., 15.6.2001.

**242** Vgl. BBC News, 18.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 18.6.2001 (online).

**243** Vgl. Associated Press, 21.6.2001, ebd., 21.6.2001. Die USA versuchten daraufhin, den Spieß umzudrehen, und drohten für den Fall anhaltenden Widerstands gegen die IAEO-Inspektionen mit Aussetzung der Arbeiten an den beiden Leichtwas- serreaktoren; vgl. Chungang Ilbo, 27.7.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.7.2001 (online).

**244** Vgl. Associated Press, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 21.6.2001 (online) und The Washington Post, 19.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 22.6.2001 (online).

**245** Vgl. The Korea Times (Seoul), 25.6.2001, ebd., 26.6.2001.

**246** Vgl. Chungang Ilbo, 29.6.2001, ebd., 3.7.2001.

**247** Vgl. The Washington Times, 3.7.2001, ebd., 4.7.2001.

**248** Vgl. The Korea Herald, 8.8.2001, Chosun Ilbo, 7.8.2001,

Ende August 2001 bot Nordkorea, anscheinend im Zusammenhang mit einem Besuch des chinesischen Präsidenten (s.u.) und dem anstehenden Mißtrauensvotum gegen den südkoreanischen »Vereinigungsminister« (s.o.), die Wiederaufnahme der Nord-Süd-Gespräche an.<sup>249</sup> Mitte September vereinbarten beide Seiten in Seoul, die Treffen getrennter Familien fortzusetzen und bald mit dem Bau einer Eisenbahn- und Straßenverbindung durch die Entmilitarisierte Zone zu beginnen.<sup>250</sup> Diese Entwicklung signalisiert die Einsicht, daß Pyöngang heute sehr viel weniger Karten in der Hand hält als in der ersten Hälfte der 90er Jahre und daß die Aussicht auf weiteren materiellen Nutzen in dem Maße schwindet, in dem man die Beziehungen zu Washington und Seoul gleichzeitig blockiert. Neue Bewegung im Nord-Süd-Verhältnis ist folglich im Vorfeld der (wegen Ausscheiden von Abgeordneten erforderlichen) Nachwahlen zum südkoreanischen Parlament im Frühjahr 2002 zu erwarten.

Auch wenn Pyöngyang schwerlich auf Kim Dae-chungs Vorschlag eingehen wird, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und von den USA und China garantieren zu lassen,<sup>251</sup> könnte man versuchen, Kims Lager durch wohlfeilere Gesten zu stärken, etwa ein zweites Gipfeltreffen. Dafür sprechen nicht nur südkoreanisch-amerikanische Dissonanzen in bezug auf den Normalisierungsprozeß selbst; auch in der weiteren Region sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Seoul erkennbar, etwa in der Frage der Raketenabwehr-Projekte der Administration Bush.<sup>252</sup> Nordkorea setzt fraglos darauf, daß solche Differenzen mittelfristig eskalieren.

ebd., 9.8.2001.

**249** Vgl. Chungang Ilbo, 27.8.2001, ebd., 5.9.2001.

**250** Vgl. The Korea Herald, 19.9.2001, S.1.

**251** Vgl. The Straits Times (Singapur), 25.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 25.6.2001 (online).

**252** Südkorea lehnt eine Mitwirkung an TMD aus vornehmlich technischen Gründen ab (die Abwehr nordkoreanischer Raketenangriffe aus großer Höhe macht angesichts der vergleichsweise kurzen Reichweiten der Raketen wenig Sinn) und baut statt dessen das eigene Raketenarsenal aus. Kim Dae-chung hatte sich beim Besuch des russischen Präsidenten Putin im Februar 2001 indirekt kritisch zu den amerikanischen NMD-Plänen geäußert und sich damit den Positionen Moskaus und Pekings angenähert. Wenig später entschuldigte er sich in den USA für den offenkundigen Mißtritt; vgl. Hankyoreh Shinmun, 17.3.2001, zit. in: *University of California San Diego*, Graduate School of International Relations and Pacific Studies, Juli 2001 (online). Seither haben die USA anscheinend versucht, Seoul zu einer positiven Stellungnahme zu NMD zu bewegen; vgl. Agence France-Presse, 15.6.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 16.6.2001 (online).

## Japan, China, Rußland

Eine latent kritische Haltung gegenüber *Japan* zählt zu den wenigen Positionen, die Nord- und Südkorea (sowie die Volksrepublik China) vereint. Kim Dae-chung erkannte die Brisanz dieser Frage und setzte sich gleich nach Amtsantritt für verbesserte Beziehungen zu Tokyo ein. In diesem Zusammenhang wurden eine militärische Kooperation vereinbart und Beschränkungen für den Import sogenannter japanischer »Kulturprodukte« (also von Filmen, Videos, Kartoons etc.) aufgehoben. Diese Annäherung steht 2001 wieder auf dem Spiel. Südkorea hat den militärischen Austausch vorläufig eingestellt und den Import der »Kulturprodukte« erneut untersagt. Landesweit kam es zu antijapanischen Demonstrationen. Auslöser war eine Entscheidung des japanischen Erziehungsministeriums.

Anfang 2000 hatte Tokyo neue Geschichtsbücher für Mittelschulen genehmigt, die revisionistische Interpretationen der japanischen Rolle im Pazifischen Krieg (1941–1945) enthielten. Die japanische Regierung bot in Reaktion auf Proteste aus Peking und Seoul minimale Änderungen an, weigerte sich aber, auf die von Südkorea geltend gemachten Beanstandungen umfassend einzugehen.<sup>253</sup> Premierminister Koizumi erklärte zwar seine Bereitschaft, in dieser Frage mit Südkorea und China im Gespräch zu bleiben, bot aber erst nach seinem Besuch im Yakusuni-Schrein an, die Nachbarstaaten zu besuchen.<sup>254</sup> Peking und Seoul lehnten das Angebot ab.<sup>255</sup> Die bilaterale Verstimmung mit Seoul hatte sich zusätzlich durch den Umstand verschärft, daß Rußland Südkorea im Vorjahr Fischereirechte in Gewässern bei den südlichen Kurilen-Inseln eingeräumt hatte.<sup>256</sup> Im Juli 2001 forderte das Parlament in Seoul die Regierung zu einer umfassenden Überprüfung der Beziehungen mit Japan auf,<sup>257</sup> und im August protestierte Südkorea formell gegen Koizumis Besuch im Yasukuni-Schrein.<sup>258</sup>

**253** Südkorea hatte insbesondere beanstandet, daß die ca. 200 000 koreanischen Zwangsprostituierten in den Lehrbüchern mit keinem Wort erwähnt wurden; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 12.7.2001, S. 5.

**254** Vgl. Yomiuri Shimbun, 16.8.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 17.8.2001 (online).

**255** Vgl. Associated Press, 27.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 28.8.2001 (online).

**256** Japan hatte daraufhin südkoreanische Fischerboote aus seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone verbannt; vgl. Kyodo News, 22.6.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 22.6.2001.

**257** Vgl. Kyodo News, 18.7.2001, ebd., 18.7.2001.

**258** Vgl. Agence France-Presse, 14.8.2001, zit. in: Napsnet

Pyöngyang liegt aus wirtschaftlichen Gründen an einer Normalisierung der Beziehungen zu Tokyo. Japan bleibt der zweitwichtigste Handelspartner der DVRK, auch wenn das Handelsvolumen seit 1996 kontinuierlich zurückgegangen ist. Im August 1999 hatte Nordkorea die Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen angeboten, vorausgesetzt, daß Japan sich für »eine aufrichtige Entschuldigung und vollständige Entschädigung des koreanischen Volkes für alle ... Verbrechen der Vergangenheit« entscheide.<sup>259</sup>

Die letzte substantielle Verhandlungsrunde war 1992 an der japanischen Forderung gescheitert, den Verbleib von zehn Staatsbürgern aufzuklären, die in den 70er und 80er Jahren vermutlich nach Nordkorea entführt worden waren. Zwei weitere Anläufe zu Verhandlungen endeten 1995 und 1997 in einer Sackgasse. Ende 1999 ließen die amerikanischen und südkoreanischen Einbindungsbemühungen Tokyo keine andere Wahl, als sich erneut flexibel zu zeigen. So wurden im Zusammenhang mit dem nordkoreanischen Raketentest vom August 1998 verhängte Sanktionen wieder aufgehoben, Lebensmittelhilfen wieder aufgenommen und Gespräche zwischen den Rotkreuzgesellschaften über »humanitäre Fragen« geführt. Im April 2000 kam es einmal mehr zu ergebnislosen Regierungsverhandlungen. Offenkundig hatte die DVRK angesichts der massiven südkoreanischen Hilfeleistungen keine besondere Eile, sich mit Japan zu arrangieren.

Die Nordkoreapolitik der Volksrepublik China bleibt zwiespältig. Peking möchte sowohl einen neuen Koreakrieg als auch die kurzfristige Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel verhindern, hält letztere jedoch für längerfristig unvermeidbar. Um den eigenen Einfluß auf diesen Prozeß zu maximieren, hat China zum einen Verhandlungen zwischen Pyöngyang und Seoul, beziehungsweise Pyöngyang und Washington, anzubahnen versucht,<sup>260</sup> zum anderen aber die DVRK seines Wohlwollens, beziehungsweise seiner Neutralität, versichert. Derlei Manövrieren war jedoch

nur bedingt erfolgreich. In den 1997 angelaufenen und mittlerweile stagnierenden Vierergesprächen mit beiden Koreas und den USA nahm die Volksrepublik eine vergleichsweise passive Rolle ein. Entsprechendes galt für bewaffnete Provokationen Pyöngyangs gegenüber dem Süden. Im September 2001 scheint Jiang Zemin Pyöngyangs Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Kontakte mit Seoul unter anderem mit der Ankündigung weiterer Wirtschaftshilfen erkaufte zu haben.<sup>261</sup>

Die Zahl nordkoreanischer Flüchtlinge in China wird von südkoreanischen Hilfsorganisationen auf 150 000 bis 300 000 geschätzt. Peking bezeichnet diese Personen als Wirtschaftsflüchtlinge und fühlt sich deshalb nicht an das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen gebunden, das die Auslieferung politischer Flüchtlinge untersagt. China hatte die Migranten in der Vergangenheit häufig geduldet, jährlich aber gleichzeitig 10-20 000 Personen zwangsweise repatriiert. Sie wurden nach ihrer Rückkehr nicht selten interniert oder exekutiert.<sup>262</sup> Zu verstärkten Ausweisungen kam es ab 2001, nachdem die Volksrepublik unter internationalem Druck die Ausreise von sieben Nordkoreanern nach Südkorea genehmigt hatte, die sich an den Vertreter des VN-Flüchtlingskommissars in Peking gewandt hatten.<sup>263</sup>

Rußland und Nordkorea unterzeichneten im Februar 2000 einen Vertrag über »Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit«, der einen Vorläufer mit militärischer Beistandsklausel aus dem Jahr 1961 ablöste. Der russische Botschafter in Pyöngyang erklärte im Vorfeld der Unterzeichnung, sein Land sei auf der koreanischen Halbinsel nunmehr zur Neutralität verpflichtet.<sup>264</sup>

Mangels anderer Möglichkeiten<sup>265</sup> hat Rußland in jüngster Zeit versucht, sich über Rüstungslieferungen an beide koreanische Staaten in die nordostasiatische

Daily Report, 15.8.2001 (online).

**259** Vgl. FEER, 16.9.1999, S. 24-26. Die nordkoreanischen Entschädigungsforderungen für die 35-jährige Besetzung Koreas durch Japan belaufen sich auf 4 Mrd. Dollar; ebd., 10.2.2000, S. 24.

**260** So scheint Peking Nordkorea im Sommer 1999 davon überzeugt zu haben, von einem weiteren Raketentest abzuweichen, falls Nordkorea davon überzeugt werden mußte; vgl. The Korea Times, 10./12.9.1999, zit. in: Napsnet Daily Report, 13.9.1999 (online).

**261** Vgl. BBC News, 4.9.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 5.9.2001 (online). Jiang hatte 200 000 Tonnen Lebensmittel und 30 000 Tonnen Dieselöl zugesagt; vgl. Associated Press, 6.9.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.2001 (online).

**262** Vgl. FEER, 25.11.1999, S. 12.

**263** Vgl. The Age (Melbourne), 24.7.2001, zit. in: Asia-Pacific Media Brief, 23.7.2001 (online).

**264** Vgl. FEER, 13.1.2000, S. 21.

**265** Bemühungen Kim Dae-chungs, Rußland und Japan in die Vierergespräche mit Peking, Washington und Pyöngyang einzubeziehen, scheiterten ebenso am Widerstand der anderen Parteien wie südkoreanische Vorschläge für die Einrichtung eines multilateralen Sicherheitsforums für Nordostasien; vgl. The Korea Herald (Seoul), 6.9.1999, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.9.1999 (online).



Kräftegleichung einzubringen, sich dabei aber bisher angesichts der prekären Finanzlage Pyöngyangs im Norden auf Ersatzteillieferungen und Wartungsleistungen beschränkt.<sup>266</sup> Im April 2001 unterzeichneten Rußland und die DVRK ein Abkommen über ihre rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit. Details wurden nicht bekannt.

Im russisch-südkoreanischen Verhältnis standen die Vorzeichen umgekehrt: Moskau lieferte Ende der 90er Jahre Panzer und Helikopter als Anzahlung auf offene Schulden in Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar. 2000 wurden Gespräche über dieselgetriebene U-Boote, das Kampfflugzeug Su-30 und Boden-Luft-Raketen geführt. Kim Dae-chung machte eine Kaufentscheidung offenbar davon abhängig, daß Moskau mäßigenden Einfluß auf Pyöngyang geltend mache.<sup>267</sup>

Die russische Seite hat dies mit mäßigem Erfolg versucht, das augenscheinliche Interesse der DVRK an Satellitenstarts als Kompensation für Raketentests ins Gespräch gebracht (und sich bemüht, Südkorea hierfür als Finanzier zu gewinnen), ist damit aber wohl einer von Kim Chung-il gezielt gestreuten Desinformation aufgesessen.<sup>268</sup> Im August 2001 machte sich Wladimir Putin die nordkoreanische Forderung nach einem Rückzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea zu eigen<sup>269</sup> und bot sich einmal mehr als Vermittler zwischen Nord und Süd an.<sup>270</sup> Über amerikanische beziehungsweise südkoreanische Reaktionen ist nichts bekannt.

**266** So soll Moskau den nordkoreanischen Wunsch nach Kampfflugzeugen, Kampfpanzern, Flugabwehrraketen etc. trotz einer ursprünglichen Zusage Wladimir Putins im Juli 2001 abschlägig beschieden haben; vgl. Chosun Ilbo, 16.7.2001, ebd., 19.7.2001.

**267** Vgl. FEER, 13.1.2000, S. 21.

**268** Ebd., 31.8.2000 (online).

**269** Vgl. The Korea Herald, 6.8.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 7.8.2001 (online).

**270** Vgl. Süddeutsche Zeitung, 6.8.2001, S. 7.

## Der Mongolei-Komplex

Die Mongolei gehört nach ihrem Selbstverständnis sowie angesichts ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen eher in einen nordostasiatischen als in einen zentralasiatischen Sicherheitsblock. Zwischen Zentralasien, Rußland und China erstreckt sie sich über 1,5 Millionen Quadratkilometer. Das entspricht etwa der vierfachen Größe der Bundesrepublik Deutschland. Auf diesem Gebiet leben nur 2,4 Millionen Menschen. Das Land verfügt über zahlreiche Rohstoffe, hauptsächlich Kupfer, sowie Gold, Eisen, Mangan, Titan, Erdöl, Fluor und Kohle, ist jedoch aufgrund des Preisverfalls am Weltkupfermarkt und mehrerer Naturkatastrophen zunehmend von internationalen Gebern abhängig.<sup>271</sup> Die Landwirtschaft (zumeist nomadische Viehwirtschaft) ist mit einem Anteil von über 25% am BIP der wichtigste Wirtschaftssektor. Allerdings sind die für die Viehwirtschaft nutzbaren Flächen mittlerweile durch Überweidung beschädigt.

Etwa 90% der Bevölkerung sind – mehrheitlich buddhistische – Mongolen, 3% Chinesen und Russen, der Rest Turkvölker.<sup>272</sup> Heute leben fast 60% der Bevölkerung der Mongolei in größeren Städten. In der »Autonomen Region Innere Mongolei« der Volksrepublik China leben etwa 2,6 Millionen Mongolen, die nach gezielter Ansiedlung von Han-Chinesen in den Städten nur noch 13% der Gesamtbevölkerung ausmachen. In ganz China gibt es 5,5 Millionen Mongolen, in den russischen Republiken Altai, Burjatien, Chakassien, Kalmückien und Tuwa zusammen 820 000.

Die Mongolei war von 1691 bis 1911 chinesischer Vasall, von 1912 bis 1919 ein autonomer Staat unter russischem Schutz, von 1919 bis 1921 chinesische Provinz und von 1921 bis 1991 – ihrer südlichen Hälfte beraubt – Satellitenstaat der UdSSR. 1992 verließ der letzte russische Soldat das Land. Ein Jahr zuvor war Ulanbaatar der Blockfreienbewegung beigetreten. In der Verfassung vom 12. Februar 1992 wurden parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung verankert. Die Privatisierung von

<sup>271</sup> 1999 betrug das Volumen aller gewährten Hilfen 320 Mio. Dollar.

<sup>272</sup> Zu den Turkvölkern zählen mehrere tausend Kasachen in der isolierten Provinz Bayan-Olgii im äußersten Westen der Mongolei, die sich bisher vergeblich für mehr Autonomie eingesetzt haben.

Industrie und Landwirtschaft wurde eingeleitet. Mittlerweile befinden sich etwa 70% aller Unternehmen in privater Hand.

### Transformation

<p>Einwohner: 2,383 Millionen          Ethnische Zusammensetzung: 88,5% Mongolen, 6,9% Turkvölker, 4,6% Russen, Chinesen u.a.          BIP 2000: \$976 Mio. (Schätzwert).          Wachstum 1999-2000: 1,1%.          BIP pro Kopf 2000: 388 \$ (Schätzwert)          Verteidigungsbudget 1999: \$21 Mio.          Truppenstärke (aktiv): 9 100.          Staatsoberhaupt: Natsagiin Bagabandi (seit 1997)          Regierungschef: Nambaryn Enkhbayar (seit 2000)</p>
--

Obwohl die mongolische Volkswirtschaft nach dem Einbruch von 1991–1994 zunächst wieder bescheidene Zuwachsraten erzielte,<sup>273</sup> vergrößerte sich der Abstand zwischen Arm und Reich. Im Jahr 1997 galt ein Drittel der Bevölkerung als arm, beziehungsweise unterernährt.<sup>274</sup> Verantwortlich dafür war die von der seit 1996 regierenden Demokratischen Allianz (DA) verordnete Schocktherapie. Die dort vereinten liberalen Kräfte<sup>275</sup> mußten seit 1997 mit dem Präsidenten Natsagiin Bagabandi von der reformkommunistischen Mongolian People's Revolutionary Party (MPRP) koexistieren, die drei Jahre später angesichts des stagnierenden Wachstums und eines DA-internen Machtkampfs mit überwältigender Mehrheit die Regierung übernahm.<sup>276</sup> Beobachter befürchteten eine schlechende Pressezensur und eine Beschneidung der Frei-

<sup>273</sup> Das BIP-Wachstum belief sich in den vergangenen Jahren auf durchschnittlich 4%.

<sup>274</sup> Vgl. FEER, 27.3.1997, S. 18–21.

<sup>275</sup> Die DA bestand aus der Mongolian National Democratic Party und der Mongolian Social Democratic Party.

<sup>276</sup> Die MPRP gewann aufgrund des Mehrheitswahlrechts 72 von 76 Sitzen, obwohl sie nur wenig mehr als 50% aller Stimmen errungen hatte.

heiten von Nichtregierungs-Organisationen.<sup>277</sup> Bagabandi wurde im Mai 2001 wiedergewählt.

Die Politik der MPRP kombiniert liberale mit interventionistischen Elementen. So billigte das Parlament im September 2000 einen Aktionsplan, der unter anderem die Verdreifachung des Mindestgehalts, die Verdoppelung der Beamtenbezüge und eine Senkung der Unternehmenssteuern um 30% vorsah (der Plan wurde bis heute nicht umgesetzt). Wenig später gab die Regierung grünes Licht für die Privatisierung von 18 großen Staatsbetrieben; 5% des Verkaufserlöses sollten dem Sozialhaushalt zugute kommen.<sup>278</sup> Erwogen wird auch die Einrichtung von Wirtschaftssonderzonen, aber ausländische Investoren haben sich bisher angesichts mangelnder politischer Stabilität und fehlender Infrastruktur zurückgehalten.

Dennoch bleibt die Mongolei eines der wenigen ostasiatischen Beispiele für den erfolgreichen und anscheinend unumkehrbaren Übergang von Autoritarismus und Plan zu Demokratie und Markt. Es gehört zu Ulanbaatars zentralen Dilemmata, daß bisher keiner der beiden großen Nachbarn diesem Vorbild gefolgt ist.

## Kräftevergleich

Die prekäre strategische Lage der Mongolei hat neben Bemühungen um gute Beziehungen zu den USA, Japan und Europa wiederholt zu Vorschlägen für die Einrichtung einer Friedenszone geführt,<sup>279</sup> die sowohl in Moskau als auch in Peking auf taube Ohren gestoßen sind. Beide Nachbarn haben hingegen Ulanbaatar in ihren 1992 formulierten gegenseitigen Gewaltverzicht einbezogen. 1992 proklamierte sich die Mongolei mit amerikanischer Unterstützung zur atomwaffenfreien Zone.

Aus Kostengründen demobilisierte Ulanbaatar 1989 13 000 von 25 000 Soldaten. Mit dem Untergang der UdSSR wurde die Mongolei vom Nachschub mit Ersatzteilen und Treibstoff zu Sonderkonditionen abgeschnitten. Die Ausrüstung der Streitkräfte war veraltet, eine nationale Rüstungsproduktion existierte nicht. Diesbezüglich wurden Kontakte zu den USA,

<sup>277</sup> Vgl. Sheldon R. *Severinghaus*, *Mongolia in 2000: The Pendulum Swings Again*, in: *Asian Survey*, 41 (Januar/Februar 2001) 1, S. 61–70.

<sup>278</sup> Vgl. FEER, 8.3.2001, S. 20f.

<sup>279</sup> So z.B. Präsident Bagabandi anlässlich eines Besuchs in Nepal im Januar 2001; ebd., 1.2.2001, S. 12.

China, Südkorea, Deutschland, Japan und Großbritannien aufgenommen und 1992 die Armee inklusive Reservisten wieder auf 20 000 Mann vergrößert.

1994 verabschiedete das Parlament Richtlinien für nationale Sicherheit und Außenpolitik. Mit ersteren wurde »die garantierte Existenz des mongolischen Volkes, seiner Kultur und seines Lebensstils« als nationales Interesse definiert. Mit den außenpolitischen Richtlinien wurden eine Politik der Äquidistanz gegenüber Peking und Moskau sowie Bemühungen um den Ausbau der Beziehungen zum Westen, einigen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und den Vereinten Nationen angekündigt.<sup>280</sup>

## Kooperation

### Rußland

Der Untergang der Sowjetunion führte 1990 zu einem abrupten Ende privilegierter Wirtschaftsbeziehungen. Russische Hilfen<sup>281</sup> wurden beendet, Vorzugstarife nicht mehr gewährt, Importzölle und Visapflicht eingeführt. Die mongolische Wirtschaft verzeichnete über drei Jahre ein Minuswachstum. Bereits 1991 wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufgenommen. Rußland lieferte erneut Öl und gewährte neue Kredite, obwohl die alten noch nicht abgezahlt waren.<sup>282</sup> Insbesondere bei der Energieversorgung bleibt die Mongolei auf den nördlichen Nachbarn angewiesen, solange eine eigene Rohölförderung und -verarbeitung nicht aufgebaut ist.

1993 unterzeichneten Moskau und Ulanbaatar einen neuen Freundschaftsvertrag. Die Militärbeziehungen wurden wiederaufgenommen,<sup>283</sup> es gab jedoch keine militärische Beistandsklausel mehr. Beide Seiten verpflichteten sich, sich nicht an gegen den jeweils anderen gerichteten Allianzen zu beteiligen. Rußland akzeptierte die Entscheidung der Mongolei, weder

<sup>280</sup> Vgl. Resolution of the State Great Hural, *Concept of National Security of Mongolia, Concept of Mongolia's Foreign Policy, The Fundamentals of the Military Doctrine of Mongolia*, Ulanbaatar 1995.

<sup>281</sup> Die UdSSR hatte alljährlich 25% des mongolischen Haushaltsdefizits finanziert.

<sup>282</sup> Die Schulden der Mongolei beliefen sich auf 10–16 Mrd. Dollar; vgl. *Asia 1996 Yearbook*, Hongkong 1996, S. 174.

<sup>283</sup> Beide Seiten vereinbarten 1996 »Maßnahmen zur Verhinderung von Konfliktsituationen«, Ausbildung von mongolischem Personal an russischen Grenzschutzakademien und andere Arten der militärischen Zusammenarbeit; vgl. *Jane's Defence Weekly*, 14.2.1996, S. 15.

Stationierung noch Transit ausländischer Truppen und Massenvernichtungswaffen zuzulassen.<sup>284</sup>

In einem 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen Moskau, Peking und Ulanbaatar wurden Grenzfragen in den beiden Dreiländerecken geklärt und die territoriale Integrität der Mongolei bestätigt.<sup>285</sup> Im November 2000 besuchte der russische Präsident Putin die Mongolei und schloß einen Vertrag, in dem sich beide Seiten verpflichteten, sich weder gegenseitig anzugreifen noch internationalen Abkommen beizutreten, die den Interessen des anderen zuwiderlaufen könnten. Sie unterzeichneten eine Reihe von Handels- mit Militärvereinbarungen.<sup>286</sup> Der Besuch markiert eine deutliche Verbesserung in dem bis dahin unterkühlten Verhältnis.

Moskau hat Ulanbaatar gedrängt, sich der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit anzuschließen, der Rußland, China und vier zentralasiatische Republiken angehören. Hauptmotiv ist die Sorge vor einem Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz.<sup>287</sup> Die Mongolei hat dieses Ansinnen bisher abgelehnt.

## China

Während 1990 noch fast der gesamte Außenhandel der Mongolei mit Rußland getätigt wurde, besetzte zehn Jahre später die Volksrepublik China den ersten Platz.<sup>288</sup> Der grenzüberschreitende Handel hat insofern Ressentiments erzeugt, als die gegen mongolische Rohstoffe eingetauschten chinesischen Konsumgüter zumeist minderer Qualität sind und das Entstehen einer einheimischen Industrie verhindern. Seit 1993 ist die Frage chinesischer Zuwanderung Gegenstand bilateraler Gespräche. Die Größenordnungen sind geringer als in Sibirien (s.o.) oder Zentralasien, aber die Mongolei ist auch dünner besiedelt und somit potentiell verwundbarer.

Der wichtigste Handelshafen der Mongolei ist mittlerweile das 1300 Kilometer entfernte chinesische

**284** Vgl. Bernd Johann, Rußland und die Mongolei nach dem Ende des Sozialismus. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 15.5.1995 (Aktuelle Analysen, No. 42).

**285** Vgl. Xinhua, engl., 29.1.1994, zit. in: Monitordienst Asien der Deutschen Welle, 1.2.1994, S. 11.

**286** Vgl. FEER, 23.11.2000, S. 12.

**287** Sowohl Rußland als auch die USA verhandeln mit der Mongolei über den Aufbau von elektronischen Horchposten.

**288** Die folgenden Plätze belegten die Schweiz und Rußland; vgl. *Ostasiatischer Verein* (Hg.), *Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2000/2001*, Hamburg 2001, S. 391.

Tianjin. Die meisten Joint-ventures im Lande werden von chinesischen Unternehmen betrieben. Peking hat sich gegenüber russischen Plänen, Öl- und Gaspipelines durch die Mongolei zu bauen, bisher reserviert verhalten. Grund ist die Weigerung Ulanbaatars, mit China und Rußland einen Vertrag über trilaterale sicherheitspolitische Kooperation zu schließen.

Abgeschnitten von sowjetischen Krediten, bemühte sich die Mongolei ab 1990 um eine Diversifizierung ihrer Außenbeziehungen. Seit 1992 gewährt China zinsfreie Kredite und liefert Öl gegen Kupfer.

Erstmals nach Jahrzehnten reiste 1991 ein mongolischer Verteidigungsminister nach China. Seither bestehen Militärbeziehungen mittlerer Intensität, und Peking liefert Waffen. Im Jahr 1994 unterzeichneten Peking und Ulanbaatar einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, demzufolge sich beide weder an gegen den anderen gerichteten militärischen oder politischen Bündnissen beteiligen noch Dritten das eigene Territorium für Aktionen gegen den Partner zur Verfügung stellen oder Pakten beitreten, die Souveränität oder Sicherheit des anderen verletzen. China bekundete Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität der Mongolei und ihren Entwicklungsweg. Die Volksrepublik kündigte in einer gesonderten Presseerklärung Unterstützung der mongolischen Bemühungen an, »zur atomwaffenfreien Zone zu werden,<sup>289</sup> sowie für ihre Politik, keine fremden Streitkräfte, auch nicht zum Zwecke des Durchgangs, keinen Transport und keine Stationierung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen auf ihrem Territorium zu gestatten.«<sup>290</sup>

Den normalen bis guten zwischenstaatlichen Beziehungen steht verbreitetes Mißtrauen in der mongolischen Bevölkerung und Presse gegenüber.<sup>291</sup> Das antichinesische Vorurteil hat ältere Wurzeln, ist aber insbesondere in territorialen Ansprüchen begründet, die Peking in den 50er und 60er Jahren auf das gesamte mongolische Staatsgebiet geltend machte. Die Mehrheit der Mongolen bleibt davon überzeugt, nach einer Vereinigung Taiwans mit der Volksrepu-

**289** Chinas Atombombentestgelände Lop Nor in Sinkiang liegt in der Nähe der mongolischen Grenze, und die Volksrepublik hat nukleare Abfälle in Grenznähe deponiert. Die Mongolei protestierte zwischen 1992 und 1995 gegen jeden chinesischen Atomwaffentest und arbeitete an einem internationalen Netzwerk zur Beobachtung solcher Tests mit.

**290** Vgl. Xinhua, engl., 29.4.1994, zit. in: Monitordienst Asien der Deutschen Welle, 2.5.1994, S. 1–3.

**291** Vgl. Michael J. Mitchell, *Mongolia*, in: *Asian Security Handbook*, New York 1996, S. 184–190.

blik zum nächsten Opfer chinesischer Expansionspolitik zu werden.<sup>292</sup>

Vor diesem Hintergrund hatte auch der Demokratisierungsprozeß in der Mongolei zunächst Auswirkungen auf die Beziehungen zu China. In der ersten Hälfte der 90er Jahre kam es in Ulanbaatar wiederholt zu Studentenprotesten gegen Repression in der Inneren Mongolei. 1992 veröffentlichte die Agentur Reuters ein internes Dokument des Staatssicherheitsbüros der Inneren Mongolei, demzufolge die gesamte »mongolische Region« in der Vergangenheit immer ein Teil Chinas gewesen sei. Der Dalai Lama, japanische Akademiker und die USA unternahmen Versuche, die Mongolei, die Innere Mongolei und das russische Buryatskaya zu einer »Größeren Mongolei« zu vereinen. Dissidenten in der Inneren Mongolei hätten ihre Propagandatekste aus Ulanbaatar bezogen.<sup>293</sup> Anfang 1996 erklärte der mongolische Premierminister Mendsaikhany Enksaikhan: »Wir interessieren uns für die Behandlung ethnischer Mongolen, von im Ausland geborenen Mongolen, durch Drittstaaten. Wir interessieren uns für wachsende historische und kulturelle Bindungen mit Mongolen im Ausland.«<sup>294</sup>

Im September 2001 scheiterte ein Besuch des Dalai Lama in der Mongolei an der russischen Weigerung, dem Oberhaupt der Mahayana-Buddhisten ein Transitvisum auszustellen.<sup>295</sup> Peking hatte im Jahr zuvor eine Reise durch diplomatischen Protest verhindert.<sup>296</sup> Der Dalai Lama hat das Land seit 1990 wiederholt besucht, und im tibetischen Exil werden anscheinend Überlegungen angestellt, die Exilregierung notfalls von Indien in die Mongolei zu verlegen.<sup>297</sup>

## Gefangener der Geographie

Aus mongolischer Sicht ist das gute russisch-chinesische Verhältnis ebenso bedenklich wie seiner-

zeit das gespannte Verhältnis. Ein effektiver Rückhalt gegen Peking und Moskau ist vermutlich nirgendwo auf der Welt zu finden. Mit Diversifizierung der diplomatischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen soll die Abhängigkeit von beiden Nachbarn gemildert werden. Dieser Versuch stößt allerdings schon auf geographische Schwierigkeiten und war bisher nur wenig erfolgreich.

Die Mongolei ist Mitglied der Blockfreienbewegung, der G-77, des IWF, der Asiatischen Entwicklungsbank, der WTO und des sicherheitspolitischen ASEAN Regional Forum (ARF). Ulanbaatar gehört zu den aktivsten Verfechtern einer nordostasiatischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Wichtigster westlicher Partner sind die USA, die Wirtschaftshilfe leisten und seit 1995 auch Waffen in geringen Mengen liefern. Wichtigster Kreditgeber bleibt Japan; historische und kulturelle Beziehungen bestehen zu Indien. Im Krisenfall führt allerdings keine dieser Bindungen aus der geographischen Falle.

<sup>292</sup> Vor diesem Hintergrund erörterten Ulanbaatar und Taipei Anfang der 90er Jahre die Möglichkeit einer gegenseitigen diplomatischen Anerkennung, die letztlich an mongolischer Rücksichtnahme auf Peking scheiterte.

<sup>293</sup> Vgl. International Herald Tribune, 30.4.1992, S. 4.

<sup>294</sup> Vgl. FEER, 27.3.1997, S. 18–21.

<sup>295</sup> Der Dalai Lama hatte auch Burjatien besuchen wollen.

<sup>296</sup> Ebd., 17.5.2001, S. 10.

<sup>297</sup> Eine solche Entwicklung wäre in Peking vermutlich nicht unwillkommen, weil die Mongolei leichter zu beeinflussen ist als Indien. Die mongolische Regierung steht diesbezüglichen Überlegungen vornehmlich deshalb skeptisch gegenüber, weil das geistliche Oberhaupt der Mongolen bis 1921 auch politischer Führer der Mongolei war.

## Krisenregion der Zukunft?

In Nordostasien fehlen auch 2001 multilaterale Institutionen, die geeignet wären, das erhebliche Krisenpotential einzudämmen. Verantwortlich hierfür sind Relikte des Kalten Krieges wie das Koreaproblem, aber auch die teils gegenläufigen innenpolitischen Dynamiken in den wichtigsten Ländern, die generelle Fragilität der politischen und ökonomischen Systeme und die große Abhängigkeit von den Weltmärkten.

Die Wiederbelebung der regionalen Konjunktur war 1999/2000 in erster Linie eine Folge anhaltenden Wachstums in den USA sowie eines relativ hohen technologischen Niveaus, beruhte aber in zweiter Linie auf eher spekulativen Erwartungen: Fortschritt im koreanischen Entspannungsprozeß, Bewahrung des Status quo in der Taiwan-Straße und, vor allem, Beitritt der Volksrepublik China zur WTO. Seither verzeichnet nur noch der chinesische Markt wesentliches Wachstum<sup>298</sup> und dies, wie gesehen, möglicherweise aufgrund falscher Prämissen. Insbesondere in bezug auf China erscheint die optimistische Beurteilung der politischen Rahmenbedingungen für anhaltendes Wachstum zunehmend fraglich.

Zu den längerfristigen Mindestbedingungen für einen stabilen Frieden in Nordostasien zählen

1. die friedliche Evolution Chinas zu einer multilateral eingebundenen Macht,
2. die Akzeptanz einer vorläufigen amerikanischen Vorherrschaft durch Peking,
3. die mittelfristige Absicherung des Status quo in der Taiwan-Straße,
4. die friedliche Wiedervereinigung Koreas in einem multilateralen Rahmen und
5. Regionalisierung durch Demokratisierung<sup>299</sup> in Nordostasien.

Weil auf absehbare Zeit keine dieser Bedingungen auch nur im Ansatz erfüllt ist, sprechen die Häufung der Ungewißheiten und der Mangel an allseits akzeptablen Alternativen für die mittelfristige Beibehaltung der Pax Americana. Allerdings werden die Partner der USA in diesem Rahmen zunehmend Eigenleistungen erbringen müssen, während sich Washington allmäh-

lich von seiner bisher vielfach praktizierten strategischen Ambiguität verabschieden muß. Je länger entsprechende Entscheidungen aufgeschoben werden, desto umstrittener könnte die sicherheitspolitische Rolle der USA in der Region werden. Längerfristig dürften auch unter diesem Dach neue multilaterale Konstellationen entstehen, die die Pax Americana eines Tages ablösen könnten.

Die entscheidende Frage auf dem Weg in diese Zukunft ist das letztlich nicht ganz neue Problem, ob wirtschaftliche Interdependenz zwangsläufig zu friedlicher Konfliktlösung führt. Während diese Frage in der theoretischen Literatur zunehmend verneint, beziehungsweise relativiert wird,<sup>300</sup> sprechen auch die untersuchten nordostasiatischen Beispiele dafür, daß Interdependenz zwischen China und Taiwan, Nord- und Südkorea, Japan und Südkorea etc. mindestens ebensoviel Probleme schafft, wie sie löst.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verfolgen in Nordostasien vornehmlich wirtschaftliche Interessen, haben aber den Willen bekundet, eine aktivere sicherheits- und ordnungspolitische Rolle zu übernehmen. Dieser findet seinen Ausdruck in hochrangigen politischen Dialogen mit fast allen Regionalstaaten, die mit den sogenannten Asia-Europe Meetings (ASEM) seit 1996 um eine intraregionale Komponente ergänzt werden.<sup>301</sup>

Das Ergebnis solcher Aktivitäten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Europa seiner Ambition mangels effektiver ordnungs- und sicherheitspolitischer Instrumente bei weitem nicht gerecht wird. Indizien hierfür sind ein offenkundiges Desinteresse an der Taiwan-Frage, wo es allenfalls in Krisenzeiten Aufrufe zur Zurückhaltung gibt, Desinteresse an TMD und den Sicherheitsinteressen Japans sowie der Versuch, das chinesische Menschenrechtsproblem in eigens gegründeten Ausschüssen auf seine technische Komponente zu reduzieren.

Die denkbare Ausnahme von dieser Regel ist Korea. Hier beteiligen sich die EU und mehrere ihrer Mitglie-

<sup>298</sup> Im Jahr 1999 flossen 61% aller ausländischen Direktinvestitionen in ganz Ostasien in die Volksrepublik China.

<sup>299</sup> Dieser Zusammenhang ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Zivilgesellschaften in qualitative Regionalisierungsprozesse einzubeziehen.

<sup>300</sup> Vgl. z.B. die Sonderausgabe »Trade and Conflict« des Journal of Peace Research, 36 (Juli 1999) 4.

<sup>301</sup> ° An ASEM beteiligen sich neben den EU-Mitgliedern die Staaten der Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN), China, Südkorea und Japan.

der seit 1996 an der weltweiten humanitären Hilfe für die DVRK und an KEDO. Allerdings besteht die Gefahr, daß die Parteien vor Ort das regionale Leichtgewicht Europa im eigenen Interesse manipulieren. So pflegt die Union seit 1998 einen politischen Dialog mit Pyöngyang, der dort vorteilhaft mit der Sanktionspolitik der USA verglichen wird.<sup>302</sup> Als der schwedische Ratsvorsitzende Göran Persson im Mai 2001 eine EU-Delegation nach Nordkorea führte, entstand vorübergehend der Eindruck, die Europäer wollten angesichts der neuen Sprachlosigkeit zwischen USA und DVRK eine Vermittlerrolle einnehmen. Persson mußte dementieren.<sup>303</sup>

Zwischen Dezember 2000 und März 2001 nahmen in kurzer Folge Großbritannien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Deutschland und Luxemburg diplomatische Beziehungen zu Pyöngyang auf, ungeachtet ihrer früher gestellten Bedingungen betreffend Abrüstung, Menschenrechten und Nord-Süd-Dialog. Im Juli 2001 leitete die EU selbst die Herstellung offizieller Beziehungen ein. Das mag der ernsthafte Versuch sein, Kim Dae-chungs »Sonnenscheindiplomatie« zu unterstützen. Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß anstelle eines schlüssigen ordnungspolitischen Konzepts solche »multipolaren«, wenn nicht wirtschaftlichen Motive mitschwingen, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine gemeinsame westliche Chinapolitik verhindert haben. Angesichts der geschilderten gesamtregionalen Trends wäre das eine leichtfertige Politik.

**302** So z.B. anlässlich des Nordkoreabesuchs einer Delegation des Europäischen Parlaments Ende 1998; vgl. European Parliament, POLI/CR/366/366959.e, Brüssel, 4.1.1999.

**303** Vgl. Reuters, 30.4.2001, zit. in: Napsnet Daily Report, 2.5.2001 (online).

# Abkürzungen

ARATS	Association for Relations across the Taiwan Strait (China)
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAM	Association of Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meetings
DA	Demokratische Allianz (Mongolei)
DAB	Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong
DP	Democratic Party (Hongkong)
DP	Demokratische Partei (Mongolei)
DPP	Democratic Progressive Party (Taiwan)
DVRK	Demokratische Volksrepublik (Nord-) Korea
GNP	Grand National Party (Südkorea)
KEDO	Korean Peninsula Energy Development Organisation
KMT	Kuomintang (Taiwan)
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
LDP	Liberaldemokratische Partei (Japan)
Legco	Legislative Council (Hongkong)
MAC	Mainland Affairs Council (Taiwan)
MDP	Millennium Democratic Party (Südkorea)
MPRP	Mongolian People's Revolutionary Party
MTCR	Missile Technology Control Regime
NEACD	North East Asia Cooperation Dialogue
NMD	National Missile Defence
NP	New Party (Taiwan)
NVK	Nationaler Volkskongreß (China)
PPF	People First Party (Taiwan)
SAR	Special Administrative Region (Hongkong)
SDF	Self Defence Forces (Japan)
SEF	Strait Exchange Foundation (Taiwan)
TMD	Theatre Missile Defence
TRA	Taiwan Relations Act
TSU	Taiwan Solidarity Union
ULD	United Liberal Democrats (Südkorea)
UNDP	United Nations Development Programme
VBA	Volksbefreiungsarmee (China)
WTO	World Trade Organisation